

**VPV Lebensversicherungs-
Aktiengesellschaft**

**Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR)
2020**

VPV

Der Vorsorgeberater seit 1827

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	4
Zusammenfassung	6
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis.....	10
A.1 Geschäftstätigkeit	10
A.2 Versicherungstechnisches Geschäftsergebnis	12
A.3 Anlageergebnis	14
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten.....	15
A.5 Sonstige Angaben	15
B. Governance-System	16
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	16
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit	22
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	24
B.4 Internes Kontrollsystem.....	30
B.5 Funktion der internen Revision	32
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	33
B.7 Outsourcing.....	34
B.8 Sonstige Angaben	35
C. Risikoprofil.....	37
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	37
C.2 Marktrisiko	39
C.3 Kreditrisiko.....	43
C.4 Liquiditätsrisiko	44
C.5 Operationelles Risiko.....	44
C.6 Andere wesentliche Risiken	46
C.7 Sonstige Angaben	46
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	47
D.1 Vermögenswerte.....	47
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	54
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.....	60
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	63
D.5 Sonstige Angaben	66
E. Kapitalmanagement	67
E.1 Eigenmittel	67
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	71
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	72
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	72
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	72

Inhalt

E.6 Sonstige Angaben	72
Anhang.....	73

Abkürzungsverzeichnis

ALM	Asset Liability Management: <i>Aktiv-Passiv-Steuerung</i>
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BE	Best Estimate: <i>bester Schätzwert</i>
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement: <i>Basissolvvenzkapitalanforderung</i>
BSM	Branchensimulationsmodell
CCO	Chief Compliance Officer
CRO	Chief Risk Officer
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung
DCF	Discounted Cash Flow: <i>abgezinster Zahlungsstrom</i>
DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority: <i>Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung</i>
FLV/FRV	Fondsgebundene Lebensversicherung/Fondsgebundene Rentenversicherung
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards: <i>Internationale Rechnungslegungsstandards</i>
IKS	Internes Kontrollsystem
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
LoB	Line(s) of Business: <i>Geschäftsbereich(e)</i>
LTG	Long-Term Guarantee: <i>langfristige Garantien</i>
LV	Lebensversicherung
MCR	Minimum Capital Requirement: <i>Mindestkapitalanforderung</i>
MFP	Mittelfristplanung
NAV	Net-Asset-Value: <i>ökonomisches Eigenkapital</i>
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment: <i>Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung</i>
PUC	Projected Unit Credit Methode: <i>Anwartschaftsbarwertverfahren</i>
QRT	Quantitative Reporting Template: <i>Quantitatives Berichtsformat</i>
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RM	Risikomanagement
RMS	Risikomanagementsystem
RT	Rückstellungstransitional
s. a. G.	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft
SAA	Strategische Asset Allocation
SCR	Solvency Capital Requirement: <i>Solvvenzkapitalanforderung</i>
SÜAF	Schlussüberschussanteilfonds
uRCF	unabhängige Risikocontrollingfunktion
VA	Volatility Adjustment: <i>Volatilitätsanpassung</i>
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VPV/VPV-LAG	VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
VPV-Gruppe	VPV Versicherungsgruppe
VPV-Holding	VPV Holding Aktiengesellschaft
VPV-MaG	VPV Makler Service GmbH
VPV-SAG	VPV Allgemeine Versicherungs-AG
VPV-Service	VPV Service GmbH
VPV-Vermittlung	VPV Vermittlungs-GmbH
VPV-VVaG	VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG
VSIM	VPV Simulationsmodell

vt.	versicherungstechnisch
ZÜB	zukünftige Überschussbeteiligung
ZZR	Zinszusatzreserve

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Werden für gleiche Positionen unterschiedliche Bezeichnungen im HGB- und Solvency II-Abschluss verwendet, wird in den Überschriften die an HGB-Bilanz angelehnte Bezeichnung in eckige Klammern gesetzt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Nennung von geschlechtsspezifischen Bezeichnungen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Zusammenfassung

Die VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft (VPV-LAG) betreibt in unveränderter Beteiligungsstruktur und in unveränderter Form das Lebensversicherungsgeschäft hauptsächlich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Die Geschäftsbereiche sind wie bisher im Wesentlichen (klassische) Versicherungen mit Überschussbeteiligung, fondsgebundene Rentenversicherungen mit Garantie sowie Berufsunfähigkeitsversicherungen als Haupt- oder Zusatzversicherungen. Die COVID-19-Pandemie hatte im Jahr 2020 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Jahresabschluss und das Ergebnis.

Das versicherungstechnische Geschäftsergebnis [A.2] verbessert sich im Geschäftsjahr um 76.892 TEUR, insbesondere durch Erträge bei der Auflösung der Rückstellung für Fonds- und Indexgebundener Versicherungsprodukte (LoB 31).

Gegenüber dem Vorjahr verbessert sich das Anlageergebnis [A.3] um 9.448 TEUR auf 211.450 TEUR. Die Kapitalanlagen entwickeln sich entsprechend dem Kapitalmarkt positiv. Die Abschreibungen des Vorjahres konnten im Jahr 2020 durch Zuschreibungen ausgeglichen werden.

Die Entwicklung sonstiger Tätigkeiten [A.4] ist im Wesentlichen geprägt durch die Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit verbundenen Unternehmen sowie den diesen gegenüberstehenden Aufwendungen. Im Berichtszeitraum ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen.

Sowohl beim Governance-System [B.1] als auch hinsichtlich der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit [B.2] gab es keine wesentlichen Änderungen.

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) unterstützt den Gesamtvorstand sowie alle anderen Bereiche bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagements [B.3]. Die uRCF überwacht das Gesamtrisikoprofil der VPV-LAG. Sie führt dabei folgende Prozesse durch: Risikoidentifikation, Risikoanalyse und -bewertung, Risikosteuerung und Kontrolle sowie Berichterstattung. Sie schlägt Limite vor, überwacht diese und beurteilt geplante Strategien unter Risikoaspekten. Die Durchführung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung wird ebenfalls von der uRCF koordiniert. Im Berichtszeitraum ergaben sich keine wesentlichen Änderungen.

Das Interne Kontrollsystem (IKS) [B.4] der VPV dient der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs und der Einhaltung der gesetzlichen Regelungen durch interne Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen. Die Compliance-Funktion der VPV stellt sicher, dass sich Organmitglieder, Führungskräfte und Mitarbeiter rechtskonform und entsprechend den Unternehmenswerten verhalten.

Der Prüfungsplan der internen Revision wurde umgesetzt [B.5]. Die im Jahr 2020 durchgeführten Prüfungen ergaben keine schwerwiegenden Feststellungen. Im Anschluss an jede Prüfung werden festgestellte Maßnahmen dokumentiert. Die Interne Revision hält die Maßnahmenumsetzung nach und berichtet regelmäßig darüber an den Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) [B.6] der VPV-LAG übt ihre Tätigkeit gemäß der für die VPV Versicherungen geltenden Leitlinie für die VMF aus. Zu den vier Berichtsgegenständen der VMF, nämlich Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, Angemessenheit der Zeichnungs- und Annahmepolitik, Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen und Mitwirkung beim Risikomanagement, nimmt die VMF in ihrem jährlichen Bericht Stellung.

Für die Ausgliederungsvorgänge [B.7] der VPV-LAG werden Verträge mit entsprechenden Regelungen zur Begrenzung etwaiger Risiken sowie ein Dienstleistungscontrolling aufgesetzt. Die mit den Ausgliederungen einhergehenden Risiken werden zudem im IKS der VPV überwacht. Im Berichtszeitraum gab es keine Änderungen.

Versicherungstechnische Risiken [C.1] prägen neben dem Marktrisiko ganz entscheidend das Risikoprofil der VPV-LAG. Die VPV-LAG hat bereits vor einigen Jahren die Weichen gestellt und mit einer hybriden Produktlinie neue Wege beschritten. Die VPV hat im Geschäftsjahr neue dynamische Hybridprodukte, die Zukunftsplantarife, mit abgesenkten Garantien eingeführt. Durch den systematischen Einsatz von Controlling-Instrumenten können Trends und negative Entwicklungen rechtzeitig erkannt und geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um versicherungstechnische Risiken zu begrenzen. Darüber hinaus schließt die VPV-LAG Rückversicherungsverträge ab. So begrenzt die VPV-LAG Risiken aus zufallsbedingten Schwankungen, die nicht bereits durch das breit gestreute Versicherungsportfolio aufgefangen werden. Das Stornoverhalten der Versicherungsnehmer war in den vergangenen Jahren eher unauffällig. Im Geschäftsjahr hat die VPV trotz der COVID-19-Pandemie bisher weder signifikant erhöhte Todesfalleistungen oder Invaliditätsfälle noch ein signifikant erhöhtes Stornoverhalten festgestellt. Im Altbestand wurde im Geschäftsjahr für die vorsichtige Reservierung eine Erhöhung der kalkulatorischen Kostensätze vorgenommen. Diese Erhöhung führt zu einer zusätzlichen Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung.

Das Marktrisiko [C.2] dominiert maßgeblich das Risikoprofil der VPV-LAG. Bei der VPV-LAG stehen grundsätzlich die spezifischen Risiken Spread-Risiko und Immobilienrisiko vor der Risikominderung durch die zukünftige Überschussbeteiligung im Vordergrund. Nach Berücksichtigung der Risikominderung bleibt das Spread-Risiko der wesentliche Treiber des Marktrisikos. Die VPV-LAG begegnet den Marktrisiken im Rahmen der Kapitalanlagestrategie durch eine langfristig orientierte und gut diversifizierte Anlagepolitik, die regelmäßig anhand von Asset Liability Management-Studien und der Strategischen Asset Allocation überprüft wird. Die Risiken resultieren dabei zunächst unmittelbar aus den Auswirkungen der Kapitalmarktentwicklungen auf die Vermögenswerte. Darüber hinaus spielen die verschiedenen Effekte der versicherungstechnischen Verpflichtungen auf die Marktrisiken ebenfalls eine zentrale Rolle. Ein wesentliches Risiko aus klassischen Lebensversicherungsverträgen besteht darin, dass die garantierte Mindestverzinsung nicht durch Nettokapitalerträge gedeckt werden kann. Andererseits wirken bei der Lebensversicherung die speziellen Mechanismen der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven insbesondere auf das Kapitalanlageergebnis. Die Versicherungsnehmer profitieren von positiven Kapitalmarktentwicklungen, tragen aber ebenso einen Teil der Risiken in Form einer verringerten zukünftigen Überschussbeteiligung. Die Effekte der versicherungstechnischen Verpflichtungen auf das Marktrisiko insgesamt sind vielschichtig und können sich abhängig von der aktuellen Marktsituation sowohl risikoverstärkend als auch risikomindernd auswirken. Die VPV-LAG hat zum 31.12.2020 verschiedene Sensitivitätsberechnungen hinsichtlich des Spread-Risikos, des Immobilienrisikos und des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Die Sensitivitäten bestätigen insgesamt die Kapitalmarktabhängigkeit der VPV-Solvenzsituation unter Solvency II. Die Kapitalanlagestrategie und der Umgang der VPV-LAG mit den Marktrisiken entsprechen insgesamt dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und gehen damit konform mit der Geschäfts- und Risikostrategie der VPV-LAG.

Hinsichtlich des Kreditrisikos [C.3] wird ausschließlich auf das Gegenparteiausfallrisiko eingegangen, da das Spread-Risiko sowie das Marktkonzentrationsrisiko bereits innerhalb des Marktrisikos erfasst werden. Für die VPV-LAG besteht das Gegenparteiausfallrisiko im Wesentlichen bei Derivaten und Bankguthaben. Des Weiteren bestehen Risiken aus Forderungen gegenüber Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Es muss jederzeit gesichert sein, dass die VPV-LAG ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann [C.4 Liquiditätsrisiko]. Durch die durchgeführten Asset Liability Management-Studien, die konzernweite Kapitalanlageplanung und die detaillierte Liquiditätsplanung ist die VPV-LAG in der Lage, kurzfristig und für viele Jahre im Voraus die über Kapitalerträge und Fälligkeiten erzeugte Liquidität sowohl zeitlich als auch quantitativ an den versicherungsseitigen Liquiditätsbedarf anzupassen, um insbesondere die Differenz zwischen erhaltenen Beiträgen und Versicherungsleistungen ausgleichen zu können.

Den operationellen Risiken [C.5] begegnet die VPV-LAG mit einem ursachenbezogenen Risikomanagement und einem konzernweiten Vorsorgesystem. Es setzt sich aus einem webbasierten IKS, den systemseitigen Sicherungen und einem Business Continuity Managementsystem zusammen. Das IKS wird in regelmäßigen Abständen auf Konsistenz und Vollständigkeit überprüft.

Andere wesentliche Risiken [C.6] bestehen für die VPV-LAG in Form von strategischen Risiken sowie Reputationsrisiken. Die VPV-LAG ermittelt, bewertet und kategorisiert die strategischen Risiken im konzerneinheitlichen Prozess der Risikoidentifikation. Sie unterliegen im Rahmen dieses Prozesses einer regelmäßigen Überprüfung. Die VPV achtet das Prinzip der nachhaltigen Ressourcenwirtschaft und richtet Entscheidungen und Vorgehensweisen im Hinblick auf ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte aus. Die Nachhaltigkeitsgrundsätze werden unter Berücksichtigung der Unternehmensstrategie zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt.

Im Kapitel [D.1] werden die Vermögenswerte der VPV in tabellarischer Form dargestellt. Anschließend erfolgt die Beschreibung der unterschiedlichen Bewertungsmethoden unter Solvency II und HGB. Der überwiegende Teil der Kapitalanlagen ist dabei mit einem Anteil von nahezu 73 % der Marktwerte durch Anleihen gegeben. Dabei werden für liquide börsennotierte Anleihen in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt. Insgesamt betragen die Vermögenswerte zum Ende des Berichtszeitraums 8.550.839 TEUR.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden zum Stichtag 31.12.2020 erstmalig mit dem VPV Simulationsmodell (VSIM) bewertet. Das VSIM ist ein eigenes Bewertungsmodell auf Basis des vom GDV zur Verfügung gestellten Branchensimulationsmodells (BSM) 3.3. Sie setzen sich aus dem Best Estimate - dem besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen - und der Risikomarge zusammen. Sie belaufen sich im Berichtsjahr auf 7.287.274 TEUR unter Berücksichtigung von Long-Term Guarantee- und Übergangsmaßnahmen. Ohne Volatilitätsanpassung und ohne Rückstellungstransitionals betragen die versicherungstechnischen Rückstellungen 7.967.826 TEUR.

Im Kapitel [D.3] erfolgt in Bezug auf die unterschiedlichen Bewertungsmethoden unter Solvency II und HGB die Gegenüberstellung der sonstigen Verbindlichkeiten. Dabei handelt es sich überwiegend um latente Steuerschulden. Weitere wesentliche Bilanzposten sind Rentenzahlungsverpflichtungen, Depotverbindlichkeiten und Nachrangige Verbindlichkeiten. Eine Übersicht der einzelnen Verbindlichkeiten ist im Kapitel enthalten. Bei den Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) sind seit 2019 auch Leasingverbindlichkeiten gemäß IFRS16 enthalten.

Über die in den Kapiteln [D.1] bis [D.3] beschriebenen Bewertungsmethoden hinaus liegen keine alternativen Bewertungsmethoden [D.4] vor. Ergänzende Angaben sind nicht erforderlich [D.5].

Das Kapitalmanagement [E] der VPV-LAG ist Bestandteil des konzernweiten Risikomanagements mit dem zentralen Ziel, das Bestehen und die Unabhängigkeit des Unternehmens im Sinne der Geschäftsstrategie zu sichern. Die Geschäftsplanung erstreckt sich über fünf Jahre. In diesem Zeitraum laufen keine aktuell vorhandenen Eigenmittelbestandteile aus. Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) stehen 837.860 TEUR an Eigenmittel zur Verfügung. Das SCR beträgt im Berichtszeitraum 157.969 TEUR. Die aufsichtsrechtliche Bedeckung in Form der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Mindestkapitalanforderung (MCR) wird zum Berichtszeitpunkt und während des Berichtszeitraumes stets eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Solvenzquote zum 31.12.2020 beträgt 530 %. Ohne Übergangsmaßnahme stehen Eigenmittel von 357.144 TEUR einem SCR von 159.940 TEUR gegenüber, so dass die Bedeckungsquote in diesem Fall 223 % beträgt.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Geschäftsbetrieb der VPV im Geschäftsjahr 2020 waren in der ersten Jahreshälfte stark von der Umstellung auf digitale Zusammenarbeit ge-

prägt. Die Geschäftsprozesse mussten so schnell als möglich umgestellt werden. Dabei standen die beiden Ziele Schutz der Gesundheit der Mitarbeiter und Aufrechterhaltung des vollumfänglichen Services für die Kunden an erster Stelle. Die VPV hat Maßnahmen getroffen, um die Mitarbeiter vor den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie abzusichern und die Gesundheitsrisiken z. B. durch Arbeitszeitflexibilisierungen und Home-Office-Lösungen so gering wie möglich zu halten. Die Erreichbarkeit für die Kunden und Vermittler war über alle Kommunikationskanäle umfassend gesichert. Zudem hat die VPV den Mitarbeitern und Vertriebspartnern im Außendienst neben einer Infrastruktur zur Durchführung von Online-Beratungsgesprächen diverse Tools und Maßnahmen zur Verfügung gestellt, die die Kommunikation mit dem Kunden erleichtern. Zu Beginn der Pandemie wurde das Notfallteam der VPV aktiviert und hat die notwendigen Maßnahmen zur Reduktion der Risikolage getroffen. Auch wenn mit den vielfältigen und teils heftigen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Kapitalmärkte, Unternehmen und Menschen so im Detail nicht gerechnet wurde, konnte die VPV auf umfangreiche Pandemiepläne zurückgreifen und diese entsprechend schnell auf die vorherrschende Situation anwenden. Die eingeleiteten Maßnahmen wurden im Laufe des Geschäftsjahres regelmäßig angepasst und allen Mitarbeitern regelmäßig kommuniziert.

An den Kapitalmärkten herrschte zu Beginn des Geschäftsjahres aufgrund der COVID-19-Pandemie panikartige Zustände, die sich auch in der Auslastung der Risikobudgets bemerkbar machte. Die Risikobudgets der VPV waren im Berichtsjahr zu keinem Zeitpunkt überschritten. Die temporären Auswirkungen auf die Kapitalanlagen waren zwar vorhanden, stellten für die VPV aber zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung dar.

Im Bereich Versicherungstechnik Leben wurden bisher keine signifikant erhöhten Todesfallleistungen oder Invaliditätsfälle festgestellt. Auch wurde insgesamt kein signifikant erhöhtes Stornoverhalten aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beobachtet, lediglich einen Anstieg temporärer Beitragsfreistellungen. Diese Entwicklungen werden weiter laufend beobachtet.

Die VPV hat traditionell einen großen Bestand an Sterbegeldversicherungen. Je nach Sterblichkeitsentwicklung infolge der COVID-19-Pandemie kann es hier zu Auswirkungen auf das Todesfallrisiko kommen. Im Bereich der Risikoversicherungen ist der Bestand kleiner und im Durchschnitt wesentlich jünger, weshalb mögliche Auswirkungen geringer ausfallen dürften als bei Sterbegeldversicherungen. Es können sich aber aufgrund der höheren durchschnittlichen Versicherungssummen auch hier Auswirkungen ergeben. Letztere werden begrenzt, da größere Todesfallrisiken weitgehend bei Rückversicherern rückgedeckt sind.

Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung kann es im weiteren Verlauf der Pandemie zu erhöhten Zahlungsschwierigkeiten bei den Kunden kommen, was in der Folge zu einer Zunahme bei Beitragsfreistellungen oder Rückkäufen führen kann. Die Pandemie kann den Wunsch nach Absicherung allerdings auch erhöhen und somit einen entgegengesetzten, positiven Effekt bewirken.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Unternehmen

Name: VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
Sitz: Stuttgart
Rechtsform: Aktiengesellschaft

Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228 / 4108 – 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

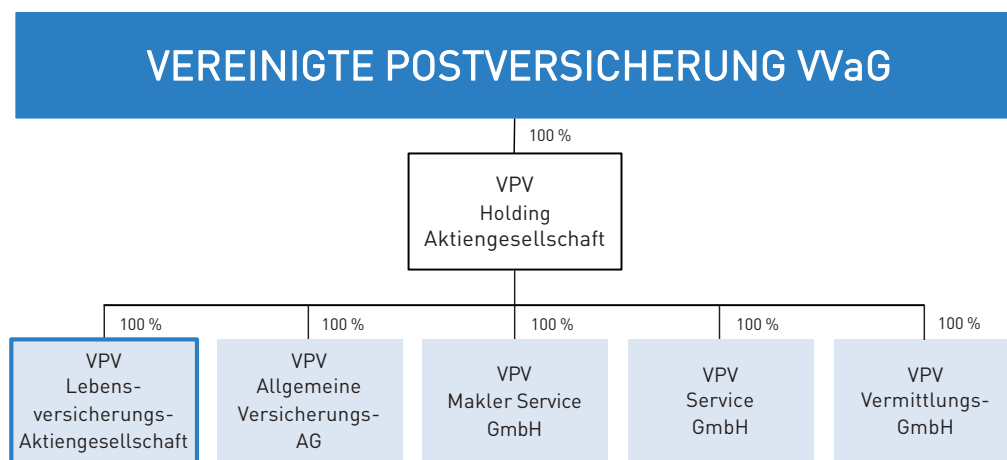
E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Wirtschaftsprüfer

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Flughafenstr. 61
70629 Stuttgart

Beteiligungsstruktur

Organigramm



Innerhalb der Gruppe ist die VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft (VPV/VPV-LAG) eine Tochtergesellschaft.

Geschäftsbereich und Tätigkeitsgebiet

Das Geschäftsgebiet der VPV erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland sowie auf Island. Die Erweiterung des Geschäftsgebietes erfolgte im Jahr 2019 verbunden mit der Einführung eines Altersvorsorgeprodukts aus dem Bereich Fonds- und Indexgebundene Versicherung auf dem isländischen Markt. Im Wesentlichen betreibt die VPV das Privatkundengeschäft. Der Bestand untergliedert sich in die folgenden Geschäftsbereiche (LoB):

Geschäftsbereich (LoB)	
Lebensversicherungsverpflichtungen	
Krankenversicherung	29
Versicherung mit Überschussbeteiligung	30
Fonds- und Indexgebundene Versicherung	31
Sonstige Lebensversicherung	32
Lebensrückversicherungsverpflichtungen	
Lebensrückversicherung	36

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht wie die handelsrechtlichen Versicherungszweige/-arten (Versicherungsbestand) auf die nach Solvency II definierten Geschäftsbereiche zugeordnet sind:

Versicherungsbestand	Geschäftsbereich (LoB)
Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene)	
Kapitallebensversicherung	30
Risikolebensversicherung	30
Klassische Rentenversicherung	30
Klassische Riester-Rente/Basisrente	30
Vermögenswirksame Leistungen	30
Heiratsversicherung	30
Risikolebensversicherung ohne Überschussbeteiligung	32
Aktive Rückversicherung	36
Kranken nach Art der Leben	
Berufsunfähigkeitsversicherung	29
Berufsunfähigkeitszusatzversicherung	29
Fonds- und Indexgebundene	
Fondsgebundene Lebensversicherung	31
Fondsgebundene Rentenversicherung ohne Garantie	31
Fondsgebundene Rentenversicherung mit Garantie	31
Fondsbasierte Riester-Rente/Basisrente	31
Fondsbasierte Vermögenswirksame Leistungen	31
Kapitalisierungsprodukte	31

Besonderheiten im Berichtszeitraum

Die Auswirkungen aus der COVID-19-Pandemie wurden an verschiedenen Stellen in der VPV-LAG sichtbar. Einerseits wurden die internen Prozesse insofern beeinträchtigt, dass die Tätigkeiten überwiegend aus dem Homeoffice erbracht werden mussten. Andererseits wurde der Kapitalmarkt durch hohe Unsicherheiten beeinflusst. In der Versicherungstechnik waren die Einflüsse aus der COVID-19-Pandemie unwesentlich, signifikant erhöhte Todesfalleistungen oder Invaliditätsfälle konnten nicht festgestellt werden. Die Auswirkungen aus der COVID-19-Pandemie werden in den kommenden Monaten weiterhin sichtbar sein und die Arbeitsabläufe der VPV-LAG beeinflussen. Des Weiteren beobachtet die VPV-LAG in diesem Zusammenhang die Entwicklungen am Kapital-

markt und passt die Anlageentscheidungen entsprechend an. Die Auswirkungen aus der Pandemie werden auch weiterhin die vertrieblichen Aktivitäten beeinflussen, sodass die VPV-LAG zusätzlich digitale Lösungen schaffen wird.

Insgesamt ergaben sich im Berichtszeitraum keine Geschäftsvorfälle, die sich wesentlich auf das Unternehmen ausgewirkt haben.

A.2 Versicherungstechnisches Geschäftsergebnis

Versicherungstechnische Ergebnisse auf aggregierter Ebene

Die VPV betreibt das Lebensversicherungsgeschäft in allen Arten und damit verbundenen Zusatzversicherungen innerhalb Deutschlands. Seit 2019 erfolgte die Erweiterung des Geschäftsgebietes auf Island verbunden mit der dortigen Markteinführung des Altersvorsorgeproduktes VPV Freiheits-Rente. Weitere Auslandsgeschäfte bestehen darüber hinaus nicht.

Das versicherungstechnische (vt.) Ergebnis der VPV gemäß dem Quantitativen Reporting Template (QRT) S.05.01 beträgt im Berichtsjahr -217.167 TEUR (Vorjahr: -294.059 TEUR) und leitet sich aus den mit Nummern 1. bis 5. gekennzeichneten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) ab:

Gewinn- und Verlustrechnung (HGB)	Vt. Ergebnis (S.05.01)
1. Beiträge	
Gebuchte Beiträge	1.
Verdiente Beiträge	1.
2. Beiträge aus der RfB	5.
3. Erträge aus Kapitalanlagen	
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	
5. Sonstige vt. Erträge	5.
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle inkl. Kosten	Teil 2./3.
7. Veränderung Deckungsrückstellung	4.
8. Zuführung zur RfB	4.
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	
Abschlusskosten	3.
Erhaltene Rückversicherungsvergütung	3.
Verwaltungskosten	3.
10. Aufwendungen aus Kapitalanlagen inkl. Kosten	Teil 3.
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	
12. Sonstige vt. Aufwendungen	5.
Versicherungstechnisches Ergebnis	
13. Sonstiges Ergebnis	Teil 3.
14. Außerordentliches Ergebnis	
15. Steuern auf Einkommen und Ertrag	
Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung	
Zuführung zur RfB	
Direktgutschrift	
Rohüberschuss	

Hieraus ergeben sich folgende Kenngrößen für Berichtsjahr und Vorjahr, deren wesentliche Veränderungen nachstehend für das gesamte Versicherungsgeschäft bzw. die Geschäftsbereiche erläutert werden.

Versicherungstechnisches Ergebnis - netto [TEUR] Versicherungsgeschäft 2020 IST	Gesamt	LoB 30, 32, 36	LoB 31	LoB 29
1. Prämien				
Gebuchte Prämien	364.004	208.053	125.420	30.532
Verdiente Prämien	364.288	208.343	125.420	30.525
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle exkl. Kosten	578.364	509.363	48.673	20.328
3. Kosten	70.697	41.262	20.049	9.386
Abschlusskosten	28.753	10.056	13.380	5.317
Erhaltene RV-Vergütung	2.419	1.533	0	886
Verwaltungskosten	11.990	7.006	3.653	1.332
Sonstige Kosten	29.954	24.200	3.016	2.737
4. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen	67.481	137.179	-63.170	-6.528
Deckungsrückstellung	98.671	161.810	-62.949	-190
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	31.190	24.631	221	6.338
5. Sonstige vt. Erträge/Aufwendungen	124	71	43	10
Versicherungstechnisches Ergebnis	-217.167	-205.032	-6.429	-5.706

Versicherungstechnisches Ergebnis - netto [TEUR] Versicherungsgeschäft 2019 IST	Gesamt	LoB 30, 32, 36	LoB 31	LoB 29
1. Prämien				
Gebuchte Prämien	383.803	223.255	130.824	29.725
Verdiente Prämien	384.158	223.619	130.824	29.715
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle exkl. Kosten	598.412	528.452	48.589	21.372
3. Kosten	70.352	40.705	19.419	10.228
Abschlusskosten	30.542	10.458	13.864	6.220
Erhaltene RV-Vergütung	1.751	1.544	0	207
Verwaltungskosten	12.133	7.561	3.234	1.337
Sonstige Kosten	27.676	22.686	2.321	2.670
4. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen	-8.504	163.018	-163.001	-8.521
Deckungsrückstellung	16.258	180.632	-162.776	-1.598
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	24.762	17.613	225	6.923
5. Sonstige vt. Erträge/Aufwendungen	-949	-552	-323	-73
Versicherungstechnisches Ergebnis	-294.059	-183.071	-100.509	-10.479

Prämienentwicklung

Die gebuchten Bruttoprämien verringerten sich im Berichtsjahr um 5,2 %. Während die laufenden Bruttoprämien um 3,9 % zurückgingen, verringerten sich die Einmalprämien um 10,9 %.

Bei den verdienten Prämien (netto) erzielten die Versicherungen mit Überschussbeteiligungen (LoB 30, 32, 36) ein Beitragsminus von 6,8 % sowie die Fonds- und Indexgebundene Versicherung (LoB 31) von 4,1 %, während die Kranken nach Art der Leben (LoB 29) einen Anstieg um 2,7 % verzeichnete.

Entwicklung der Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % zurückgegangen. Dies resultiert insbesondere aus Abläufen.

Kostenentwicklung

Nach Abzug der vertraglich von der Rückversicherung erhaltenen Vergütungen von 2.419 TEUR (Vorjahr: 1.751 TEUR) verbleiben Nettokosten der VPV von 70.697 TEUR (Vorjahr: 70.352 TEUR).

Die Abschlusskosten reduzierten sich um 3,5% auf 31.172 TEUR (Vorjahr: 32.293 TEUR), die Verwaltungskosten verringerten sich auf 11.990 TEUR (Vorjahr: 12.133 TEUR). Die sonstigen Kosten von 29.954 TEUR (Vorjahr: 27.676 TEUR) setzen sich aus den Schadenregulierungskosten, Kapitalanlagekosten, Aufwendungen für Unternehmen als Ganzes und übrige Dienstleistungen zusammen.

Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen umfassen die Veränderung der Deckungsrückstellung und die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB). Die Deckungsrückstellung verminderte sich aufgrund des Rückgangs des Versicherungsbestandes. Nach Abzug der vertraglich auf die Rückversicherung entfallenden Anteile ergab sich eine Auflösung der Deckungsrückstellung von 98.671 TEUR (Vorjahr: Auflösung von 16.258 TEUR).

Sonstige versicherungstechnische Erträge/Aufwendungen

Die sonstigen vt. Erträge beinhalten im Wesentlichen die Beiträge aus der RfB, nicht abgegebene Überschussanteile sowie Zinsen aus Abrechnungssalden der Rückversicherer. Die sonstigen vt. Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Zinsen auf Überschussguthaben. Des Weiteren sind in diesem Posten die Zinsen an den Rückversicherer aus Depotverbindlichkeiten sowie die Auflösung der Forderung auf noch nicht fällige Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern ausgewiesen.

A.3 Anlageergebnis**Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlagegeschäfte**

Anlageergebnis [TEUR]	2020 IST	2019 IST	Abw.
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	1.788	1.789	-1
Anlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Verträge)	217.308	210.884	6.424
Darlehen und Hypotheken	6.914	8.639	-1.725
Depotforderungen	327	361	-33
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	72	-43	115
Erträge	226.409	221.629	4.779
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	2.007	1.998	9
Anlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Verträge)	12.566	16.791	-4.224
Darlehen und Hypotheken	386	839	-454
Depotforderungen	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0	0	0
Aufwendungen	14.959	19.628	-4.669
Anlageergebnis	211.450	202.002	9.448

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Erträge an. Innerhalb der verschiedenen Ergebnisquellen gab es zwei wesentliche Entwicklungen. Die Abschreibung auf einen Immobilienfonds aus dem Vorjahr konnte 2020 durch eine entsprechende Zuschreibung vollständig ausgeglichen werden. Darüber hinaus fielen im Wertpapierspezialfonds aufgrund von Einmaleffekten Zusatzerträge an, die im Berichtsjahr auch ausgeschüttet wurden.

Der Rückgang der Aufwendungen für Kapitalanlagen ist überwiegend auf den Wegfall der Abschreibung auf einen Immobilienfonds zurückzuführen, die im Vorjahr noch angefallen war.

Insgesamt ist das Anlageergebnis im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne sind nicht vorhanden.

Anlagen in Verbriefung

Im Berichtszeitraum wurden - wie auch im Vorjahr - keine Anlagen in Verbriefungen getätigt.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen

Wesentliche Erträge und Aufwendungen [TEUR]	2020 IST	2019 IST	Abw.
Wesentliche Erträge			
Dienstleistungen Konzernunternehmen	32.696	32.655	41
Umlage Pensionsrückstellung	3.200	3.468	-268
Eigenleistung Mitarbeiter und Aktivierung Software	1.104	1.368	-264
Sonstige betrieblich	4.331	1.329	3.003
Wesentliche Aufwendungen			
Dienstleistungen Konzernunternehmen	32.696	32.655	41
Pensionsrückstellung	12.150	12.788	-638
Zinsen Hybridkapital	2.464	2.486	-22
Sonstige betrieblich	3.595	1.380	2.216

Die VPV hat jeweils mit der VPV-Vermittlung, der VPV-SAG, der VPV-Service sowie der VPV-MaG Funktionsausgliederungs-, Dienstleistungs- sowie Überlassungsverträge abgeschlossen. Den hieraus resultierenden Erträgen aus Erstattungen von Konzernunternehmen stehen Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen in gleicher Höhe gegenüber.

Finanzierungs-Leasings

Die VPV hat keine Finanzierungs-Leasing-Geschäfte getätigt.

Operating-Leasings

Aufwendungen für Operating-Leasing-Geschäft entstehen in unwesentlicher Höhe durch Miet- und Instandhaltungskosten für Drucker und Kopiergeräte sowie Frankiermaschinen. Erträge aus Operating-Leasing-Geschäften gibt es keine.

A.5 Sonstige Angaben

Die Kapitel A.1 bis A.4 enthalten alle wesentlichen Informationen über die Geschäftstätigkeiten, Leistungen und Ergebnisse.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Aufbauorganisation von Vorstand, Aufsichtsrat und Schlüsselfunktionen

Mitglieder des Vorstands, Ressortübersicht und zugeordnete Organisationseinheiten

Vorstandsressort 1	Vorstandsressort 2	Vorstandsressort 3	Vorstandsressort 4
<p>Vorstandsvorsitzender: Dr. Ulrich Gauß</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktuariat und Produkte Leben • Tarifentwicklung Komposit • Kapitalanlagemanagement 	<p>Klaus Brenner</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzen und Steuern • Risikomanagement • Recht und Compliance • Revision • Informationsverarbeitung 	<p>Torsten Hallmann (bis 31.10.2020)</p> <p>Klaus Brenner (kommissarisch ab 31.10.2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Personalmanagement und Organisation • VPV Service GmbH (Leben und Komposit) 	<p>Lars Georg Volkmann (bis 30.11.2020)</p> <p>Dietmar Stumböck (ab 01.12.2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vertrieb Innendienst • Ausschließlichkeitsorganisation • Vereinigte Post. Die Makler-AG • Marketing und Vertriebsstraining • VPV Vermittlungs-GmbH

Der Gesamtvorstand bildet die Geschäftsleitung. Jedes Vorstandsmitglied leitet im Rahmen der Geschäftsordnung und der Vorstandsbeschlüsse sein Arbeitsgebiet, das aus dem jeweiligen Geschäftsverteilungsplan ersichtlich ist. Dabei beachtet jedes Vorstandsmitglied die Beschlüsse, die der Gesamtvorstand getroffen hat, selbstständig, unter eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Die Geschäftsorganisation umfasst Prozesse zur regelmäßigen und Ad-hoc-Übermittlung von Informationen, Berichten der Geschäftsbereiche und Funktionen an die Vorstandsmitglieder. Auf dieser Basis sowie aufgrund entsprechender Beratung nimmt die Geschäftsleitung ihre Leitungsaufgaben wahr und trifft Entscheidungen. Abhängig von der Bedeutung eines Geschäftsvorfalles oder einer Entscheidung bestimmt die Entscheidungs- und Kontrollmatrix, die für alle Geschäftsvorfälle der Konzernunternehmen beschlossen wurde, ob für wesentliche Vorgänge die Ressortvorstände bzw. der Gesamtvorstand eingebunden wird. Hierbei ist generell das Vier-Augen-Prinzip zu beachten. Getroffene Entscheidungen sowie die Art und Weise, wie Informationen und Stellungnahmen der eingebundenen Schlüsselfunktionen berücksichtigt wurden, werden mit den wesentlichen Hintergrundinformationen dokumentiert.

Darüber hinaus verantwortet der Gesamtvorstand, dass eine ordnungsgemäße und wirksame Geschäftsorganisation eingerichtet ist und fortlaufend weiterentwickelt wird. Hierzu zählt insbesondere ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem (RMS) und Internes Kontrollsystem (IKS).

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens einschließlich der verbundenen Unternehmen. Darüber hinaus regelt die Geschäftsordnung des Vorstands bestimmte zustimmungsbedürftige Geschäfte, die dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorzulegen sind.

Der Aufsichtsrat

Der Funktion nach übernimmt der Aufsichtsrat eine Überwachungs- und Kontrollfunktion des Vorstands.

Der Aufsichtsrat übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und der vom Aufsichtsrat als anwendbar erklärten Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats aus. Im Zweifel gehen die Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vor die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder der Geschäftsleitung, beschließt deren Vergütung und überwacht ihre Tätigkeiten. Bestimmte Arten von Geschäften dürfen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden. Um seine Pflichten zu erfüllen, sind für den Aufsichtsrat Informations-, Einsichts- und Prüfungsrechte eingerichtet. Der Aufsichtsrat nimmt diese Rechte aktiv wahr und berät die Geschäftsleitung u. a. bei strategischen Entscheidungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder haben aus ihrer Mitte für besondere Angelegenheiten Ausschüsse gebildet. Diese setzen sich jeweils aus mindestens drei Mitgliedern zusammen.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsratsmitglieder der VPV-Gesellschaften ist in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

Gesellschaft (Anzahl Aufsichtsrats- ratsmitglieder)	Aufsichtsratsmitglieder	Ausschuss				Prüfung und Risiko
		Nominierung	Personal	Finanzen	Strategie	
VPV-VVaG (3)	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)	X	X	X	X	
	Schröder, Lothar	X	X	X	X	
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender; Schriftführer)	X	X	X	X	
VPV-LAG ¹ (12)	Altmeyer, Veronika		X		X	
	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)	X	X	X	X	X
	Diem, Claudia			X		
	Engel, Jürgen					X
	Ertl, Kerstin					X
	Foßeler, Gerhard			X		
	Jaeger, Norbert		X			
	Lörper, Johannes, Dr.			X	X	X
	Mütze, Ulrich Werner				X	
	Rosenberg, Michael				X	X
	Schröder, Lothar	X				
Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender; Financial Expert, Schriftführer)	X	X	X	X	X	
VPV-SAG (3)	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)		X	X	X	
	Engel, Jürgen		X	X	X	
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender, Financial Expert, Schriftführer)		X	X	X	

¹ Der Aufsichtsrat unterliegt der Mitbestimmung nach dem Drittelbeteiligungsgesetz. Acht der Aufsichtsratsmitglieder werden von der Hauptversammlung, vier weitere Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern gewählt.

Schlüsselfunktionen

Es wurden vier unternehmensübergreifende Schlüsselfunktionen eingerichtet und den Vorstandsressorts wie folgt zugeordnet:

Schlüsselfunktionen	Vorstandsressort	
	1 (Dr. Ulrich Gauß)	2 (Klaus Brenner)
Unabhängige Risikocontrollingfunktion		VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft VPV Allgemeine Versicherungs-AG VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG (Gruppe)
Compliance-Funktion		VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft VPV Allgemeine Versicherungs-AG VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG (Gruppe)
Funktion der internen Revision		VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft VPV Allgemeine Versicherungs-AG VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG (Gruppe)
Versicherungsmathematische Funktion	VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VVaG (Gruppe)	VPV Allgemeine Versicherungs-AG VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Alle Schlüsselfunktionen berichten unmittelbar an den Vorstand. Weitere Schlüsselaufgaben wurden nicht identifiziert.

Information zu Verantwortung, Informationswegen und Funktionen

Die VPV verfügt gemäß § 23 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) über ein geeignetes, transparentes und angemessenes Governance-System, das ein solides und vorsichtiges Management gewährleistet. Aufgaben und Zuständigkeiten sind voneinander abgegrenzt und direkte Berichtswege an den Vorstand eingerichtet.

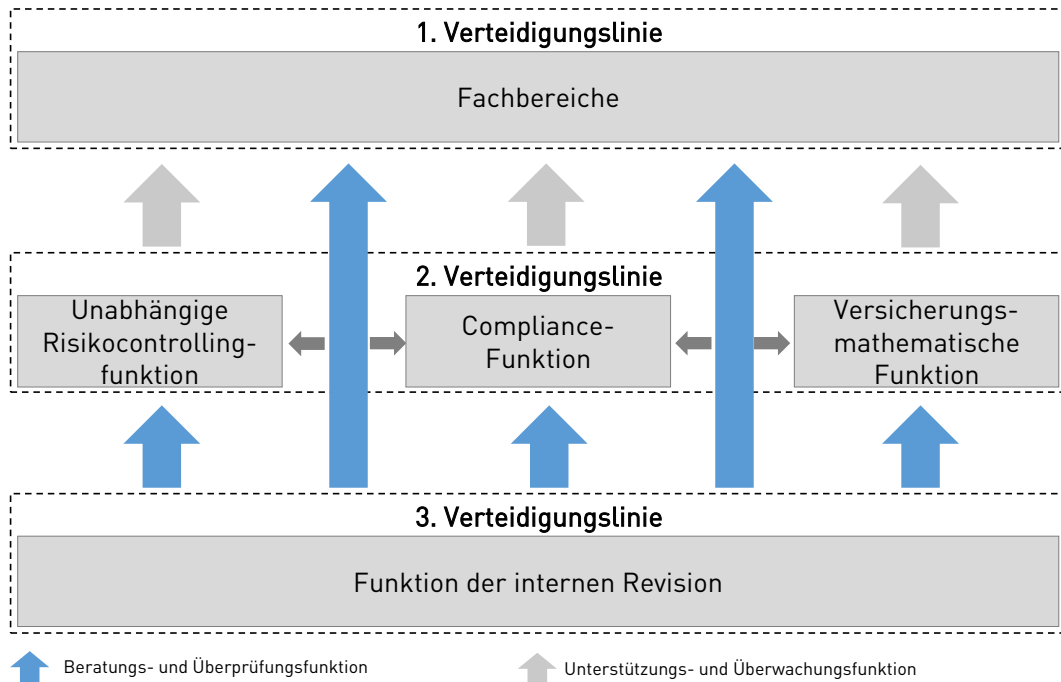
Die Inhaber der Schlüsselfunktionen haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben einen uneingeschränkten Zugang zu den relevanten Informationen. Bei Bedarf informiert der Vorstand die jeweilige Schlüsselfunktion eigeninitiativ, angemessen und zeitnah (ggf. ad hoc) über alle erforderlichen Tatsachen. Alle Mitarbeiter der VPV sind außerdem aufgefordert, den Funktionsinhabern vollständig und aktuell alle für deren Tätigkeit erforderlichen Informationen bereitzustellen und sie über wesentliche Zusammenhänge zu unterrichten.

Unter den Schlüsselfunktionen bestehen keine Weisungsbefugnisse, so dass eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung gewährleistet ist. Konflikte können über die jeweilig zuständigen Vorstandsmitglieder eskaliert werden. Die Geschäftsleitung der VPV steht in angemessener Interaktion mit den Aufsichtsratsgremien und den eingesetzten Ausschüssen sowie mit den Führungskräften und Schlüsselfunktionen innerhalb der VPV Versicherungsgruppe (VPV-Gruppe).

Die Schlüsselfunktionen sind mit angemessenen Ressourcen und Befugnissen für ihre Aufgabenerfüllung ausgestattet. Vorstand und Aufsichtsrat fördern aktiv die Aufgabenerfüllung der Schlüsselfunktionen (tone from the top).

Die Schlüsselfunktionen arbeiten eng zusammen und tauschen sich laufend untereinander aus, um insgesamt die Wirksamkeit des Governance-Systems sicherzustellen. Dazu nutzen sie insbesondere die folgenden Gremien: Das Kooperationsforum Governance zur Abstimmung grundsätzlicher funktionsübergreifender Governance-Themen und die Koordinationsbesprechungen Governance zur Koordination von aktuellen risikorelevanten Fällen, konkreten Risikolagen, aktuellem Handlungsbedarf, Zuständigkeiten sowie zur Umsetzung aktueller Rechtsentwicklungen.

Modell der drei Verteidigungslinien



Die Unterscheidung der Governance-Funktionen fügt sich in das Modell der drei Verteidigungslinien ein, das sowohl in der VPV als auch in der Praxis vielfach angewendet wird:

- 1. Linie besteht aus Mitarbeitern und Führungskräften der Fachbereiche. Diese sind verantwortlich für die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von Risiken aller Art im Tagesgeschäft.
- 2. Linie besteht aus der unabhängigen Risikocontrollingfunktion, der Compliance-Funktion sowie der Versicherungsmathematischen Funktion. Diese sind u. a. verantwortlich, die ihnen zugewiesenen Überwachungs- bzw. Kontrollfunktionen regelmäßig durchzuführen.
- 3. Linie besteht aus der Funktion der internen Revision. Diese ist verantwortlich, das Governance-System sowie sämtliche Aktivitäten innerhalb der Gesellschaften der VPV-Gruppe regelmäßig zu prüfen.

Erweiterte Ausführungen zu den Hauptaufgaben der Schlüsselfunktionen und deren Einbindung in die Aufbauorganisation sind in den Kapiteln B.3 bis B.6 enthalten.

Wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Es gab im Berichtszeitraum keine wesentlichen Veränderungen.

Angaben zu Vergütungspolitik und -praktiken

Grundsätze der Vergütungspolitik

Die VPV-Gruppe hat bereits im Jahr 2010 konzernweit Vergütungsgrundsätze festgelegt und schriftlich fixiert. Hiernach dürfen die Vergütungssysteme u. a.

- nicht manipulierbar sein,
- keine negativen Anreize schaffen und
- müssen den langfristigen Unternehmenserfolg ausreichend berücksichtigen.

Die VPV-Gruppe hat unterschiedliche Vergütungssysteme für die unterschiedlichen Funktionen im Innen- und Außendienst, für Fach- und Führungskräfte.

Im Einzelnen gibt es neben den arbeitsvertraglichen Bestimmungen Regelungen (Rechtsgrundlagen) zu Vergütungsgrundsätzen in den Tarifverträgen für die private Versicherungswirtschaft, in Betriebsvereinbarungen und Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss.

Für die weit überwiegende Anzahl der Innendienstmitarbeiter sowie der Angestellten des akquirierenden und organisierenden Außendienstes gilt der Manteltarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft. Dieser beschreibt die Anforderungen der Stellen detailliert und koppelt sie an entsprechende Tarifgruppen.

Für Teilnehmer der Fachlaufbahn und für Führungskräfte des Innendienstes existiert ein konzernweites System einer übertariflichen Vergütung, das eine ausreichende Transparenz und Angemessenheit der Anforderungsprofile und Tätigkeitsmerkmale gewährleistet. Eine nachhaltige Entwicklung der VPV soll damit sichergestellt werden. Der variable Vergütungsanteil ist nach hierarchischer Einordnung unterschiedlich. Er beträgt zwischen einem Bruttomonatsgehalt (Ebene Gruppen-/Teamleiter bzw. Junior-Experte) und maximal 15 % des Bruttojahresfixgehalts (Ebene Abteilungsleiter und Bereichsleiter/Landesdirektor). Der variable Vergütungsanteil ist ausschließlich von der Zielerreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig.

Im angestellten akquirierenden Außendienst werden neben einem fixen Mindesteinkommen gemäß § 3 des Gehaltstarifvertrages in Verbindung mit Teil III des Manteltarifvertrages erfolgsabhängige Abschluss- und Betreuungsprovisionen gezahlt. In Abhängigkeit zur Produktion des Vorjahres wird auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung ein Bonus vergütet.

Die Vergütung des organisierenden Außendienstes (Funktionen: Bezirksdirektor, Regionaldirektor, Organisationsbeauftragter, Vermittlerbetreuer) setzt sich aus einem Jahresgrundgehalt, das in zwölf gleichen Raten gezahlt wird, und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung basiert auf einem Zielvorgabe-/Zielvereinbarungssystem. Der variable Vergütungsanteil beträgt unter Berücksichtigung garantierter Vorschusszahlungen in Abhängigkeit zur Vorschusshöhe maximal das 0,4- bis 0,8-fache des Jahresgrundgehalts. Bei besonders guter Leistung besteht eine Überverdienstmöglichkeit (Funktion Bezirksdirektor). Bei der Funktion Bezirksdirektor werden in Ausnahmefällen („Altverträge“) noch sogenannte Superprovisionen gezahlt. Hierbei handelt es sich um eine Provision, die den betroffenen Bezirksdirektoren für Geschäfte gezahlt wird, die die ihnen zugeordneten Vermittler abgeschlossen haben. Der variable Vergütungsanteil bei Vermittlerbetreuern beträgt bei voller Zielerreichung 4 TEUR brutto und kann bei Übererfüllung bis maximal 8 TEUR brutto betragen.

Die Vergütung der leitenden Angestellten im Innen- und Außendienst (Bereichsleiter, Landesdirektoren und Vertriebsdirektoren) setzt sich ebenfalls aus einem Jahresgrundgehalt, das in zwölf gleichen Raten bezahlt wird, fixen Sonderzahlungen und einer variablen Vergütung zusammen.

Die fixe Sonderzahlung beträgt 15 % des Jahresgrundgehalts und wird in zwei gleichen Raten im Juni und November ausgezahlt. Die variable Vergütung beträgt maximal 15 % des Jahresgrundgehalts und ist ausschließlich von der Erreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Personalkostenplanung (Kosten und Mitarbeiterkapazitäten) werden die Angemessenheit der Personalkosten im Verhältnis zu den Gesamtkosten der VPV geprüft und ggf. Maßnahmen zur Korrektur erarbeitet. Dieser Prozess stellt sicher, dass die berechtigten Interessen der Mitarbeiter und die wirtschaftlichen Interessen (insbesondere Gefährdung einer adäquaten Kapitalausstattung) der VPV berücksichtigt werden.

Alle Mitarbeiter sind ausreichend informiert, wie die für sie maßgeblichen Vergütungselemente und -systeme ausgestaltet sind. Wichtige Dokumentationen wie z. B. die tariflichen Regelungen (Gehaltstarifvertrag) oder Betriebsvereinbarungen zur variablen Vergütung, Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss zur variablen Vergütung etc. sind auf dem Mitarbeiterportal „VPVnet“

(Intranet) für sämtliche Mitarbeiter verfügbar und können zusätzlich auch in der Personalabteilung oder beim zuständigen Betriebsrat bzw. Sprecherausschuss eingesehen werden.

Die Vergütungsregelungen sind weiter schriftlich im Arbeitsvertrag sowie ggf. in Betriebsvereinbarungen bzw. Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss und im Tarifvertrag fixiert. Bei Änderungen der Vergütung (insbesondere bei Gehaltserhöhungen) erhalten die Mitarbeiter eine schriftliche Bestätigung.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist in schriftlichen Anstellungsverträgen festgelegt. Die Zielgröße der variablen Vergütung beträgt bei einer 100%igen Zielerreichung 30% der Brutto-Jahresfixvergütung. Die variable Vergütung kann maximal 45% der Bemessungsgrundlage betragen. Im Falle einer negativen Zielerreichung entsteht eine negative variable Vergütung (Bonus-Malus-System). Sie ist ausschließlich von der Erreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig, das der Aufsichtsrat beschließt. Der Aufsichtsrat überprüft in regelmäßigen Abständen die Bezüge der Vorstände. Für den Betrachtungszeitraum von 01.01.2020 bis 31.12.2022 wurde für die im gesamten Zielzeitraum beschäftigten Mitglieder des Vorstands eine mehrperiodische variable Vergütung auf Basis von Mehrjahreszielen eingeführt. Die variable Vergütung auf der Basis von Mehrjahreszielen soll dabei nur außerordentliche Leistungen des Vorstands honorieren, d. h. erst ab einer Zielerfüllung von 105% kommt es zu einer gestaffelten Zahlung in Abhängigkeit des Zielerfüllungsgrades und ist zunächst befristet auf drei Jahre. Sie wird nach Ablauf des Betrachtungszeitraums ausgezahlt werden.

Um die Höhe der Vergütung festzulegen, nimmt die VPV regelmäßig an branchenspezifischen Vergütungsvergleichen teil und prüft die Wettbewerbsfähigkeit der internen Vergütungsleistungen. Verantwortlich hierfür ist der Bereich Personalmanagement und Organisation.

Die variablen und festen Vergütungsbestandteile der betroffenen Mitarbeiter und der Mitglieder des Vorstands stehen in einem ausgewogenen Verhältnis. Der jeweilige feste Bestandteil macht einen ausreichend hohen Anteil der Gesamtvergütung aus. Bei der Festlegung des Verhältnisses zwischen variablen und festen Vergütungsbestandteilen wurde auch auf den Grad der Beeinflussungsmöglichkeiten des Unternehmensziels geachtet. Weiter wurde die jeweilige Höhe der variablen Vergütung so festgelegt, dass Fehlanreize vermieden werden.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder setzt sich aus Fixvergütungen zusammen und wird mittels eines marktüblichen Referenzmarktes bestimmt. Hierbei werden insbesondere erhöhte Anforderungen aufgrund veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen, eine zunehmende Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit und erhöhte Haftungsrisiken für Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt.

Individuelle und kollektive Erfolgskriterien variabler Vergütungsbestandteile

Grundsätzlich sind die bestehenden Vergütungssysteme der VPV insbesondere hinsichtlich der Höhe der variablen Vergütung nicht geeignet, negative Anreize für die betroffenen Personen zu setzen. Dies gilt insbesondere auch für die Schlüsselfunktionsinhaber und Mitarbeiter, deren Tätigkeiten das Risikoprofil des Unternehmens maßgeblich beeinflussen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Höhe der variablen Vergütung im Innendienst und bei den leitenden Angestellten des Außendienstes ausschließlich von der Zielerreichung des Unternehmensziels abhängt.

Die Höhe des variablen Vergütungsanteils für die Personen, die Schlüsselfunktionen innehaben/deren Tätigkeiten das Risikoprofil des Unternehmens maßgeblich beeinflussen, und für die Mitglieder des Vorstands hängt mit dem jeweiligen Einfluss auf die Zielerreichung des Unternehmensziels zusammen. Weiter ist in beiden Fällen die Grundvergütung ausreichend hoch gewählt, so dass die Festlegung der maximalen variablen Vergütung wie oben beschrieben erfolgt. Eine gestreckte Auszahlung der variablen Vergütung ist – auch bei den Mitgliedern des Vorstands – nicht erforderlich, da nach aktueller BaFin-Auslegungsentscheidung der wesentliche Teil der variablen Vergütung die festgelegte Freigrenze nicht überschreitet.

Beschreibung von Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen

Die betriebliche Altersversorgung von Schlüsselfunktionsinhabern/Mitarbeitern, deren Tätigkeiten das Risikoprofil des Unternehmens maßgeblich beeinflussen, ist – wie für alle übrigen Mitarbeiter auch – in Betriebsvereinbarungen bzw. Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss ermessensunabhängig geregelt. Hierbei handelt es sich um arbeitgeberfinanzierte Direktzusagen in Form von beitragsorientierten Leistungszusagen, die insbesondere die Höhe des versorgungsfähigen Einkommens und die Betriebszugehörigkeit berücksichtigen. Für Neueintritte ab dem 01.08.2010 hängen die arbeitgeberfinanzierten Versorgungsbeiträge von einem ausreichenden Eigenbeitrag der Mitarbeiter im Rahmen einer Entgeltumwandlung ab.

Ruhestandsgehälter der Mitglieder des Vorstands sind in den Dienstverträgen ermessensunabhängig geregelt. Der Aufsichtsrat kontrolliert die Vereinbarungen regelmäßig.

Die Aufsichtsorgane haben keine ergänzenden Vereinbarungen.

Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum

Wesentliche Geschäftsvorgänge mit Personen, die einen bedeutenden Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder mit Personen, die Mitglied der Aufsichtsgremien sind, sind im Berichtszeitraum nicht zu verzeichnen.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit**Beschreibung der spezifischen Anforderungen an Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben**

Aus Sicht der VPV betreffen die Fit & Proper-Anforderungen folgende Personenkreise:

- Aufsichtsrat
- Vorstand
- Verantwortliche Personen für Schlüsselaufgaben:
 - *Unabhängige Risikocontrollingfunktion*
 - *Compliance-Funktion*
 - *Funktion der internen Revision*
 - *Versicherungsmathematische Funktion*

Die VPV hat in der Leitlinie für die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit („Fit & Proper-Leitlinie“) die vom genannten Personenkreis erwartete Ausbildung und Berufserfahrung verbindlich festgelegt. Dabei wird grundsätzlich zwischen den Qualifikationsanforderungen an Individuen und an Gremien unterschieden.

Qualifikationsanforderungen an Individuen

An die fachliche Eignung von Personen, die die VPV leiten bzw. für eine Schlüsselfunktion verantwortlich sind, werden folgende Qualifikationsanforderungen gestellt:

- berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen, die eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens/Ausübung der Schlüsselfunktion gewährleisten
- berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen in der jeweiligen Schlüsselfunktion
- theoretische und praktische Kenntnisse in Versicherungsgeschäften sowie im Fall der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben: angemessene Leitungserfahrung
- Risikomanagement-Kenntnisse, so dass die wesentlichen Auswirkungen der Risiken auf das Unternehmen beurteilt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können
- analytische Fähigkeiten und Problemlösungskompetenz
- Kommunikationsfähigkeit mit allen Unternehmensebenen
- (Grund-)Kenntnisse in allen Bereichen des Versicherungsunternehmens

Qualifikationsanforderungen an Gremien

Neben den Qualifikationsanforderungen an Individuen achtet der Aufsichtsrat bei der Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands darauf, dass im Kollektiv der jeweiligen Gremien eine angemessene Vielfalt von Qualifikationen, Kenntnissen und Erfahrungen und somit die notwendige Sachkunde vorliegt, um die Geschäfte des Unternehmens angemessen zu beurteilen, zu überwachen und kritisch zu hinterfragen. Folgende Mindestanforderungen bestehen dahingehend:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und -modell, Risikosituation
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen
- Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung
- versicherungsspezifische Kenntnisse im Risikomanagement und der Informationstechnologie

Die Mitglieder des Aufsichtsorgans müssen keine Leitungserfahrung vorweisen.

Beschreibung der Vorgehensweise bei der Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit**Auswahlprozess***Mitglieder des Vorstands*

- Ausschreibung der Stelle durch Beauftragung einer Personalberatung und/oder Kandidatenfindung über Empfehlung durch die Gremien (Aufsichtsrat, Vorstand)
- Vorstellung und Interview der Kandidaten im Personalausschuss des Aufsichtsrats
- Empfehlung mit ausführlicher Stellungnahme des Personalausschusses
- Vorstellung im Aufsichtsrat und Interview durch den gesamten Aufsichtsrat

Schlüsselfunktionen

- Ausschreibung der Stelle durch Beauftragung einer Personalberatung und/oder interne Kandidatenfindung
- Auswahlgespräche mit dem Ressortvorstand unter Einbeziehung des Personalbereichs und ggf. einer externen Personalberatung
- ggf. Auswahlverfahren mit Mitgliedern des Vorstands, dem Personalbereich und ggf. einer externen Personalberatung
- nach Abschluss des Entscheidungsprozesses Übertragung der Verantwortung für die Schlüsselfunktion

Mitglieder des Aufsichtsrats

- Mitglieder des Aufsichtsrats des VPV-VVaG sollten Vereinsmitglieder des VPV-VVaG sein und dürfen nicht Abschlussprüfer, Treuhänder, Verantwortlicher Aktuar oder Angestellte des VPV-VVaG sein
- Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats
 - beschreibt die mit dem Mandat bzw. den Mandaten verbundenen Anforderungen
 - beurteilt Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewerber
 - unterbreitet dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidatenvorschläge für Mandate im Aufsichtsrat
- Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrats obliegt der Beschlussfassung durch die Hauptversammlungen
- Arbeitnehmervertreter der VPV-LAG werden nach dem Drittelbeteiligungsgesetz durch die Arbeitnehmer gewählt

Regelprozess zur Überprüfung

Gemäß der Fit & Proper-Leitlinie werden bei der ersten Bestellung bzw. Übertragung einer Schlüsselfunktion der Lebenslauf, Zeugnisse und Befähigungsnachweise, Führungszeugnisse, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister, Kreditauskünfte und Auskünfte der zu prüfenden Person eingeholt, um die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit zu überprüfen. Bei jeder Verlängerung der Bestellung, mindestens jedoch alle fünf Jahre, werden das Führungszeugnis und die Kreditauskünfte erneuert.

In festgelegten Intervallen besprechen die Personen, die für eine Schlüsselfunktion verantwortlich sind, mit ihren Führungskräften den aktuellen Stand ihrer fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sowie die seit der Erstbestellung oder dem letzten Gespräch eingetretenen Veränderungen. Abhängig vom konkreten Einzelfall werden Maßnahmen eingeleitet, um bspw. veraltete Fachkenntnisse durch Schulungen zu aktualisieren. Gespräch und Maßnahmen werden dokumentiert. Lassen sich Beeinträchtigungen dauerhaft nicht beheben, wird die für die Schlüsselfunktion verantwortliche Person ihrer Verantwortung entbunden.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung**Zielsetzung des Risikomanagements**

Das Risikomanagementsystem (RMS) der VPV ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung und integriert alle Tochterunternehmen im Konzern. Das konzernweite und übergreifende RMS ist mit allen wesentlichen Funktionsbereichen der Einzelgesellschaften verknüpft. Die breite Verzahnung des RMS stellt sowohl eine konzernübergreifende als auch eine unternehmensindividuelle Risikosicht sicher. Übergeordnete Zielsetzungen des Risikomanagements sind:

- Schutz des Unternehmens vor Vermögensverlusten materieller und immaterieller Art
- Sicherstellung einheitlicher Prozesse zur Erfüllung der Anforderungen im Risikomanagement
- Verpflichtung zur Risiko-Früherkennung

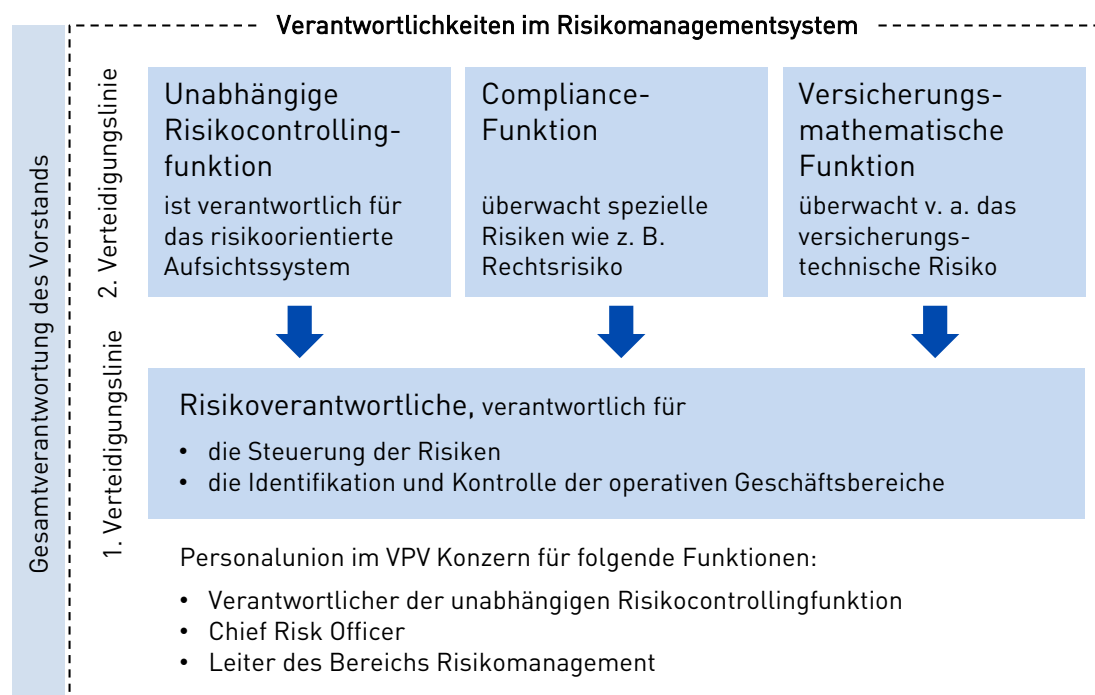
Mit diesen Zielsetzungen leistet das Risikomanagement einen entscheidenden Beitrag zur Wertschöpfung des Unternehmens.

Organisation und Aufgaben des Risikomanagementsystems

Bei der aufbauorganisatorischen Eingliederung des RMS hat die VPV den Grundsatz der Funktionstrennung vollständig beachtet. Zusätzlich wurden flankierende Maßnahmen umgesetzt. Das RMS umfasst folgende wesentliche Aufgaben:

- Durchführung und Weiterentwicklung des Asset Liability Managements
- Durchführung von Stresstests und Berechnungen gemäß der Standardformel
- Berechnungen, Dokumentation und Berichterstattung im Rahmen des Own Risk and Solvency Assessment-Prozesses
- Steuerung des Risikotragfähigkeits- und Limitsystems
- Überwachung risikoaufbauender Positionen
- Durchführung und Pflege der Risikobefragung/Risikoinventur/Risikoinventar
- Verantwortung für das interne Kontrollsystem
- Verantwortung für das Notfallmanagementsystem inkl. Business Continuity Management und Business-Impact-Analyse
- Regelmäßige Bewertung der Risikostrategie auf Konsistenz zur Geschäftsstrategie

Die Aufbauorganisation des RMS setzt sich aus einzelnen Subsystemen zusammen, die durch unterschiedliche Risikomanagementfunktionen des Unternehmens wahrgenommen werden. Nachfolgend sind die Subsysteme im Überblick und in ihrem zeitlichen Bezug dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Zuordnung zu den Verteidigungslinien im RMS.



Die unabhängige Risikocontrollingfunktion in Personalunion mit dem Chief Risk Officer

Entsprechend der Vorgaben aus § 26 VAG ist ein umfassendes, risikoorientiertes Aufsichtssystem implementiert. Hierfür ist im Wesentlichen die unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) verantwortlich. Der Chief Risk Officer (CRO) ist die intern verantwortliche Person für die uRCF. Die uRCF unterstützt die Geschäftsleitung bei der Handhabung des RMS. Die uRCF überwacht das RMS genauso wie das Gesamtrisikoprofil des Unternehmens und ist für die operative Umsetzung des gesamten RMS in der VPV verantwortlich.

Die uRCF arbeitet im Auftrag der gesamten Geschäftsleitung und berichtet ihr und dem Aufsichtsrat aktiv über wesentliche Risikoexponierungen, das Gesamtrisikoprofil sowie die Angemessenheit

des RMS. Sie hat ein Vetorecht gegenüber Einzelentscheidungen zu wesentlichen risikoaufbauenden Positionen eines Ressorts. Überdies steht sie der Geschäftsleitung beratend zur Seite. Die uRCF kommt ihrer Steuerungs- und Kontrollfunktion zudem regelmäßig bei folgenden Aufgaben nach:

- Prüfung der Risikostrategie auf Konsistenz zur Geschäftsstrategie
- Angemessenheitsprüfung der schriftlichen Leitlinien zum Risikomanagementsystem
- Überprüfung und Bewertung der Methoden und Prozesse zur Risikobewertung und Weiterentwicklung
- Limitvorschläge und deren Überwachung
- Beurteilung geplanter Strategien unter Risikoaspekten
- Steuerung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
- Förderung des Risikobewusstseins der vom Risikomanagementsystem betroffenen Mitarbeiter

Compliance-Funktion

Als Bestandteil des RMS überwacht die Compliance-Funktion, wie die Rechtsrisiken im Konzern ausgeprägt sind.

Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) überwacht Teile der vt. Risiken im Konzern und ist damit ebenfalls ein Bestandteil des RMS.

Risikomanagement

Der Bereich Risikomanagement (RM) steuert die dezentralen Risikomanagementprozesse und lässt die Ergebnisse in einem konzerngültigen Gesamtrahmen zusammenfließen. Die Zuständigkeit des Bereiches RM und damit auch das RMS erstreckt sich dabei auf den gesamten Konzern inkl. des VPV-VVaG als operativ tätige Einzelgesellschaft und Muttergesellschaft im Konzern. RM unterstützt die uRCF, die dem Vorstand gegenüber unmittelbar berichtspflichtig ist. Der Leiter des Bereiches RM nimmt die Schlüsselfunktion uRCF wahr und er ist gleichzeitig der CRO. Operativ nimmt RM folgende Aufgaben wahr:

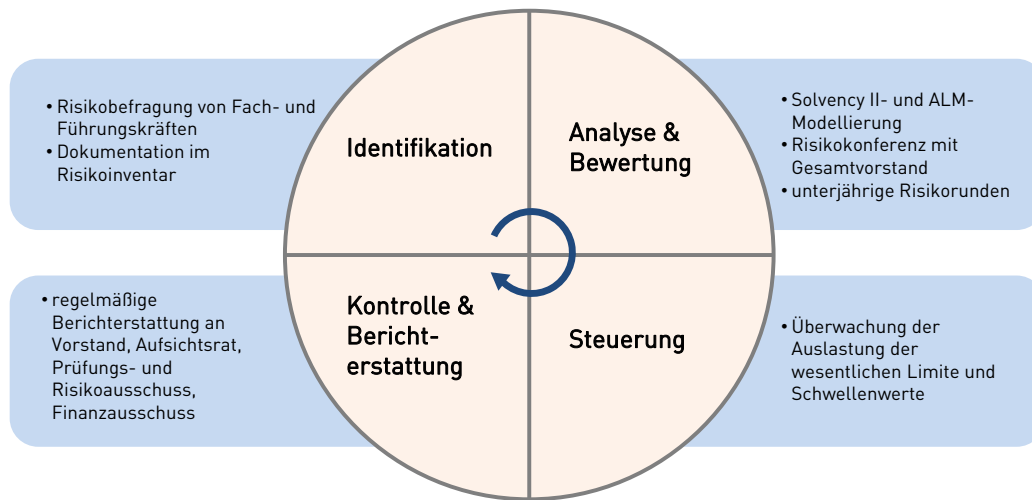
- Verwaltung des Risikoinventars und Durchführung der jährlichen Risikoinventur
- Operative Umsetzung der Aufgaben des Risikomanagements
- Durchführung des quantitativen Risikomanagements, insbesondere Asset Liability Management-Analysen, Solvenzberechnungen und Own Risk and Solvency Assessment
- Überprüfung der Risikosituation mittels Stresstests und Szenarien
- Verantwortung für das gesamte Notfallmanagement einschließlich des Business Continuity Managements
- Dokumentation und Berichtswesen
- Strategiearbeit
- Kapitalanlagencontrolling
- Risikotragfähigkeit und Limitsystem

Risikoverantwortliche

Die uRCF bildet neben der Compliance Funktion und der VMF entsprechend des obigen Schaubildes die zweite Verteidigungslinie. Die Risikoverantwortlichen bilden die erste Verteidigungslinie. Sie sind dabei neben der Identifikation und Kontrolle der verantworteten Risikofelder auch zuständig, Berichte zu erstellen und Risikobewältigungsmaßnahmen durchzuführen.

Prozesse im Risikomanagementsystem

Das nachfolgende Schaubild stellt die Verfahren und Prozesse des RMS im Überblick dar.



Risikoidentifikation

Das operative Management der Risiken findet dezentral in den Fachbereichen statt, wo das fachliche Know-how zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung vorliegt. Regelmäßig befragt RM hierzu Fach- und Führungskräfte mittels Risikoeinschätzungen zur Risikosituation der VPV. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden im Risikoinventar dokumentiert, das der Bereich RM führt und verwaltet. Daneben sind die Fachbereiche aufgefordert, jederzeit bei wesentlichen Veränderungen der Risikosituation Ad-hoc-Risikomeldungen einzureichen, so dass auf Veränderungen zeitnah reagiert werden kann und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können.

Risikoanalyse und -bewertung

Die im Risikoinventar aktualisierten Risiken bewertet RM zusammen mit den Risikoverantwortlichen. Konkret werden die Parameter des Risikos wie z. B. die Eintrittswahrscheinlichkeit in unterschiedlichen Zeiträumen, die Schadenhöhe, die zu ergreifenden Maßnahmen zur Risikominderung und/oder die Korrelationen zu anderen Risiken überprüft und bewertet.

Im Anschluss daran aggregiert der Bereich RM die Ergebnisse und bewertet sie in stochastischen Risikomodellen. Die Ergebnisse gehen unmittelbar in die unternehmensweite Berichterstattung ein und dienen der Geschäftsleitung als Entscheidungsgrundlage. Sofern möglich werden bereits im Vorfeld Maßnahmen zum Umgang mit den Risiken entwickelt.

Ein wesentliches Gremium ist die jährlich tagende Risikokonferenz, die potenzielle und bereits bestehende Risiken vor dem Hintergrund sich bietender Chancen diskutiert und analysiert. Sie ist Teil der unternehmensweiten Risikokultur und spiegelt den Umgang mit Chancen und Risiken wider. Die Risikokonferenz wird durch unterjährig stattfindende Risikorunden ergänzt. Die Risikorunde wird vom Chief Risk Officer geleitet und setzt sich aus folgendem Personenkreis zusammen:

- Chief Risk Officer
- Unabhängige Risikocontrollingfunktion
- Versicherungsmathematische Funktion VPV-LAG, VPV-SAG und VPV-VVaG
- Verantwortlicher Aktuar VPV-LAG, VPV-SAG und VPV-VVaG
- Leiter Kapitalanlagemanagement
- Leiter Kapitalanlage- und Risikocontrolling
- Leiter Finanzen und Steuern
- Chief Compliance Officer
- Leiter Interne Revision

Jedes Mitglied der Risikorunde und der Gesamtvorstand können die Risikorunde einberufen. Die Risikorunde tagt regelmäßig. Darüber hinaus wird sie anlassbezogen einberufen, um Entscheidungen zu treffen, Risikopotenziale zu beseitigen und geeignete Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Die Risikorunde unterstützt damit nachhaltig die Zielsetzung der Risikokonferenz der VPV.

Risikosteuerung

Eine wesentliche operative Steuerungsgröße des RMS ist das Risikobudget. Es wird direkt aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet, an den Risikoappetit des Vorstands adjustiert und ergibt sich u. a. aus den Vorgaben der Geschäfts- und Risikostrategie. Risikobudget, Limite und Schwellenwerte räumen den Entscheidungsträgern Spielräume ein, Chancen zu ergreifen und zeigen frühzeitig Handlungsbedarf auf, um Maßnahmen einzuleiten.

Überwachung und Berichterstattung

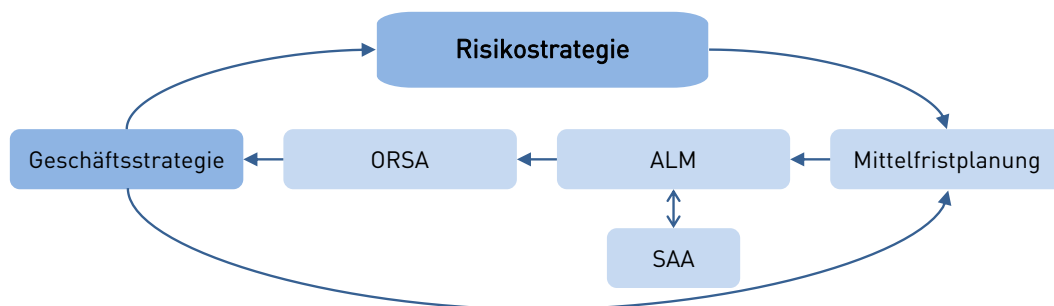
Das Limit- und Schwellenwertsystem, das wiederum ein Bestandteil des konzernweiten IKS ist, überwacht die Auslastung des Risikobudgets.

In regelmäßigen Abständen oder bei Bedarf auch ad hoc berichtet die uRCF über die aktuelle Risikosituation an den Vorstand, den Aufsichtsrat, den Prüfungs- und Risikoausschuss sowie den Finanzausschuss.

Als weitere Kontrollorgane im RMS wirken u. a. Aufsichtsrat, Wirtschaftsprüfer, Treuhänder der Sicherungsvermögen, Verantwortlicher Aktuar sowie die Interne Revision mit. Die Interne Revision überprüft als unabhängige Instanz regelmäßig die Angemessenheit und Gesetzeskonformität des RMS und des IKS.

Geschäftsstrategie, Risikostrategie, Mittelfristplanung, ALM und ORSA im Gesamtkontext

Die Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und legt die Ziele und Vorgaben für das Risikomanagement der VPV fest.



Die Risiko- und Geschäftsstrategie wird bei der Aufstellung der Mittelfristplanung (MFP) berücksichtigt und enthält Risiko- und Managementvorgaben für das Asset Liability Management (ALM). 2020 hat die VPV-LAG und die VPV-SAG Studien zum ALM durchgeführt. Die ALM-Studien treffen mittels stochastischer Simulationen wahrscheinkeitsbasierte Aussagen über die zukünftige Unternehmenslage in unterschiedlichen Kapitalmarktszenarien. Die sich aus den Studien ergebenden Projektionen und Analysen sind wesentliche Entscheidungsgrundlagen. Die Prozesse und die dazugehörigen Ergebnisse der ALM-Studien sind eng mit den Prozessen des Kapitalanlagemanagements verknüpft, so dass marktnahe Inputdaten für die ALM-Studien zur Verfügung stehen und auch die Ergebnisse direkt in die Kapitalanlagestrategie, die sogenannte Strategische Asset Allocation (SAA), einfließen. So wird sichergestellt, dass einerseits die Risiken ausreichend simuliert und andererseits sich bietende Chancen im Rahmen der Risikotragfähigkeit genutzt werden können.

Die Ergebnisse der ALM-Studien werden im Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) für weitere Berechnungen herangezogen und die ORSA-Ergebnisse werden wiederum bei der Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie berücksichtigt.

Angaben zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

ORSA-Prozess

Grundsätzlich wird der ORSA-Prozess als ein Prozess aufgefasst, der sich einerseits von der Erstellung der Geschäftsstrategie und andererseits der Risikoinventur bis hin zur abschließenden Berichterstattung an den Vorstand und die Aufsicht erstreckt. Die VPV hat hierzu eine ORSA-Leitlinie erstellt, die den Soll-Prozess darstellt. Sie legt u. a. die Beteiligten und ihre Verantwortlichkeiten fest sowie die Prozesse und Abläufe, die bei der Durchführung eines ORSA einzuhalten sind. Insbesondere legt sie Bewertungsmethoden fest und es wird definiert, welche Stress- und Sensitivitätsanalysen sowie weiteren Analysen durchgeführt werden sollen.

Die VPV unterscheidet zwischen dem ORSA im engeren und im weiteren Sinn. Unter dem Begriff „ORSA im weiteren Sinn“ versteht die VPV die Integration des RMS in die Unternehmenssteuerung. Unter dem Begriff „ORSA im engeren Sinn“ hingegen wird die tatsächliche Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) und die Aufstellung der Solvenzübersicht verstanden. Der ORSA im engeren Sinn ist damit nur eine Teilmenge des gesamten ORSA-Prozesses.

Die VPV hat das ORSA-Modell entsprechend den Anforderungen und den Gegebenheiten der Risikosituation angepasst. Dazu hat sie einerseits Einflussgrößen, die ebenfalls im Standardmodell verwendet werden, so angepasst, dass sie die Belange der VPV erfüllen und die unternehmensindividuelle Risikosituation adäquat abbilden. Dies gilt insbesondere bei der Risikobeurteilung von Finanzinstrumenten. Die Ermittlung der abweichenden Einflussgrößen und Risikoannahmen basiert auf Vergangenheitswerten, Modellberechnungen und auf Expertenschätzungen. Andererseits werden Module, die nur schwer und unter Inkaufnahme von Informationsverlusten bzw. gar nicht an die Risikosituation der VPV angepasst werden können, durch externe Berechnungen ersetzt.

Bei der ORSA-Modellierung greift die VPV auf langjährige Erfahrungen aus den ALM-Studien zurück und stimmt diese mit dem ORSA-Modell ab. Das ORSA-Modell wird wie das ALM-Modell regelmäßig evaluiert und bei Bedarf angepasst. Durch unterjährig Aktualisierungen der Berechnungen wird die Auslastung der Eigenmittel regelmäßig überprüft. Bei Bedarf können sich Auswirkungen auf die Allokation der Kapitalanlagen ergeben.

Im ORSA-Prozess kommt v. a. der Risikorunde eine zentrale Rolle zu. Sie hat u. a. die Aufgabe, einen Ad-hoc-ORSA zu initiieren. Dazu analysiert die Risikorunde die ihr zur Verfügung stehenden Informationen und entscheidet, ob der vorliegende Sachverhalt der Durchführung eines Ad-hoc-ORSA bedarf. Sie legt dabei auch die Datenbasis fest, auf der der Ad-hoc-ORSA aufgesetzt wird. Grundsätzlich gilt, dass ein Ad-hoc-ORSA dann ausgelöst wird, wenn interne oder externe Einflüsse dazu führen können, dass sich die Gesamtsolvabilität wesentlich verändert.

Eingliederung in die Unternehmenssteuerung

Der Gesamtvorstand trägt gemäß Solvency II die Gesamtverantwortung für das RMS. ORSA ist ein wesentlicher Bestandteil des RMS, da mittels ORSA die Risiko- und Kapitalsteuerung der VPV in die strategische Gesamtunternehmenssteuerung integriert werden. Der ORSA-Prozess beinhaltet im Wesentlichen die Beurteilung des GSB der Versicherungsgesellschaften im Konzern der VPV als auch der VPV-Gruppe.

Der Vorstand erhält ein detailliertes Verständnis über die Risikosituation der VPV. Die Gestaltung der Risikopositionen sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung und der Höhe kann die Gesamtsolvabilität stark beeinflussen. Vor diesem Hintergrund werden wesentliche Kapitalmanagementaktivitäten einer ORSA-Bewertung unterzogen. Mittels Sensitivitätsanalysen wird die Wirkung von Entscheidungsalternativen auf die Risikotragfähigkeit bewertet und dient der Geschäftsleitung als Grundlage für Steuerungszwecke.

Im Rahmen eines ORSA bekommt der Vorstand entscheidungsunterstützende Informationen zum Ergreifen von Maßnahmen, indem das ORSA-Modell die Wirkungsweisen der Maßnahmen im

ORSA-Modell aufzeigt. Damit fließen die ORSA-Ergebnisse unmittelbar in die Unternehmenssteuerung mit ein.

Der ORSA-Prozess setzt auf der MFP auf. Die MFP fokussiert das Best-Estimate (BE)-Szenario, in dem die erwartete Entwicklung der VPV im Untersuchungszeitraum prognostiziert wird. Grundlage dafür sind die Geschäftsstrategie sowie die daraus abgeleiteten konkreten Planungen aller einbezogenen Fachbereiche. Die MFP wird einmal jährlich vom Gesamtvorstand verabschiedet und ist wesentliche Grundlage für ALM und ORSA-Berechnungen. Im Vorfeld der MFP stimmen RM und der Gesamtvorstand mögliche Szenarien ab, um ggf. neue Elemente in die MFP aufzunehmen. Die Erkenntnisse aus dem ORSA werden in die Geschäftsstrategie, Risikostrategie und MFP integriert. So ist gesichert, dass alle wesentlichen Risiken jederzeit in den Steuerungsinstrumenten berücksichtigt sind.

Der ORSA wird jährlich durchgeführt. Der komplette ORSA-Prozess soll bis spätestens 31.07. des Geschäftsjahres durchlaufen sein. Sollten sich seit dem 31.12. des Vorjahres signifikante Änderungen der Datensituation ergeben haben, so wird der Aufsetzzeitpunkt für den ORSA-Prozess aktualisiert. Nach eingehender Analyse der Ergebnisse präsentiert der Vorstand die wesentlichen Informationen dem Aufsichtsrat.

Dokumentation

Die Durchführung jedes einzelnen ORSA, sowohl der jährliche als auch ein Ad-hoc-ORSA, wird angemessen dokumentiert und vom Vorstand nach umfassender Analyse verabschiedet. Der Bericht umfasst neben Parametern und verwendeten Inputdaten auch die Namen der handelnden Personen und die verwendeten Tools. Des Weiteren werden Annahmen und Beurteilungen erfasst. Mit Abschluss jedes ORSA-Durchlaufs wird ein entsprechender Bericht angefertigt, der mindestens folgende Angaben enthält:

- Modellparameter und Annahmen
- Stress-, Sensitivitäts- und Szenarioanalysen
- Ergebnisse inkl. Vergleichswerte der entsprechenden Vorperiode
- Vergleichswerte zur Solvenzkapitalanforderung gemäß Standardmodell

Während der ORSA-Bericht die wesentlichen Annahmen und die Ergebnisse mit ihren Auswirkungen auf die Gesellschaften der VPV zum Gegenstand hat, hat die ORSA-Aufzeichnung die Dokumentation des Ist-Prozesses des ORSA-Durchlaufs zum Gegenstand.

ORSA-Bericht

Mit dem Schreiben vom 18.04.2016 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) dem Antrag für die Erstellung des ORSA-Berichts in einem befriedigenden und damit einem einzigen ORSA-Bericht für den VPV-Konzern gemäß § 275 Abs. 4 VAG zugestimmt. Bei der Erstellung des ORSA-Berichts wird bewusst auf die Trennung zwischen VPV-Gruppe und den drei Versicherungsgesellschaften VPV-LAG, VPV-SAG und der Muttergesellschaft VPV-VVaG geachtet.

B.4 Internes Kontrollsystem

Beschreibung des Internen Kontrollsystems

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist Bestandteil des Governance-Systems der VPV. Im Zusammenspiel mit den weiteren Elementen des Governance-Systems, dem Datenschutz, der Informationssicherheit sowie dem Notfallmanagement dient es der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und damit der dauerhaften Absicherung der gesamten Geschäftstätigkeit.

Das IKS, das insbesondere betriebliche Risiken minimiert, setzt sich vornehmlich aus selbstständigen Sicherungen in Form von organisatorischen und technischen Maßnahmen sowie internen Kon-

trollen zusammen. Eine interne Leitlinie für das IKS stellt die Verbindlichkeit sicher. Grundsätzlich ist das IKS als integrierter, prozessorientierter Bestandteil des RMS der VPV zu sehen und wurde systematisch unternehmensweit eingeführt. Hierfür wurden prozessinhärente Risiken und Störungen identifiziert, gemäß einem hausinternen Wesentlichkeitskonzept bewertet, beschrieben und vorbeugende sowie aufdeckende Maßnahmen und Kontrollen ausgearbeitet und implementiert. Ein technisches System überwacht wesentliche Kontrollen, insbesondere im Bereich des Zahlungsverkehrs. Darüber hinaus erfolgt ein laufender Abgleich mit den Risiken aus dem RMS, wodurch eine ganzheitliche Sicht und eine einheitliche Bewertung der operationellen Risiken sichergestellt wird. Die Schlüsselfunktionen der VPV überprüfen das IKS regelmäßig hinsichtlich Angemessenheit und Wirksamkeit.

Das Kontrollsystem unterstützt die Führungskräfte, sich auf die wesentlichen Kontrollen zu konzentrieren, und fördert dadurch nachhaltig die wirtschaftliche Stabilität der VPV. Zudem sensibilisiert und stärkt es das Risiko- und Kontrollverständnis aller Beteiligten. Ein Workflow, der allen Entscheidungsträgern zeitnah die Information über die wesentlichen Kontrollen zugänglich macht, setzt das Kontrollsystem EDV-technisch um. Die rechnungslegungsbezogenen Prozesse und die dazugehörigen Kontrollen sind ebenfalls in diesem Workflow erfasst.

Die Interne Revision, die als übergeordnete Kontrollinstanz des Unternehmens im Auftrag des Vorstands die Elemente des Governance-Systems und somit auch das IKS jährlich überprüft, unterstützt das IKS.

Umsetzung der Compliance-Funktion

In der VPV-Gruppe wurde eine dezentrale Compliance-Struktur eingerichtet. Darin sind Aufgaben der Compliance, des Chief Compliance Officers (CCO) und der Compliance Officer und deren Zusammenarbeit mit den Schlüsselfunktionen sowie weiteren Sonderfunktionen wie Datenschutzbeauftragter, Geldwäschebeauftragter, IT-Sicherheitsbeauftragter, Arbeitssicherheitsbeauftragter, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz-Beauftragter und Verantwortlicher Aktuar definiert. Der Leiter Recht und Compliance führt die Funktion des CCO aus. Die neun dezentral bestellten fachlichen Compliance Officer sowie die Compliance-Assistenz unterstützen ihn dabei. Der CCO arbeitet im Auftrag des gesamten Vorstands und berichtet ihm gegenüber unmittelbar über aktuelle Compliance-Themen.

Zu den Aufgaben der Compliance-Funktion gehören Maßnahmen der Vorbeugung, Begleitung, Überwachung sowie Dokumentation und Berichterstattung. Compliance-Risiken werden erkannt und minimiert durch Information und Sensibilisierung über Regelungen sowie Empfehlungen hinsichtlich Maßnahmen zur Verbesserung. Bei Rechts-, Qualitäts-, Personal- und sonstigen Themen wird begleitend beraten.

Die Compliance-Funktion beobachtet, analysiert und beurteilt mögliche Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds und berichtet dem Gesamtvorstand. In regelmäßigen Abständen und bei Bedarf ad hoc finden Treffen mit den Fachbereichen statt. Darin informiert die Compliance-Funktion über Änderungen im Rechtsumfeld und diskutiert andere wesentliche Compliance-Themen und notwendige prozessuale und strukturelle Maßnahmen mit den Fachbereichen.

Compliance-Risiken werden identifiziert und im Risikoinventar erfasst und bewertet.

Die Aktivitäten der Compliance-Funktion erfolgen auf Basis eines Compliance-Planes. Der Compliance-Plan berücksichtigt relevante Geschäftsbereiche bzw. Compliance-Risiken. Erforderliche Aktivitäten werden risikoorientiert ausgewählt. Die Aktualität des Compliance-Planes wird regelmäßig überprüft. Die VPV hat in einem Compliance Management System für den Teilbereich Vertrieb übergeordnete Prinzipien und Grundsätze des GDV-Verhaltenskodex konkretisiert. Die Umsetzung wurde zuletzt von der Internen Revision geprüft, mit dem Ergebnis, dass die VPV alle not-

wendigen Maßnahmen ergriffen hat, um die Regeln des GDV-Verhaltenskodex in den Grundsätzen zu verankern.

Jeder Mitarbeiter ist angewiesen, den CCO unaufgefordert und aktuell, gegebenenfalls ad hoc, über Sachverhalte zu informieren, die für die Tätigkeit der Compliance von Bedeutung sein könnten.

B.5 Funktion der internen Revision

Beschreibung der Einrichtung der Funktion der internen Revision

Die Konzernrevision nimmt die Funktion der internen Revision für alle Gesellschaften der VPV-Gruppe zentral wahr. Die verantwortliche Schlüsselfunktionsinhaberin Interne Revision ist die Leiterin des Bereiches Konzernrevision. Die Konzernrevision arbeitet im Auftrag des Vorstands und berichtet direkt und unmittelbar an diesen. VPV-VVaG, VPV-LAG und VPV-SAG verfügen jeweils über eine eigene Schlüsselfunktion Interne Revision. Die Interne Revision der VPV-LAG übernimmt als Dienstleister aufgrund eines Ausgliederungsvertrages die Revisionsfunktion auch für die folgenden VPV-Gesellschaften:

- VPV Holding AG
- VPV Makler Service GmbH (bis 18.01.2021 Vereinigte Post. Die Makler-AG)
- VPV Service GmbH
- VPV Vermittlungs-GmbH
- VPV Beratungsgesellschaft für Altersversorgung mbH
- VPV Finanz Service GmbH (ehemals: AFS Allgemeiner Finanz Service GmbH)

Die Interne Revision ist ein wichtiger Bestandteil des Governance-Systems der VPV. Mit einem risikoorientierten Ansatz prüft und beurteilt sie die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements im Allgemeinen und des IKS im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller internen und ausgegliederten Prozesse und Aktivitäten des Unternehmens. Ziele, Aufgaben, Rechte und Pflichten, anzuwendende Prozesse, Berichtswege und Follow-up sind in der Leitlinie Interne Revision geregelt, die im Jahr 2017 überarbeitet, aktualisiert und vom Vorstand verabschiedet wurde. Für das Jahr 2020 hat die jährliche Überprüfung keinen Änderungsbedarf ergeben. Darüber hinaus finden sich detaillierte Regelungen zu den Revisionsprozessen im Handbuch der Internen Revision. Die Interne Revision hat ein uneingeschränktes Informations- und Prüfungsrecht, das die gesamte Geschäftsorganisation der Konzernunternehmen umfasst.

Die Grundlage für die Prüfungsplanung ist ein vollständiges Prüfungsuniversum, in dem alle wesentlichen Aktivitäten der Geschäftsorganisation definiert sind. Das Prüfungsuniversum wird regelmäßig und mindestens einmal jährlich auf Aktualität und Vollständigkeit überprüft. Die Prüfungsplanung basiert auf einer dokumentierten Risikobeurteilung der zu prüfenden Strukturen und Prozesse. Die Prüfungsthemen und der jeweilige Prüfungsturnus sind in einem Mehrjahresplan festgehalten. Der Mehrjahresplan wird jährlich aktualisiert und ist Ausgangspunkt der Prüfungsplanung für das nächste Geschäftsjahr. Bei der Jahresplanung wird sichergestellt, dass notwendige außerplanmäßige Prüfungen (Ad-hoc-Prüfungen) kurzfristig durchgeführt werden können. Für jede Prüfung wird zeitnah ein Bericht erstellt und dem Vorstand vorgelegt. Zur Behebung der festgestellten Mängel werden aus den Prüfungen Maßnahmen (inkl. Verantwortlichkeiten und Umsetzungstermine) vereinbart. Die Interne Revision überwacht laufend die Umsetzung der Maßnahmen und berichtet den Umsetzungsstand regelmäßig an den Vorstand. Darüber hinaus berichtet die Konzernrevision vierteljährlich an den Vorstand über die Prüfungstätigkeit im abgelaufenen Quartal, die Umsetzung des Prüfungsplanes sowie eventuelle Änderungen des Prüfungsplanes und den Stand der Maßnahmenumsetzung. Zudem berichtet die Interne Revision mindestens im Rahmen der regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen an den Aufsichtsrat.

Beschreibung der Bewahrung der Objektivität und Unabhängigkeit der Funktion der internen Revision

Die VPV stellt die Objektivität und Unabhängigkeit der Internen Revision durch folgende Maßnahmen sicher. Die Interne Revision berichtet direkt an den gesamten Vorstand. Sie ist disziplinarisch einem Vorstandressort zugeordnet, in dem keine Risikopositionen aufgebaut werden. Darüber hinaus berichtet sie regelmäßig an den Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Bei der Aufstellung der Prüfungsplanung, der Prüfungsdurchführung und der Bewertung von Prüfungsergebnissen handelt die Interne Revision unabhängig und frei von Einflüssen Dritter. Die Interne Revision unterliegt keinen Einschränkungen oder sonstigen Einflüssen, die ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bei der Erledigung ihrer Aufgaben beeinträchtigen könnten. Dazu gehört auch, dass kein Mitarbeiter der Internen Revision operative Aufgaben außerhalb der Internen Revision wahrnimmt. Die Funktion der internen Revision wird nicht in Personalunion mit einer der drei anderen Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion und VMF wahrgenommen.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Versicherungsmathematische Funktion als Teil der Governance-Funktionen

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) der VPV arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands und ist ihm gegenüber unmittelbar berichtspflichtig. Die verantwortliche Inhaberin übt ihre Tätigkeit gemäß der für die VPV geltenden Leitlinie für die VMF aus.

Die VMF wird nicht in Personalunion mit einer der drei anderen Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion und Funktion der internen Revision wahrgenommen. Die Funktion Verantwortlicher Aktuar ist personell getrennt von der VMF, so dass Interessenkonflikte vermieden werden. Die organisatorische Struktur gewährleistet eine objektive und unabhängige Aufgabenerfüllung der VMF. In der Verantwortung erfolgt eine Aufteilung der VMF für VPV-Gruppe und VPV-VVaG, VPV-LAG und VPV-SAG.

Die verantwortliche Inhaberin der VMF ist organisatorisch im Vorstandsressort 2 angesiedelt. Neben der Tätigkeit als VMF nimmt die Inhaberin dieser Funktion operative Aufgaben im Bereich des Risikomanagements wahr. Hinsichtlich der Berichtsgegenstände der VMF werden die Berechnung der vt. Rückstellungen sowie das Risikomanagement in demselben Ressort organisatorisch unabhängig verantwortet. Eine objektive und unabhängige Aufgabenerfüllung ist gewährleistet, da die vt. Rückstellungen vom Gesamtvorstand freigegeben werden und das Risikomanagement von der uRCF überwacht wird.

Aufgaben und Ziele

Gemäß den gesetzlichen Regelungen zur VMF in § 31 VAG nimmt die VMF bei der VPV im Einzelnen folgende Aufgaben je Berichtsgegenstand wahr:

1. Berechnung der vt. Rückstellungen in der Solvenzbilanz
2. Stellungnahme zur Angemessenheit der Zeichnungs- und Annahmepolitik
3. Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
4. Beitrag zur Umsetzung des Risikomanagementsystems

Diese Tätigkeiten zielen darauf ab, die Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu stärken und die Geschäftsfähigkeit des Unternehmens dauerhaft sicherzustellen. Zu diesem Zweck sind die vorhandenen Prozesse und Methoden wirksam einzusetzen sowie auch erforderliche Steuerungsin-

strumente zu entwickeln. Damit soll der Geschäftsleitung unter den für die VMF relevanten Aspekten die Voraussetzung für eine optimale Unternehmenssteuerung zur Verfügung gestellt werden.

Einbindung der Versicherungsmathematischen Funktion in die Berichtsprozesse

Die VMF erstellt einmal jährlich, bei Bedarf auch ad hoc, einen Bericht an den Vorstand. Hierin berichtet die VMF über ihre Aktivitäten und Maßnahmen auf ihren oben beschriebenen vier Aufgabenfeldern. Es wird zu den jeweils verwendeten Methoden, den getroffenen Annahmen, der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der verwendeten Daten und der Korrektheit und der gewonnenen Ergebnisse Stellung genommen sowie über die mit den Ergebnissen verbundenen Unsicherheiten berichtet. Schließlich werden auch bestehende Unzulänglichkeiten und Verbesserungspotenziale aufgezeigt. Diesbezüglich wird auf die einschlägigen Entwicklungen seit dem letzten Bericht eingegangen.

B.7 Outsourcing

Darstellung der Ausgliederungspolitik

Die VPV hat die Leitlinie Ausgliederung aufgestellt, die Verantwortlichkeiten festlegt und Prozesse darstellt, um die Risiken, die mit Ausgliederungsvorgängen einhergehen, zu begrenzen und die aufsichtsrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Kategorisierung der Ausgliederungsvorhaben

Alle Ausgliederungsvorgänge werden nach folgender Dreiteilung kategorisiert:

- Fremdbezug von Leistungen
- Ausgliederung im aufsichtsrechtlichen Sinne
- Ausgliederung einer wichtigen Funktion oder Versicherungstätigkeit

Fremdbezug von Leistungen sind Tätigkeiten ohne Bezug zum Versicherungsgeschäft und werden nicht an den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ausgliederungen gemessen.

Die Anforderungen an Ausgliederungen im aufsichtsrechtlichen Sinne sind im § 32 Abs. 1 VAG, der MaGo und der VAIT geregelt und sind auf die Ausgliederung von Funktionen oder Versicherungstätigkeiten eines Versicherungsunternehmens mit einer gewissen Erheblichkeit anzuwenden.

Eine Ausgliederung wichtiger Funktionen oder Versicherungstätigkeiten liegt vor, wenn diese für den Versicherungsbetrieb unerlässlich ist. Die Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision, die VMF und die Bereiche Vertrieb, Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung, Rechnungswesen sowie Vermögensanlage und -verwaltung werden grundsätzlich als wichtig eingestuft.

Abhängig von der Einstufung der Ausgliederungsvorhaben werden nach einer Risikoanalyse entsprechende Regelungen in die Verträge aufgenommen und ein Dienstleistungscontrolling aufgesetzt.

Organisatorische Einbindung der Ausgliederungen

Im Rahmen des Risikomanagements werden die mit Ausgliederungsvorhaben einhergehenden Risiken frühzeitig erkannt, begrenzt und überwacht. Zur Wahrnehmung dieser Tätigkeiten ist ein Ausgliederungsmanagement aufgesetzt, das grundsätzlich die Revision und im Bedarfsfall andere Funktionen, wie z. B. den IT-Sicherheitsbeauftragten oder den Datenschutzbeauftragten einbezieht. Die jährliche Überprüfung wichtiger Ausgliederungen erfolgt im IKS und wird dort auch dokumentiert.

Das Ausgliederungsmanagement arbeitet im Auftrag der Geschäftsleitung und ist dieser gegenüber unmittelbar berichtspflichtig. Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Ausgliederungsmanagements obliegt der Geschäftsleitung.

Der ausgliedernde Fachbereich sorgt für die Umsetzung und Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ggf. unter Einbeziehung des Ausgliederungsmanagements.

Erkennt der ausgliedernde Fachbereich bei Ausgliederungsvorhaben Risiken, die über die operative Ebene hinausgehen, meldet er dies dem Risikomanagement. Dieses erfasst, bewertet und überwacht daraufhin die Risiken.

Wesentliche auf externe Dienstleister ausgelagerte Funktionen oder Tätigkeiten

Dienstleister	Ausgelagerte Funktion	Rechtsraum
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Vermögensverwaltung	Deutschland
Landesbank Baden-Württemberg und LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	Tätigkeit des Frontoffice für die Direktanlage sowie Dienstleistungen der Kapitalanlage-Beratung	Deutschland
Fujitsu TDS GmbH	Betrieb des SAP-Systems für buchhalterische Zwecke	Deutschland

Die Ausgliederungen der VPV erfolgen direkt.

1. Die Vermögensverwaltung der VPV ist ausgelagert auf die Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH. Bei der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH handelt es sich um eine Kapitalanlagegesellschaft, die zu einer der führenden Kapitalverwaltungsgesellschaften im institutionellen Asset Management zählt.
2. Die Tätigkeit des Frontoffice für die Direktanlage sowie Dienstleistungen der Kapitalanlage-Beratung der VPV sind an die Landesbank Baden-Württemberg und die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ausgelagert.
3. Der Betrieb des SAP-Systems der VPV wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch das Rechenzentrum der Firma Fujitsu TDS GmbH, Neckarsulm, sichergestellt. Die VPV wickelt darüber ihre Finanzbuchhaltung, die Kostenrechnung und die Provisionsabrechnung sowie Teile des Kapitalanlagennebenbuchs ab. Die Personalabrechnung ist bis zum 31.10.2020 ebenfalls über SAP abgewickelt worden, ab dem 01.11.2020 erfolgt diese über die ADP Employer Services GmbH. Hierbei handelt es sich um eine einfache Ausgliederung im aufsichtsrechtlichen Sinn.

Wesentliche gruppeninterne Ausgliederungsvereinbarungen

Konzernintern besteht zwischen der VPV und der VPV-Service ein Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag, über den die Bestands- und die Leistungsverwaltung ausgelagert werden.

B.8 Sonstige Angaben

Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Das Governance-System beinhaltet neben den vier Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision und VMF weitere Governance-Funktionen und -Prozesse. Es beinhaltet auch den Verantwortlichen Aktuar der VPV-LAG, den Geldwäschebeauftragten, den Datenschutzbeauftragten, den IT-Sicherheitsbeauftragten sowie den Koordinator für das IKS. Außerdem zählen zum Governance-System die Ausgliederungsprozesse, das Beschwerdemanagement, das Notfallmanagement, das interne Hinweisgebersystem und die eingerichteten Fit & Proper-Prozesse.

Der Gesamtvorstand bewertet die Geschäftsorganisation regelmäßig gemäß § 23 Abs. 2 VAG und sorgt für eine kurzfristige Umsetzung der erforderlichen Änderungen. Das jeweils zuständige Mitglied der Geschäftsleitung bewertet die einzelnen Bereiche der Geschäftsorganisation. Der Gesamtvorstand wird über die Ergebnisse der Bewertung informiert und steuert die Umsetzung erforderlicher Veränderungen. Ein Prüfplan stellt sicher, dass die gesamte Geschäftsorganisation regelmäßig bewertet wird. Das Ergebnis der Bewertung sowie die Umsetzung notwendiger Änderungen werden dokumentiert.

Die Angemessenheit des Governance-Systems wird regelmäßig geprüft. Bei der Bewertung des Governance-Systems berücksichtigt der Gesamtvorstand Erkenntnisse, die die Funktion der internen Revision bei der von ihr durchgeführten Überprüfung der Geschäftsorganisation gewonnen hat, sowie die Erkenntnisse, zu denen die Schlüsselfunktionen bei der Durchführung ihrer Aufgaben gelangt sind.

Der Gesamtvorstand ist bei der Bewertung des Governance-Systems zu dem Ergebnis gekommen, dass die Risikostrategie und die Steuerung des Unternehmens aufeinander abgestimmt und zur Geschäftsstrategie konsistent sind. Die Geschäftsorganisation unterstützt die Ziele der Geschäfts- und der Risikostrategie. Das Governance-System der VPV wird vor dem Hintergrund der Art, dem Umfang und seiner mittleren Komplexität (insbesondere Spezialisierung auf ausgewählte Versicherungssparten, nur in Deutschland operierender Versicherer sowie Fokussierung auf Privatkunden) der Geschäftstätigkeiten unter Beachtung inhärenter Risiken als geeignet umgesetzt betrachtet. Diese Einschätzung rührt u. a. aus einer achtsamen und anforderungsgerechten Umsetzung der Solvency II-Anforderungen.

Ein kompetentes Team von einschlägig ausgebildeten Aktuaren nimmt die Aufgaben der VMF sowie die aktuariellen Aufgaben im Allgemeinen wahr.

Als weiteres Indiz für ein angemessenes und wirksames Governance-System wertet die VPV die Tatsache, dass die Kundenbeschwerdequote gegen die VPV gering ist, und dass Rechtsstreitigkeiten mit Versicherungsnehmern in der Regel zu Gunsten der VPV beigelegt oder rechtskräftig abgeschlossen werden.

Alle genannten Funktionen und Prozesse sind eingerichtet, in den Strukturen des VPV-Konzerns gegenüber den Mitarbeitern kommuniziert und werden aktiv gelebt. Die genannten Funktionen sind zum Teil personell miteinander verknüpft und wirken im Übrigen über eingerichtete Schnittstellen und Gremien wie dem Kooperationsforum Governance (Mitglieder: die vier Schlüsselfunktionen sowie der Verantwortliche Aktuar der VPV-LAG) und in monatlichen Koordinationsbesprechungen Governance (uRCF, Compliance-Funktion und Funktion der internen Revision) eng zusammen. Unter Berücksichtigung dieser einzelnen Elemente wird die Angemessenheit des Governance-Systems der VPV-Gesellschaften bestätigt.

Alle anderen wesentlichen Informationen

Die bisherigen Ausführungen zum Governance-System sind vollständig und bedürfen keiner weiteren Ergänzung.

C. Risikoprofil

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

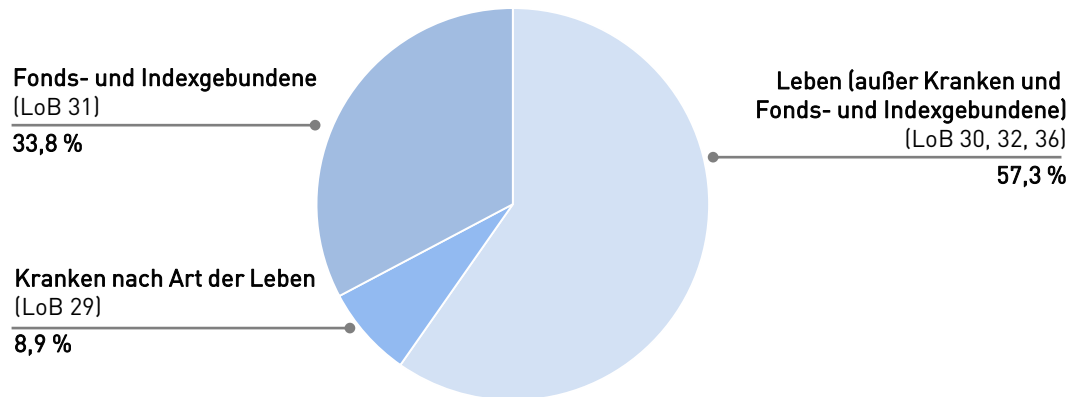
Die vt. Risiken prägen neben dem Marktrisiko ganz entscheidend das Risikoprofil der VPV. Die VPV hat bereits 2008 die Weichen gestellt und mit einer hybriden Produktlinie neue Wege in der Versicherungslandschaft beschritten. Diese wurde konsequent weiterentwickelt und mündete 2020 in einem Produkt ohne anfängliche Garantie. Die VPV sieht sich auch durch die regulatorischen Entwicklungen und die damit verbundenen Forderungen nach alternativen Garantiekonzepten auf ihrem Weg bestätigt.

Das vt. Risiko bezeichnet das Risiko, dass, bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung, der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Das vt. Risiko Leben sowie Kranken nach Art der Leben untergliedert sich entsprechend der Solvency II-Definition in folgende Subrisiken:

- Sterblichkeitsrisiko: die Gefahr einer nachteiligen Veränderung oder eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsraten ergibt
- Langlebighkeitsrisiko: die Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsraten ergibt, wenn der Rückgang der Sterblichkeitsrate zu einem Anstieg des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten führt
- Invalidität: die Gefahr einer negativen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Invaliditäts-, Krankheits- und Morbiditätsraten ergibt
- Stornorisiko: die Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsrate von Versicherungspolice ergibt
- Kostenrisiko: die Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der bei der Verwaltung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen angefallenen Kosten ergibt
- Revisionsrisiko: die Gefahr einer nachteiligen Veränderung der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität des Rentenzahlungswerts aufgrund einer Revision der Anspruchssituation ergibt
- Katastrophenrisiko: die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus einer Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt

Das Produktportfolio der VPV besteht im Wesentlichen aus Lebensversicherungen mit Überschussbeteiligung (LoB 30), Fonds- und Indexgebundenen Versicherungen (LoB 31) sowie Berufsunfähigkeitsversicherungen als Haupt- oder Zusatzversicherung (LoB 29).

Gebuchte Prämien - brutto



Bei den vt. Verpflichtungen dominieren neben Zinsrisiken, die innerhalb des Marktrisikos betrachtet werden, das Kostenrisiko für den Bereich Leben und das Invaliditätsrisiko für den Bereich Kranken. Darüber hinaus gibt es keine Anzeichen für eine übermäßige Risikokonzentration im Versicherungsbestand. Dies wird durch das unwesentliche Katastrophenrisiko unterstrichen. Der Zusammenhang kann nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Die Risiken sind an dieser Stelle Brutto aufgeführt. Dies bedeutet, dass im Gegensatz zu den Risiken in der Netto-Variante die Verlustausgleichsfähigkeit der vt. Rückstellungen nicht berücksichtigt ist.

LAG STA PLAN VART	2020
Versicherungstechnisches Risiko Leben Brutto [TEUR]	IST
Sterblichkeit	13.280
Langlebigkeit	40.903
Storno	24.679
Kosten	88.321
Revision	0
Katastrophenrisiko	4.005
Diversifikation	-47.359
vt. Risiko Leben	123.829

LAG STA PLAN VART	2020
Versicherungstechnisches Risiko Kranken Brutto [TEUR]	IST
Sterblichkeit	319
Langlebigkeit	25.657
Invalidität	88.103
Storno	82.428
Kosten	19.284
Revision	0
Diversifikation	-73.688
Kranken nach Art der Leben	142.102
Katastrophenrisiko	1.424
vt. Risiko Kranken	142.465

Die biometrischen Risiken betreffen das Sterblichkeits- und Langlebigkeitsrisiko sowie die Berufsunfähigkeits- und Invaliditätsrisiken. Die VPV begegnet diesen Risiken bereits vor Abschluss von Verträgen durch eine sorgfältige Risikoprüfung. Bei ungünstigen Risiken werden entsprechende Zuschläge erhoben oder Ausschlüsse vereinbart. Bei unkalkulierbaren und nicht vertretbaren Risiken wird von einem Vertragsabschluss grundsätzlich abgesehen. Im Geschäftsjahr hat die VPV

trotz der COVID-19-Pandemie bisher keine signifikant erhöhten Todesfalleistungen oder Invaliditätsfälle festgestellt. Diese Entwicklung wird weiter beobachtet.

Ergänzend zur Diversifikation der biometrischen Risiken im Versicherungsbestand hat die VPV zur Absicherung gegen erhöhte Einzelrisiken Rückversicherungsverträge abgeschlossen. Bei der Wahl des Rückversicherungsschutzes achtet die VPV auf eine hohe Bonität des Rückversicherers. Darüber hinaus werden die Risikoverläufe im Bestand stetig beobachtet und die kalkulatorischen Annahmen überprüft. Dies beinhaltet auch die Geschlechterverteilung, die infolge der geschlechtsunabhängigen Tarifierung ebenfalls einen Teil der verschiedenen biometrischen Risiken darstellt. Des Weiteren werden die Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) und der BaFin berücksichtigt. Insbesondere verwendet die VPV bei der Produktkalkulation biometrische Ausscheideordnungen, die von der DAV als angemessen angesehen werden, oder für Berufsunfähigkeitsrisiken Ausscheideordnungen, die auf Basis von größeren Versicherungskollektiven durch namhafte Rückversicherungsunternehmen ermittelt wurden.

Die Stornorisiken betreffen die Gefahr von Verlusten aufgrund eines von der Erwartung abweichenden Stornoverhaltens der Versicherungsnehmer. Das Stornoverhalten im Bestand wird regelmäßig beobachtet und auf Veränderungen reagiert. Die VPV hat bisher insgesamt kein signifikant erhöhtes Stornoverhalten aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beobachtet. Es wurde lediglich ein Anstieg temporärer Beitragsfreistellungen festgestellt.

Das Kostenrisiko betrifft die Gefahr, dass die in den Produkten einkalkulierten Kostenbeiträge nicht ausreichen, um die Unternehmenskosten zur Verwaltung der Verträge zu decken. Die VPV beobachtet die Kostenergebnisse stetig und überprüft die Angemessenheit der kalkulatorischen Kostenannahmen. Im Altbestand wurde im Geschäftsjahr für die vorsichtige Reservierung eine Erhöhung der kalkulatorischen Kostensätze vorgenommen. Diese Erhöhung führt zu einer zusätzlichen Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung von 10.800 TEUR.

Die VPV nutzt keine Zweckgesellschaften zur Übertragung von Risiken.

C.2 Marktrisiko

Marktrisiken entstehen, wenn sich die Höhe oder Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten nachteilig verändern. Nach Solvency II wird das Marktrisiko in folgende Subkategorien untergliedert:

- Zinsrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus zinssensiblen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten
- Aktienrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus einer nachteiligen Veränderung in der Höhe oder der Volatilität von Marktpreisen für Aktien
- Immobilienrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus einer nachteiligen Veränderung der Immobilienpreise
- Spread-Risiko: die Gefahr aus einer nachteiligen Veränderung des Werts von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die durch Änderungen in der Höhe oder der Volatilität von Kredit-Spreads über der risikofreien Zinsstrukturkurve verursacht wird
- Wechselkursrisiko: die Gefahr aus Veränderungen in der Höhe oder der Volatilität von Wechselkursen
- Konzentrationsrisiko: das Risiko kumulierter Engagements gegenüber derselben Gegenpartei. Das Untermodul Konzentrationsrisiko umfasst keine anderen Konzentrationsrisiken, wie z. B. geografische Konzentrationen oder Sektorkonzentrationen der gehaltenen Vermögenswerte.

Das Spread-Risiko und das Marktkonzentrationsrisiko werden im Kapitel C.3 Kreditrisiko nicht erneut aufgegriffen. Hiermit wird eine Konsistenz zu den unter Kapitel E beschriebenen Solvenzkapitalanforderungen hergestellt. Bei der VPV stehen die spezifischen Risiken Spread-Risiko und

Aktienrisiko vor der Risikominderung durch zukünftige Überschussbeteiligung im Vordergrund. Nach Berücksichtigung der Risikominderung bleibt das Spread-Risiko der größte Treiber des Marktrisikos.

Die VPV begegnet den Marktrisiken im Rahmen der Kapitalanlagestrategie durch eine langfristig orientierte und gut diversifizierte Anlagepolitik, die regelmäßig anhand von ALM-Studien und der SAA überprüft wird. Die Anlagepolitik der VPV ist primär auf die nachhaltige Steigerung der Risikotragfähigkeit ausgerichtet. Dabei steht der Grundsatz, eine größtmögliche Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität der Anlagen zu gewährleisten, stets im Vordergrund. Die VPV legt im Rahmen der Anlagerichtlinien großen Wert auf die Diversifikation der Kapitalanlagen, um das unsystematische Risiko zu minimieren und die Risiko-Ertrags-Relation zu verbessern.

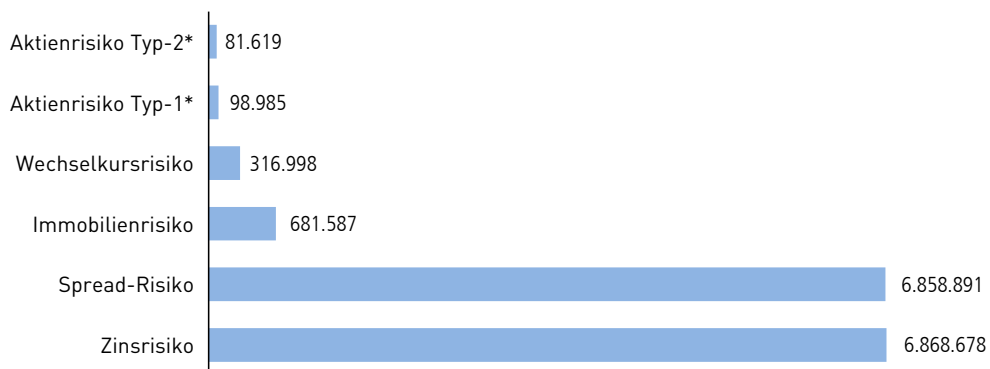
Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 hat die VPV ALM-Studien durchgeführt. Zur Bewertung der Kapitalanlage und der Marktrisiken wird ein eigens für das anhaltende Niedrigzinsumfeld entwickeltes Szenario herangezogen. Die Annahmen dieses Szenarios legt die Geschäftsleitung in Abstimmung mit den Fachbereichen und dem Advisor, der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, fest. Sie bilden gleichermaßen die Basis für die MFP. Insbesondere wird die anhand der langfristigen Kapitalanlageallokation motivierte Investmentstrategie berücksichtigt. Mittels stochastischer Szenarien werden wahrscheinlichkeitsbasierte Aussagen über die zukünftige Unternehmenslage in unterschiedlichen Kapitalmarktpfaden getroffen. Die sich aus den Studien ergebenden Projektionen sind wesentliche Entscheidungsgrundlagen für die etwaige Anpassung und Umsetzung der Strategie und ermöglichen, die Marktrisiken des Kapitalanlagebestandes zu analysieren. Die Prozesse und die dazugehörigen Ergebnisse der ALM-Studien sind eng mit den Prozessen des Kapitalanlagemanagements inkl. der SAA verknüpft, so dass marktnahe Inputdaten für die ALM-Studien zur Verfügung stehen und auch deren Ergebnisse direkt in die Kapitalanlagestrategie einfließen können. So wird sichergestellt, dass einerseits die Risiken nicht unterschätzt werden und andererseits sich bietende Chancen im Rahmen der Risikotragfähigkeit genutzt werden können. Bei der modellgestützten Formulierung der Kapitalanlagestrategie wird zudem großer Wert auf eine sachgerechte Modellierung der spezifischen Risiken unterschiedlicher Anlageklassen und eine realitätsnahe Abbildung tatsächlicher historischer Krisensituationen gelegt. Hierzu werden neben internen Experteneinschätzungen zusätzlich Parameter-Prognosen und Performance-Einschätzungen von externen Drittanbietern eingeholt.

Insgesamt dominiert das Marktrisiko das Risikoprofil der VPV maßgeblich. Die Risiken resultieren dabei zunächst unmittelbar aus den Auswirkungen der Kapitalmarktentwicklungen auf die Vermögenswerte, auf die im Folgenden näher eingegangen wird. Im Anschluss werden die verschiedenen Effekte der vt. Verpflichtungen auf die Marktrisiken näher beleuchtet.

In Ergänzung zur Struktur der Kapitalanlage der VPV, wie sie im Kapitel D.1 aufgeführt ist, sind den nachfolgenden Abbildungen die Marktrisiken sowie die Exposures der verschiedenen Marktrisiken zu entnehmen. Dabei sind sämtliche Vermögenswerte sowohl des Direktbestandes als auch der verschiedenen Fonds den spezifischen Marktrisiken zugeordnet. Es ist zu beachten, dass mehrere Risikoexponierungen für ein einzelnes Investment bestehen können. So unterliegen insbesondere festverzinsliche Titel sowohl dem Zinsänderungs- als auch dem Spread-Risiko.

LAG STA PLAN VART	2020
Marktrisiko Brutto [TEUR]	IST
Zinsrisiko	0
Aktienrisiko	199.187
Immobilienrisiko	168.499
Spread-Risiko	330.599
Konzentrationsrisiko	0
Wechselkursrisiko	26.651
Diversifikation	-98.674
Marktrisiko	626.263

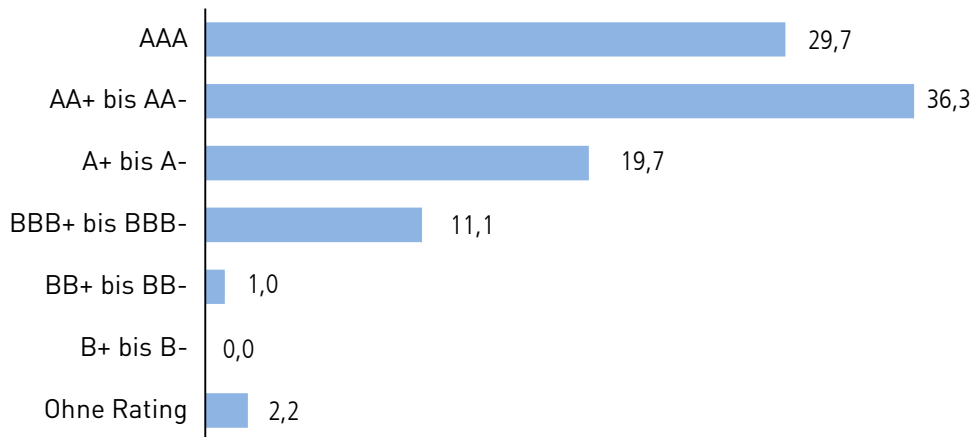
Exposure der Kapitalanlage in Marktwerten nach Risikoarten [TEUR]



*Basisschockszenario bei Typ-1 niedriger als bei Typ-2

Aufgrund des hohen Anteils festverzinslicher Wertpapiere sind das Zinsanstiegsrisiko sowie das Spread-Risiko die wesentlichen Ursachen, die zu einem Rückgang der Marktwerte der Aktiva und damit zu einer Belastung der Eigenmittel führen können. Innerhalb der Fonds können die Zinsrisiken durch den Einsatz von Futures gemindert werden. Das Spread-Risiko wird durch pro Ratingklasse und pro Emittent vergebene Limite kontrolliert, deren Einhaltung das Kapitalanlagen- und Risikocontrolling überwacht. Aufgrund des anhaltenden sehr niedrigen Zinsniveaus kann die VPV zur Sicherung der Mindestertragsanforderungen und auch zum Ergreifen sich bietender Chancen bei Neuinvestitionen weiterhin nicht mehr ausschließlich auf Anlagen von Emittenten bester Bonität zurückgreifen. Wie aus der nachfolgenden Abbildung ersichtlich wird, ist die VPV dennoch hauptsächlich in Anlagen guter Bonität investiert. Dadurch kann die Kreditqualität der Kapitalanlagen weiterhin hochgehalten werden. Die Maßnahmen der VPV zur Minderung der Liquiditätsrisiken (Kapitel C.4) führen indes dazu, dass die Materialisierung des Zins- und Spread-Risikos effektiv reduziert werden kann.

Rating Direktbestand zum 31.12.2020 [%]



Des Weiteren ist die VPV den Risiken aus Immobilien, Beteiligungen, Aktien sowie Fremdwährungen ausgesetzt. Die Risiken resultieren dabei vorrangig aus indirekten Investments in Fonds. Die VPV hat diese Investments ausgebaut, um den Kapitalanlagemix breiter zu streuen und den versicherungsseitig begründeten Renditeanforderungen zu genügen. Für eine adäquate Risikoeinschätzung der Fonds sowohl im Rahmen von Beteiligungen als auch in Form von Immobilieninvestments wird gegebenenfalls auf externe Drittanbieter zurückgegriffen. Die VPV hält direkt weder Aktien noch Titel in Fremdwährungen. Beide Risiken betreffen ausschließlich Investments in Fonds und unterliegen innerhalb derer einer regelmäßigen Kontrolle durch Outsourcing-Partner. Das Exposure des Wechselkursrisikos ist durch den Einsatz einer rollierenden Wertsicherung deutlich reduziert.

Im Bereich der Kapitalanlagen ist durch entsprechende Anlagerichtlinien ausreichend Vorsorge zur Reduktion von Konzentrationsrisiken getroffen worden. Diese können daher als unwesentlich eingestuft werden. Bei Überschreitung der vorgegebenen Limite und Schwellenwerte wird ein Eskalationsverfahren gestartet, entsprechende Maßnahmen folgen unmittelbar.

Neben den unmittelbaren Marktrisiken aus der Kapitalanlage spielen die vt. Verpflichtungen hierbei ebenfalls eine zentrale Rolle. Ein wesentliches Risiko aus klassischen Lebensversicherungsverträgen besteht im Versprechen einer Zinsgarantie über die gesamte Vertragslaufzeit. Das Risiko besteht darin, dass die garantierte Mindestverzinsung nicht durch Nettokapitalerträge gedeckt werden kann. Bei der Lebensversicherung wirken die speziellen Mechanismen der Beteiligung der Versicherungsnehmer insbesondere am Kapitalanlageergebnis. Der Versicherungsnehmer profitiert von positiven Kapitalmarktentwicklungen, trägt aber ebenso einen beachtlichen Teil der Risiken in Form einer verringerten zukünftigen Überschussbeteiligung. Aufgrund der Mindestzuführungsverordnung verbleibt das größere Risiko bei der VPV. Bei neueren Produkten, wie dem dynamischen Hybridprodukt, trägt der Versicherungsnehmer grundsätzlich sowohl Chancen als auch Risiken mit. Die Effekte der vt. Verpflichtungen auf das Marktrisiko insgesamt sind vielschichtig und können sich abhängig von der aktuellen Marktsituation sowohl risikoverstärkend als auch risikomindernd auswirken.

Die VPV hat zum 31.12.2020 verschiedene Sensitivitätsberechnungen unter Verwendung von Volatility Adjustment (VA) hinsichtlich des Spread-Risikos, des Immobilienrisikos und des Zinsänderungsrisikos durchgeführt.

Zunächst wurde eine Sensitivität bezüglich der Schwankung der dem Spread-Risiko zugrunde liegenden Marktwerte untersucht. Hierzu wurde sowohl ein Anstieg der Marktwerte als auch ein Rückgang der Marktwerte um jeweils 1 % hinsichtlich der Auswirkung auf die Solvenzsituation analysiert. Dabei wird angenommen, dass die Struktur des Bondportfolios insbesondere hinsichtlich der Verteilung auf Ratingkategorien, Laufzeiten und Länder beibehalten wird. Es zeigt sich

erwartungsgemäß eine korrespondierende Auswirkung auf die Eigenmittel. Die Solvenzquote steigt um 71 Prozentpunkte respektive fällt um 56 Prozentpunkte. Des Weiteren wurde analysiert, wie sich eine Schwankung des Spread-Risikos auf die Solvenzsituation auswirkt. Dabei wurde sowohl ein Anstieg als auch ein Rückgang des Spread-Risikos um jeweils 10 % unterstellt. Nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung durch die zukünftige Überschussbeteiligung (ZÜB) und der Diversifikationseffekte innerhalb des Marktrisikos sowie innerhalb der Basissolvenzkapitalanforderung (BSCR) verringert sich die Solvenzquote um 14 Prozentpunkte respektive steigt um 13 Prozentpunkte.

Für das Immobilienrisiko wurden analog zum Spread-Risiko sowohl Schwankungen der dem Immobilienrisiko zugrunde liegenden Marktwerte als auch des Risikos an sich untersucht. Als Schwankung wurde sowohl ein Anstieg der Marktwerte als auch ein Rückgang der Marktwerte um jeweils 10 % hinsichtlich der Auswirkung auf die Solvenzsituation analysiert. Auch wurde angenommen, dass die Struktur des Immobilienportfolios beibehalten wird. Als Ergebnis wird ein Anstieg von 32 Prozentpunkten respektive ein Rückgang von 30 Prozentpunkten beobachtet. Ebenso wurde analysiert, wie sich eine Schwankung des Immobilienrisikos auf die Solvenzsituation auswirkt. Dabei wurde sowohl ein Anstieg als auch ein Rückgang des Immobilienrisikos um jeweils 10 % unterstellt. Hier ergibt sich ein Anstieg der Solvenzquote in Höhe von drei Prozentpunkten respektive ein Rückgang der Solvenzquote um zwei Prozentpunkte.

Zur Untersuchung der Zinssensitivität wurden Parallelverschiebungen der Zinsstrukturkurve um 50 Basispunkte nach oben respektive nach unten je vor Extrapolation auf die Ultimate Forward Rate untersucht. Dabei steigt die Solvenzquote um 203 Prozentpunkte respektive fällt um 118 Prozentpunkte.

Die Sensitivitäten bestätigen insgesamt die Kapitalmarktabhängigkeit der VPV-Solvenzsituation unter Solvency II. Die teils asymmetrischen Auswirkungen der Sensitivitäten resultieren dabei vorrangig aus den Effekten der zukünftigen Überschussbeteiligung.

Die Kapitalanlagestrategie und der Umgang der VPV mit den Marktrisiken entsprechen insgesamt dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und gehen konform mit der Geschäfts- und Risikostrategie der VPV. Gemäß obigen Ausführungen ist die VPV in der Lage, ihre Risiken umfangreich zu überwachen und zu steuern. Der Grundsatz, eine größtmögliche Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität der Anlagen zu gewährleisten, steht in Einklang mit den Zielen der Kapitalanlagestrategie. Die Kapitalanlage erfolgt stets im besten Interesse der Versicherungsnehmer, so dass keine Interessenskonflikte entstehen können. Zusätzlich gewährleisten die Kontrollen des Verantwortlichen Aktuars den Schutz der Versicherungsnehmer. Die Wertsicherungsinstrumente innerhalb der Fonds dienen zur Risikominderung sowie zu einer effizienten Portfolioverwaltung. Risikokonzentrationen werden effektiv vermieden.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko subsumiert das Gegenparteiausfallrisiko, das Spread-Risiko sowie Marktrisikokonzentrationen. Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Finanzlage, das sich direkt oder indirekt aus Verschlechterungen der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien oder anderen Schuldnern ergibt. Das Spread-Risiko und Marktrisikokonzentrationen werden innerhalb des Kapitels C.2 zum Marktrisiko behandelt. Hiermit wird eine Konsistenz zu den unter Kapitel E beschriebenen Solvenzkapitalanforderungen hergestellt.

Für die VPV besteht das Gegenparteiausfallrisiko im Wesentlichen bei Derivaten und Bankguthaben. Zur Eingrenzung dieses Ausfallrisikos sind die Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt, sowie die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart, beauftragt,

etablierte Banken mit gutem Rating auszuwählen. Aufgrund des Outsourcings verzichtet die VPV auf eigene Stresstests oder Sensitivitätsanalysen.

Des Weiteren bestehen Risiken aus Forderungen gegenüber Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern. Die Zusammenarbeit der VPV mit Rückversicherern basiert auf jahrelangen Erfahrungen. Die VPV nutzt dadurch das Chancenpotenzial und konzentriert sich dabei auf Rückversicherer mit sehr guten Ratings und achtet gleichzeitig auf eine angemessene Diversifikation des Risikos. Aus diesem Grund kann das Ausfallrisiko von Forderungen gegenüber Rückversicherern als sehr gering eingestuft werden. Dem Ausfallrisiko von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern begegnet die VPV durch ein effektives Forderungsmanagement und – soweit notwendig – durch zusätzliche Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Zur Begrenzung des Provisionsrückzahlungsrisikos werden u. a. Stornoreserven gebildet. Zum Bilanzstichtag hatte die VPV 1.262 TEUR ausstehende Forderungen, deren Fälligkeitszeitpunkt 90 Tage überschritten hat. Die durchschnittliche Ausfallquote an Forderungen der vergangenen drei Jahre beträgt 8,1 %. Gegenüber den Rückversicherern bestehen zum 31.12.2020 keine Forderungsbeträge.

C.4 Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiken versteht die VPV die Gefahr, fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachzukommen, bei Bedarf keine ausreichende Liquidität beschaffen oder aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen zu können (Liquidierbarkeitsrisiko).

Es muss jederzeit gesichert sein, dass die VPV ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Durch die durchgeführten ALM-Studien, die konzernweite Kapitalanlageplanung und die detaillierte Liquiditätsplanung ist die VPV in der Lage, kurzfristig und für viele Jahre im Voraus die über Kapitalerträge und Fälligkeiten erzeugte Liquidität sowohl zeitlich als auch quantitativ an den versicherungsseitigen Liquiditätsbedarf anzupassen und insbesondere die Differenz zwischen erhaltenen Beiträgen und Versicherungsleistungen ausgleichen zu können. Im Rahmen der ALM-Studien wird über einen langen Anlagehorizont hinweg ein konsequentes Cash Flow-Matching betrieben, so dass langfristige Liquiditätslücken viele Jahre im Voraus bereits geschlossen werden. Dies gilt auch dann, wenn alle Anleihen mit einem Kündigungsrecht nicht zum erwarteten Kündigungstermin zurückgezahlt werden sollten. Die Anlagepolitik verfolgt dabei stets das Ziel einer jederzeitigen und nachhaltigen Sicherstellung der Liquidität und der Vermeidung von Liquiditätsengpässen.

Sollte bei den regelmäßigen Überprüfungen des Liquiditätsbedarfs ein Änderungsbedarf angezeigt werden, so passt die VPV ihre Anlagestruktur entsprechend an. Die detaillierte unterjährige Liquiditätsplanung ermöglicht zudem eine zielgenaue und kurzfristige Liquiditätssteuerung. Darüber hinaus verfügt die VPV über einen nennenswerten Bestand an jederzeit veräußerbaren Staatsanleihen hoher Bonität und sonstigen marktgängigen Papieren, die zusätzlich zur Sicherstellung der Liquidität verkauft werden könnten. Im Berichtsjahr sind zu keiner Zeit Liquiditätsengpässe aufgetreten.

Der bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn beträgt 1.213 TEUR.

C.5 Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken sind solche Gefahren zu verstehen, die aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen (Kontroll-) Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge extern getriebener Ereignisse (z. B. Systemausfall, Betrug, Fehler) entstehen können. Entsprechend

dieser Kategorisierung werden bei der VPV speziell folgende vier Kriterien untersucht, aus denen operationelle Risiken entstehen können:

- Interne Prozesse
- Systeme (IT)
- Externe Ereignisse
- Beschäftigte

Rechtliche und steuerliche Risiken werden ebenfalls unter der Kategorie operationelle Risiken geführt und geprüft.

Den operationellen Risiken begegnet die VPV mit einem ursachenbezogenen Risikomanagement, einem konzernweiten Vorsorgesystem und einer engen Zusammenarbeit der Governancefunktionen. Das Vorsorgesystem dient ex ante zur Risikoreduktion und ex post zur Begrenzung der Auswirkungen eingetretener Risiken auf Prozesse und Systeme. Es setzt sich aus einem webbasierten IKS, den systemseitigen Sicherungen und einem Business Continuity Managementsystem zusammen. Im IKS sind Kontrollen zum Rechnungslegungsprozess hinterlegt. Das IKS wird in regelmäßigen Abständen auf Konsistenz und Vollständigkeit überprüft.

Insbesondere durch die COVID-19-Pandemie können sich operationelle Risiken ergeben, die die VPV belasten können. Diese können sich überwiegend durch Verzögerungen in den unternehmerischen Prozessen ergeben, die aufgrund öffentlicher Maßnahmen zur Einschränkung sozialer Kontakte, dem Gesundheitszustand der Mitarbeiter oder der Verzögerung beziehungsweise Nichterbringung externer Dienstleistungen entstehen können. Dies äußerte sich u. a. in der unmittelbaren Umstellung auf digitale Vertriebsformen, die sowohl die Kunden als auch die Mitarbeiter der VPV betroffen haben. Zu Beginn der Pandemie bestand die Herausforderung insbesondere darin, die Regelprozesse auf Formen der digitalen Zusammenarbeit umzustellen. Diese Umstellung erfolgte zeitnah und ohne spürbare Beeinträchtigungen für die Kunden. Darüber hinaus wurden präventiv wirkende Maßnahmen durch das Notfallmanagement ergänzt. Dieses wird regelmäßig anhand verschiedener Szenarien sowohl in der Theorie als auch in der Praxis auf Wirksamkeit überprüft, so dass Sofortmaßnahmen im eingetretenen Risikofall eingeleitet werden können.

Die aus der Unternehmensstrategie abgeleitete Personalstrategie umfasst u. a. vielfältige Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie Sozialleistungen. Diese stellen Bindungsfaktoren für die VPV dar, mit denen den Risiken im Personalbereich begegnet und somit die Chance genutzt wird, erfahrene Mitarbeiter mit ihrem Know-how an die VPV zu binden.

Als Konsequenz aus dem Beitritt zum GDV-Verhaltenskodex für den Vertrieb von Versicherungsprodukten wurde in der Vergangenheit ein Compliance Management System für den Vertrieb nach den Grundsätzen des Prüfungsstandards 980 des Instituts der Wirtschaftsprüfer installiert. Hierbei wurden die jeweiligen Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex dahingehend betrachtet, ob die vorhandenen Richtlinien, Prozesse und Kontrollen geeignet sind, die Verpflichtungen abzudecken und damit risikomindernd oder sogar risikovermeidend zu wirken.

Die Konzernrechtsabteilung beobachtet die gesetzgeberischen Aktivitäten und die aktuelle Rechtsprechung laufend. Sie unterstützt bei Bedarf die Fachbereiche außerdem bei rechtlichen Beratungen, Vertragsabschlüssen und Verhandlungen. Die Rechtslage wird durch Mitarbeit in Gremien und Verbänden antizipiert, um auf Chancen und Risiken aus Veränderungsimpulsen frühzeitig reagieren zu können.

Die Konzernsteuerabteilung beobachtet und überprüft stetig Änderungen der Steuergesetzgebung auf etwaigen Handlungsbedarf. Des Weiteren wirkt die Konzernsteuerabteilung auf die Einhaltung der steuerrechtlichen Verpflichtungen hin.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategische Risiken können durch das Nichterreichen der strategischen Ziele, fehlerhafte Geschäftsentscheidungen und die sich daraus ergebenden negativen Folgen auf den Unternehmenswert entstehen. Sie können auch durch eine mangelnde Anpassungsfähigkeit an bestehende oder absehbare Umweltfaktoren entstehen. Das Chancenmanagement muss diese Möglichkeiten rechtzeitig aufzeigen, damit die richtigen strategischen Schlüsse und Entscheidungen getroffen werden können. Die VPV ermittelt, bewertet und kategorisiert die strategischen Risiken im konzerneinheitlichen Prozess der Risikoidentifikation. Sie unterliegen in diesem Prozess einer regelmäßigen Überprüfung. Die VPV begegnet diesen Risiken, indem sie u. a. die Unternehmensstrategie regelmäßig überprüft.

Reputationsrisiken sind Risiken, die sich aus einer potenziellen Schädigung des Rufs eines Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergeben können. Sie können sich damit direkt oder indirekt auf zukünftiges Geschäftsvolumen auswirken. Des Weiteren korrelieren sie in der Regel mit Risiken anderer Risikokategorien. Die VPV minimiert diese Risiken durch verantwortungsvolles und kundenorientiertes Handeln sowie durch wettbewerbsgerechte Produkte. Dennoch kann sich die VPV in Fällen negativer Berichterstattung über die Versicherungsbranche dem nicht entziehen. Die VPV sieht aber auch Chancen, sich mit bedarfsgerechten Produkten und hervorragender Beratungs- und Servicequalität von Wettbewerbern abzuheben.

Andere wesentliche Risiken bestehen nicht. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren hat bestätigt, dass die VPV mit ihrer strategischen Ausrichtung die Weichen richtiggestellt und bereits heute ihr Produktportfolio strategisch erweitert hat.

Die VPV achtet das Prinzip der nachhaltigen Ressourcenwirtschaft und richtet Entscheidungen und Vorgehensweisen im Hinblick auf ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte aus. Hierbei handelt es sich um sogenannte ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance, also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung). Die Nachhaltigkeitsgrundsätze werden unter Berücksichtigung der Unternehmensstrategie zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt. Bereits heute werden Investitionen in Kapitalanlagen an ESG-Kriterien ausgerichtet. Damit reagiert die VPV sowohl durch ihr eigenes Handeln als auch durch Kapitalanlageentscheidungen auf ESG-Risiken.

C.7 Sonstige Angaben

Alle wesentlichen Informationen zum Risikoprofil sind in den Kapiteln C.1 bis C.6 enthalten.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

Struktur der Vermögenswerte

Aktiva [TEUR] 31.12.2020	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Abgegrenzte Abschlusskosten	0	21.719	-21.719
Immaterielle Vermögenswerte	0	24.564	-24.564
Latente Steueransprüche	0	0	0
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	34.543	8.902	25.641
Anlagen (außer Vermögenswerte für Fonds- und Indexgebundene Verträge)	7.361.395	6.273.100	1.088.295
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	54.802	47.614	7.188
Anleihen	5.527.821	4.572.577	955.244
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.738.785	1.613.064	125.721
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	39.987	39.845	142
Vermögenswerte für Fonds- und Indexgebundene Verträge (LV)	788.835	787.917	919
Darlehen und Hypotheken	190.130	169.380	20.750
Policendarlehen	10.601	10.601	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	74.566	67.656	6.910
Sonstige Darlehen und Hypotheken	104.964	91.124	13.840
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	64.096	84.917	-20.821
Leben (außer Fonds- und Indexgebundene) und Kranken nach Art der Leben	64.096	84.917	-20.821
Depotforderungen	9.311	9.311	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	394	6.026	-5.632
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	7.959	7.959	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	89.410	89.410	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	4.765	67.940	-63.174
Vermögenswerte	8.550.839	7.551.144	999.695

Beschreibung der Bewertungsgrundlagen, Methoden und Hauptannahmen

Abgegrenzte Abschlusskosten [Aktivierte Abschlusskosten]

Aktivierte Abschlusskosten beinhalten Forderungen für Beiträge der Versicherungsnehmer, die geleistete, rechnungsmäßig gedeckte Abschlusskosten betreffen. Diese resultieren aus der Verrechnung des Anspruchs an die Versicherungsnehmer auf Tilgung der Abschlusskosten mit der Deckungsrückstellung (Zillmerverfahren).

Nach Solvency II ist eine Aktivierung von Abschlusskosten nicht zulässig.

Daher resultiert die Differenz zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz in voller Höhe aus der handelsrechtlichen Berücksichtigung.

Immaterielle Vermögenswerte [Sonstige immaterielle Vermögenswerte]

Hierbei handelt es sich um entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte und geleistete Anzahlungen für immaterielle Vermögenswerte, insbesondere Software.

Nach Solvency II dürfen immaterielle Vermögenswerte nur ausgewiesen werden, wenn für diese ein aktiver Markt besteht. Dieser besteht für die bilanzierte Software nicht.

Handelsrechtlich werden immaterielle Vermögenswerte mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der gewöhnlichen Nutzungsdauer, angesetzt.

Folglich besteht ein Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz in Höhe des handelsrechtlichen Restbuchwertes zum Bilanzstichtag.

Latente Steueransprüche [Aktive latente Steuern]

In der Solvenzbilanz werden Steuerentlastungen, die sich bei den Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten aufgrund von Differenzen zur Steuerbilanz ergeben, als latente Steueransprüche angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und dabei zu einer künftigen Steuerentlastung führen. Die latenten Steuern errechnen sich aus den temporären Differenzen zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Solvenz- und Steuerbilanz. Bei Auslegungsfragen wird auf den internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 12 zurückgegriffen. Die Differenzen werden mit dem kombinierten Steuersatz von 30,6 % bewertet. Latente Steueransprüche werden mit latenten Steueransprüchen saldiert, jedoch nicht diskontiert. In der Solvenzbilanz liegt bei den latenten Steuern insgesamt ein Passivüberhang vor. Daher werden aktive latente Steuern in der Solvenzbilanz nicht ausgewiesen.

In der Handelsbilanz erfolgt aufgrund der steuerlichen Eigenschaft als Organgesellschaft ebenfalls kein Ansatz von aktiven latenten Steuern.

Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf [Sachanlagen]

Unter den Sachanlagen werden die Betriebs- und Geschäftsausstattung angesetzt. Die überwiegend selbst genutzte Immobilie der Direktion Stuttgart wird ebenfalls in dieser Position ausgewiesen.

Gemäß den Solvency II-Anforderungen erfolgt die Bewertung der Grundstücke und Gebäude für die Solvenzbilanz nach § 194 Baugesetzbuch und auf Grundlage §§ 17 – 20 Immobilienwertermittlungsverordnung. Die Gutachten werden in der Regel jährlich aktualisiert.

Handelsrechtlich erfolgt die Bewertung für die Immobilie zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und ggf. außerplanmäßige Abschreibungen.

Für die Sachanlagen wurde in der Solvenzbilanz aus Wesentlichkeitsgründen der handelsrechtliche Wert angesetzt. Die handelsrechtliche Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der steuerlich zulässigen linearen Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne von § 6 Abs. 2 EStG, deren Anschaffungskosten den Betrag von 800 EUR netto nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die handelsrechtlichen Buchwerte liegen unter dem Zeitwert nach Solvency II. Die Reserven resultieren in voller Höhe aus dem höheren Zeitwert der Immobilie in Stuttgart.

Anlagen (außer Vermögenswerte für Fonds- und Indexgebundene Verträge) [Kapitalanlagen]

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen [Beteiligungen]

Unter den Beteiligungen werden direkt gehaltene Beteiligungen ausgewiesen. Des Weiteren weist dieser Posten die Beitragsumlage Protektor sowie einen Immobilienfonds nach luxemburgischem Recht, an dem die VPV mehr als 20 % der Anteile hält, aus.

Für die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligung am Kommanditkapital entspricht der Zeitwert dem Buchwert.

Handelsrechtlich sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Des Weiteren wird unter den Beteiligungen die Beitragsumlage Protektor ausgewiesen. Als Zeitwert wird der von Protektor ermittelte Wert angesetzt. Die Bilanzierung in der Handelsbilanz erfolgt zu Anschaffungskosten. Durch den Bewertungsunterschied ergeben sich zum Stichtag stille Reserven.

Der in dieser Position enthaltene Immobilienfonds wird in der Solvenzbilanz mit dem Net-Asset-Value (NAV) zum Stichtag bzw. mit dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Dieser wird anhand des von der Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) übermittelten Rücknahmewerts zum Stichtag ermittelt.

In der Handelsbilanz wird der dem Anlagevermögen zugeordnete Immobilienfonds nach luxemburgischem Recht mit den Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Die Bewertungsunterschiede der Fondsanteile werden überwiegend durch abweichende Zeitwerte der von dem Fonds gehaltenen Immobilien bestimmt. Die Zeitwerte der Immobilien werden mittels Wertgutachten oder Discounted Cash Flow (DCF) Verfahren ermittelt. Entsprechend entstehen auf Fondsebene stille Reserven oder stille Lasten.

Anleihen [Wertpapiere]

Aktiva [TEUR] 31.12.2020	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Anleihen	5.527.821	4.572.577	955.244
Staatsanleihen	2.541.001	1.952.114	588.887
Unternehmensanleihen	2.986.820	2.620.463	366.357

– Staatsanleihen

In dieser Position werden alle Wertpapiere der handelsrechtlichen Bilanzpositionen Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und -darlehen ausgewiesen, die von öffentlicher Hand begeben werden, sei es von Zentralstaaten/Bundesstaaten, supranationalen staatlichen Institutionen, multinationalen Entwicklungsbanken, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen. Ebenfalls werden in dieser Position Anleihen mit Staatsgarantie erfasst.

Für liquide börsennotierte Anleihen wird in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt.

In der Handelsbilanz erfolgt der Wertansatz für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, soweit diese im Anlagevermögen gehalten werden, gemäß § 341 b HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten, im Falle einer dauerhaften Wertminderung abzüglich Abschreibungen. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt. Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Wertpapiere werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwerten bewertet. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet. Die Namensschuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schuldscheindarlehen werden gemäß § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt.

Die Bewertungsunterschiede sind überwiegend dadurch begründet, dass das Zins- bzw. Spreadniveau zum Bewertungsstichtag im Vergleich zum Erwerbszeitpunkt abweicht. Bei einem Zinsanstieg entstehen stille Lasten bzw. bei einem Zinsrückgang stille Reserven. Entsprechend bestehen bei einer Spreadausweitung stille Lasten bzw. bei einer Spreadeinengung stille Reserven. Zum Bewertungsstichtag ergeben sich aufgrund des aktuellen Zins- und Spreadniveaus Nettoreserven. Außerdem werden in der Solvenzbilanz enthaltene Stückzinsen handelsrechtlich in der Position „Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ berücksichtigt.

– Unternehmensanleihen

In dieser Position werden alle Wertpapiere der handelsrechtlichen Bilanzpositionen Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und -darlehen ausgewiesen, die von Finanz- und Industrieunternehmen begeben werden bzw. nicht der Position Staatsanleihen zuzuordnen sind.

Für liquide börsennotierte Anleihen wird in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt.

Der Wertansatz in der Handelsbilanz für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgt, soweit diese im Anlagevermögen gehalten werden, gemäß § 341 b HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten, im Falle einer dauerhaften Wertminderung abzüglich Abschreibungen. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt. Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Wertpapiere werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwerten bewertet. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet. Die Namensschuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schuldscheindarlehen werden gemäß § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt.

Die Bewertungsunterschiede sind überwiegend dadurch begründet, dass das Zins- bzw. Spreadniveau zum Bewertungsstichtag im Vergleich zum Erwerbszeitpunkt abweicht. Bei einem Zinsanstieg entstehen stille Lasten bzw. bei einem Zinsrückgang stille Reserven. Entsprechend bestehen bei einer Spreadausweitung stille Lasten bzw. bei einer Spreadeinengung stille Reserven. Zum Bewertungsstichtag ergeben sich aufgrund des aktuellen Zins- und Spreadniveaus Nettoreserven. Außerdem werden in der Solvenzbilanz enthaltene Stückzinsen handelsrechtlich in der Position „Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ berücksichtigt.

Organismen für gemeinsame Anlagen [Investmentfonds]

Aktiva [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2020	IST	IST	
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.738.785	1.613.064	125.721
Immobilienfonds	478.972	404.923	74.049
Rentenfonds und Sonstige	1.259.813	1.208.141	51.672

– Immobilienfonds

In dieser Position werden Immobilienfonds ausgewiesen, die nach ihrer rechtlichen Ausgestaltung nicht der Position Beteiligungen zugeordnet werden können.

In der Solvenzbilanz werden die Fonds mit dem NAV zum Stichtag bzw. mit dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den KVGen übermittelten Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

In der Handelsbilanz werden die dem Anlagevermögen zugeordneten Immobilienfonds mit den Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Die Bewertungsunterschiede der Fondsanteile werden überwiegend durch abweichende Zeitwerte der von den Fonds gehaltenen Immobilien bestimmt. Die Zeitwerte der Immobilien werden mittels Wertgutachten oder DCF Verfahren ermittelt. Entsprechend entstehen auf Fondsebene stille Reserven oder stille Lasten.

– Rentenfonds und Sonstige

Die Position Rentenfonds besteht aus einem Spezialfonds, der überwiegend in Renten investiert ist. Im Berichtsjahr hat der Fonds erstmals in Infrastruktur- und Private Equity Fonds investiert. Diese Positionen sollen in den Folgejahren weiter aufgebaut werden. Darüber hinaus investiert der Fonds auch in Real Estate-Debt Fonds.

Die Zeitwerte werden mit dem NAV des Fonds zum Stichtag angesetzt. Diese werden anhand der von der KVG übermittelten Kurse, Börsenkurse bzw. Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Der dem Anlagevermögen zugeordnete Rentenfonds wird handelsrechtlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Zum Bewertungsstichtag ergeben sich stille Reserven.

Die Position Sonstige besteht aus einem Fonds, der in Infrastruktur investiert und sich in Liquidation befindet.

Die Zeitwerte werden mit dem NAV des Fonds zum Stichtag bzw. mit dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von der KVG übermittelten Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Der dem Anlagevermögen zugeordnete Infrastrukturfonds wird handelsrechtlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Bei diesem Fonds wurde handelsrechtlich eine Abschreibung auf den Zeitwert vorgenommen. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Hier werden die Einlagen bei Kreditinstituten, insbesondere Festgelder und Tagesgelder ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt in der Handelsbilanz zum Nennwert. In der Solvenzbilanz wird aufgrund der kurzen Laufzeiten ebenfalls der Nennwert angesetzt. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Vermögenswerte für Fonds- und Indexgebundene Verträge [Kapitalanlagen Fonds- und Indexgebundene Lebensversicherungen]

In dieser Position werden alle Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen ausgewiesen. Dies sind Anteile von Investmentfonds.

Nach Solvency II werden Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen mit dem Zeitwert bewertet. Diese werden anhand der von der Depotbank übermittelten Kurse, Börsenkurse bzw. Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Die handelsrechtliche Bewertung der Investmentanteile für die FLV/FRV erfolgt gemäß § 341 d HGB ebenfalls mit dem Zeitwert.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht ein Bewertungsunterschied, der aus der unterschiedlichen Postenzuordnung des Mehrbestandes resultiert. In der Solvenzbilanz sind die FLV/FRV einschließlich des Mehrbestandes ausgewiesen, während in der Handelsbilanz der Mehrbestand unter dem Posten „Organismen für gemeinsame Anlagen“ enthalten ist.

Darlehen und Hypotheken [Kredite und Hypothekendarlehen]

Unter dieser Position werden Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine, Hypothekendarlehen und nicht konsolidierte Ausleihungen an verbundene Unternehmen ausgewiesen.

Die Policendarlehen (Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine) sowie die Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen werden separat dargestellt. Die gewerblichen Hypothekendarlehen sowie die Ausleihungen an verbundene Unternehmen sind unter der Position „Sonstige Darlehen und Hypotheken“ zusammengefasst.

Policendarlehen (Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine)

Für Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine entsprechen die Zeitwerte dem handelsrechtlichen Nennwert abzüglich zwischenzeitlicher Tilgungen. Zwischen der Solvenz- und der Handelsbilanz besteht daher kein Bewertungsunterschied.

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen und Sonstige Darlehen und Hypotheken

Die Zeitwertermittlung der Hypothekendarlehen erfolgt nach der Barwertmethode. Zur Festlegung des Kalkulationszinssatzes wird die Euroswapkurve unter Berücksichtigung von Risikoaufschlägen zum Meldestichtag herangezogen. In der Handelsbilanz werden Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen gemäß § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Wertberichtigungen sind, soweit wegen der Bonität erforderlich, von der jeweiligen Summe der Forderungen abgesetzt. Die Einzelwertberichtigungen auf Hypothekenforderungen sind unter Berücksichtigung der Ertragswerte der beliehenen Objekte sowie der Dauer von bestehenden Zinsrückständen der Darlehensnehmer ermittelt. Die Bewertungsunterschiede sind überwiegend dadurch begründet, dass das Zinsniveau zum Bewertungsstichtag im Vergleich zum Ausleihungszeitpunkt abweicht. Bei einem Zinsanstieg entstehen stille Lasten bzw. bei einem Zinsrückgang entsprechend stille Reserven. Zum Bewertungsstichtag ergeben sich aufgrund des aktuellen Zinsniveaus Nettoreserven.

Der Zeitwert für die Ausleihungen an verbundene Unternehmen wird mittels der Barwertmethode anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt. In der Handelsbilanz erfolgt der Bewertungsansatz zum Nennwert. Die Bewertungsunterschiede sind überwiegend dadurch begründet, dass das Spreadniveau zum Bewertungsstichtag im Vergleich zum Ausleihungszeitpunkt abweicht. Bei einer Spreadausweitung entstehen stille Lasten bzw. bei einer Spreadeinengung entsprechend stille Reserven. Zum Bewertungsstichtag ergeben sich aufgrund des aktuellen Spreadniveaus geringe stille Reserven.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen [Anteile Rückversicherung an versicherungstechnischen Rückstellungen]

In dieser Position erfolgt der Ausweis für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft.

Die Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt auf Grundlage der Rückversicherungs-Cash Flows zwischen der VPV als Erstversicherer und den jeweiligen Rückversicherungsunternehmen. Zum Zweck der Bewertung werden Abrechnungsforderungen/ -verbindlichkeiten saldiert und um erwartete Ausfälle bereinigt. Der hierfür ermittelte Cash Flow-Saldo aus zukünftigen Rückversicherungsbeiträgen und gezahlten Zinsen abzgl. vereinbarter Leistungen, erhaltenen Provisionen und Gewinnbeteiligungen ist Grundlage für die Bewertung. Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherung setzen sich zusammen aus dem erwarteten Barwert dieser ermittelten Rückversicherungs-Cash Flows und aus den von den Rückversicherern erhaltenen Bardepots, die in gleicher Höhe unter den Depotverbindlichkeiten passiviert sind.

Handelsrechtlich erfolgt die Berechnung des Anteils für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft nach versicherungsmathematischen Methoden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen.

Depotforderungen [Depotforderungen aus dem in Rückdeckung genommenen Versicherungsgeschäft]

Die Depotforderungen bestehen aus dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft. Es handelt sich um Beträge, die vom Vorversicherer als Sicherheiten einbehalten wurden, und betreffen die Bilanzposten Deckungsrückstellungen und Beitragsüberträge.

Für die Depotforderungen erfolgt handelsrechtlich und nach Solvency II der Zeitwertansatz zum Nominalwert zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen. Die angewandten Methoden entsprechen der Empfehlung des GDV.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht kein Bewertungsunterschied.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern [Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft]

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft (s. a. G.) beinhalten zum einen fällige Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern (im Wesentlichen Beitragsforderungen), zum anderen Forderungen gegenüber Vermittlern sowie aus dem Konsortialgeschäft gegenüber dem jeweiligen Konsortialführer.

In beiden Fällen erfolgt die Bewertung in der Handelsbilanz zum Nennwert abzüglich Wertberichtigungen.

In der Solvenzbilanz werden dagegen nur überfällige Forderungen ausgewiesen, die im Wesentlichen offene Beitragsforderungen im Mahnverfahren sowie einzelwertberichtigte Forderungen gegenüber Vermittlern umfassen. Die fälligen Forderungen, welche insbesondere Forderungen gegenüber Vermittlern und Versicherungsnehmern sowie gegenüber Konsortialführern beinhalten, werden in der Solvenzbilanz bei den vt. Rückstellungen in Abzug gebracht.

Daher resultiert die Abweichung zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz nicht aus einem Bewertungsunterschied, sondern aus einem unterschiedlichen Postenausweis.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung) [Sonstige Forderungen]

In diesem Posten werden Forderungen aus dem konzerninternen Verrechnungsverkehr ausgewiesen. Des Weiteren umfasst dieser Posten Forderungen aus Zins- und Mietansprüchen, aus Rückdeckungsversicherungen sowie aus weiteren sonstigen Forderungen.

Aufgrund der kurzfristigen Laufzeit von bis zu einem Jahr erfolgt handelsrechtlich als auch nach Solvency II die Bewertung zum Nennwert abzüglich Wertberichtigungen.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht kein Bewertungsunterschied.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Hier werden die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten sowie Kassenbestände ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt in der Handelsbilanz zum Nennwert.

In der Solvenzbilanz wird aufgrund der kurzen Laufzeiten ebenfalls der Nennwert angesetzt. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Diese Sammelposition setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

- Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung
- Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
- Vorräte und Büromaterial

Der aktive Unterschiedsbetrag wird sowohl in der Handels- als auch in der Solvenzbilanz zum beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Die sonstigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden in beiden Bilanzen mit dem Nennwert angesetzt. Handelsrechtlich werden noch nicht fällige Zinsen und Mieten als Rechnungsabgrenzungsposten angesetzt. In der Solvenzbilanz sind diese bereits in den Zeitwerten bei der entsprechenden Kapitalanlagenposition enthalten und bleiben daher an dieser Stelle unberücksichtigt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt handelsrechtlich zu den Anschaffungskosten. Diese wurden in der Solvenzbilanz aus Wesentlichkeitsgründen mit dem handelsrechtlichen Wert angesetzt.

Der Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz ergibt sich im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Zuordnung der Positionen.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen**Verwendete Hauptannahmen bei der Berechnung der Best Estimate Rückstellung und Risikomarge****Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen**

Die folgende Tabelle stellt die vt. Rückstellungen unter Solvency II in zwei verschiedenen Varianten und deren Abweichung untereinander dar. Variante 1 ist die aufsichtsrechtliche Variante unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung (VA) und dem Rückstellungstransitional (RT). Variante 2 zeigt die Ergebnisse ohne VA und ohne RT. Das Zinstransitional oder die Matching Anpassung wurden nicht vorgenommen. Hierbei wird auf die wesentlichen Entwicklungen der Geschäftsbereiche eingegangen. Die Risikolebensversicherung ohne Überschussbeteiligung (LoB 32) und Aktive Lebensrückversicherung (LoB 36) werden mit Versicherung mit Überschussbeteiligung (LoB 30) unter Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene) zusammengefasst dargestellt.

Vt. Rückstellungen - Solvency II nach Geschäftsbereichen [TEUR] 31.12.2020	Variante 1 (mit VA) IST	Variante 2 (ohne VA) IST	Abw.
Kranken nach Art der Leben	55.856	50.699	5.157
Best Estimate Rückstellung	53.893	48.736	5.157
Risikomarge	1.963	1.963	0
Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene)	6.731.258	6.749.998	-18.741
Best Estimate Rückstellung	6.690.690	6.709.431	-18.741
Risikomarge	40.568	40.568	0
Fonds- und Indexgebundene	1.176.267	1.167.129	9.138
Best Estimate Rückstellung	1.173.816	1.164.678	9.138
Risikomarge	2.451	2.451	0
Vt. Rückstellungen (vor RT)	7.963.380	7.967.826	-4.446
Best Estimate Rückstellung	7.918.399	7.922.845	-4.446
Risikomarge	44.982	44.982	0
Rückstellungstransitional (RT)	-676.106	-	-
Vt. Rückstellungen (nach RT)	7.287.274	-	-

Die vt. Rückstellungen werden zum Stichtag 31.12.2020 erstmalig mit dem VPV Simulationsmodell (VSIM), einem eigenen Bewertungsmodell auf Basis des vom GDV zur Verfügung gestellten Branchensimulationsmodells (BSM) 3.3 bewertet. Die Beratungsgesellschaft ROKOCO Predictive Analytics GmbH, Grünwald, liefert die für die Berechnung benötigten Szenariensätze. Wie in der vorherigen Tabelle dargestellt, setzen sich die vt. Rückstellungen aus dem Best Estimate (BE) - dem besten Schätzwert der vt. Rückstellungen - und der Risikomarge zusammen. Bei Anwendung des RT wird der entsprechende Abzugsterm berücksichtigt. Im Folgenden wird auf die Berechnung der einzelnen Komponenten der vt. Rückstellungen eingegangen.

Best Estimate (bester Schätzwert)

Der BE ist der unter Anwendung realistischer Annahmen berechnete und mit Eintrittswahrscheinlichkeiten gewichtete Barwert aller zukünftigen Zahlungsströme aus den Versicherungsverträgen.

Die Bewertung der garantierten Leistungen innerhalb des Best Estimates basiert auf einer Barwertberechnung der zukünftigen Leistungs-, Kosten- und Beitragscashflows. Die Diskontierung der Cash Flows erfolgt dabei durch die seitens der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) bereitgestellten Zinsstrukturkurven zum Stichtag 31.12.2020 mit und ohne Berücksichtigung der VA. In die Leistungs- und Beitragscashflows gehen Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung ein.

Die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung für das Todesfall- und Berufsunfähigkeitsrisiko werden permanent beobachtet. Die Annahmen zur Sterblichkeit basieren je nach Tarif auf den Basis-Tafeln DAV 1994 T sowie DAV 2004 R, die um unternehmensindividuelle und produktabhängige Skalierungsfaktoren ergänzt werden. Hierzu nimmt die VPV regelmäßig an Pooluntersuchungen von Rückversicherungsunternehmen teil. Für die Tarife der Berufsunfähigkeitsversicherung bis zum Jahr 2012 wird einheitlich als Basis-Tafel die Tafel DAV 1997 I mit einem altersunabhängigen geschlechtsspezifischen Skalierungsfaktor zugrunde gelegt. Für die Berufsunfähigkeitsstarife ab dem 01.07.2012 werden die vom Rückversicherer für die Prämienkalkulation zur Verfügung gestellten Tafeln als Basis verwendet und auf Grundlage von Schadenbeobachtungen im Bestand an die unternehmensindividuellen Verhältnisse mit geschlechtsspezifischen Skalierungsfaktoren angepasst.

Innerhalb des VSIM wird der Bestand des Versicherungsunternehmens unter Going-Concern Annahmen für die kommenden 100 Jahre stochastisch für alle Kapitalmarktpfade – insbesondere im erwarteten Kapitalmarktpfad (Certainty Equivalent) – fortgeschrieben. Für die Projektionen gehen unternehmensindividuelle Managementregeln bzgl. der Kapitalanlage, des Rohüberschusses, der

Deklaration der Überschussbeteiligung und der allgemeinen Geschäftspolitik ein. Des Weiteren werden parametrisierte Annahmen zum Kundenverhalten definiert. Die im Modell verwendeten Managementregeln werden regelmäßig auf Angemessenheit überprüft und ggf. angepasst.

Die Bewertung der zukünftigen Überschüsse erfolgt anhand der Ergebnisquellen, die das Zins-, Risiko- und übrige Ergebnis umfassen, in Anlehnung an die handelsrechtliche Mindestzuführung auf Versicherungsnehmer und Versicherungsunternehmen aufgeteilt. Ein Teil des übrigen Ergebnisses ist zukünftigen Versicherungsnehmern zugeordnet und wird aus zukünftigen Überschüssen zur Finanzierung des Neugeschäftes entnommen. Im Berichtsjahr wurde für das Neugeschäft eine Going-Concern Reserve gebildet.

In der Lebensversicherung ermöglichen Optionen dem Versicherungsnehmer, den Versicherungsschutz zukünftig auf aktuelle Gegebenheiten anzupassen. Hierunter fallen insbesondere Kapitalwahlrechte und Möglichkeiten der vorzeitigen Auflösung. Die Ausübung dieser Optionen beeinflusst die zukünftigen Zahlungsströme aus den Versicherungsverträgen und wird daher unter Solvency II berücksichtigt.

Die vt. Rückstellungen des fonds- und indexgebundenen Geschäftes (FLV/FRV) bestimmen sich aus dem Marktwert der Anlagen abzüglich der gesamten Kosten- und Biometriemarge. Des Weiteren wird der Teil des übrigen Ergebnisses, der zur Finanzierung des nicht modellierten Neugeschäftes in die Going-Concern Reserve eingeht, abgezogen.

Risikomarge

Die Risikomarge entspricht dem Betrag, den ein Versicherungsunternehmen fordern würde, um die Versicherungsverpflichtungen eines anderen Versicherungsunternehmens zu übernehmen. Die Risikomarge berücksichtigt insbesondere das Risiko höherer Auszahlungsströme für Schäden bzw. Versicherungsleistungen und für den Versicherungsbetrieb als geschätzt (Zufallsrisiko, Irrtumsrisiko). Die Bewertung der Risikomarge erfolgt als Aufschlag zum BE in der Form, dass damit die planmäßigen Kapitalkosten verdient werden. Zur Berechnung wird ein Kapitalkostensatz von 6 % angesetzt. Die Berücksichtigung der Risikomarge bewirkt, dass der erwartungsgemäß von den Prämien nicht benötigte Teil zum Bilanzstichtag nicht in Gänze als Gewinn ausgewiesen wird, sondern teilweise als Entgelt für die Risikoübernahme zurückgestellt wird.

Rückstellungstransitional

Das RT wird bei der Ermittlung der vt. Rückstellungen berücksichtigt. Es ergibt sich als Differenz der vt. Rückstellungen unter Solvency II nach Rückversicherung (netto) und den vt. Rückstellungen unter HGB nach Rückversicherung (netto). Dabei darf das RT, dessen Höhe im Geschäftsjahr 2016 einmalig ermittelt wurde, im Übergangszeitraum bis zum Geschäftsjahr 2032 mit einem abnehmenden Anteil, der jährlich um 1/16 gekürzt wird, in die Berechnung der vt. Rückstellungen einbezogen werden. Die Höhe des im ersten Jahr des Übergangszeitraums geltenden Abzugsbetrags wurde von der Aufsicht auf 901.474 TEUR begrenzt. Zum Stichtag 31.12.2020 entspricht der anrechnungsfähige Anteil 12/16 und somit einem Betrag von 676.106 TEUR. Eine Neuberechnung zum 01.01.2021 liefert demnach unter sonst gleichen Bedingungen eine Minderung des abzugsfähigen Anteils des RT von 56.342 TEUR, so dass die Summe der vt. Rückstellungen nach RT 7.343.616 TEUR in der Variante 1 (mit VA) beträgt.

Grad an Unsicherheiten in Bezug auf die Solvency II-Berechnung und Methode

Bei der Bewertung der vt. Rückstellungen bestehen zunächst Unsicherheiten aufgrund des Modellierungsrisikos. Dabei kann insbesondere eine fehlerbehaftete Bewertung des BE durch eine ungeeignete Modellwahl auftreten. Im Vordergrund steht dabei die Unsicherheit bei Verwendung des VSIM respektive BSM, auf welchem das VSIM aufbaut. Ein externer Gutachter beurteilt die grundsätzliche Angemessenheit des BSM zur Bewertung versicherungstechnischer Verpflichtungen. Aktuell liegt hierzu der Bericht über die unabhängige Prüfung des BSM in der Version 3.3 des externen Gutachters EY vor, der die Angemessenheit im Allgemeinen bestätigt. Die VMF überprüft

darüber hinaus regelmäßig die individuelle Angemessenheit des VSIM zur Bewertung der versicherungstechnischen Verpflichtungen der VPV. Zur Festlegung der Managementregeln im VSIM wurden historische Auswertungen, Experteneinschätzungen sowie Analysen aus den ALM-Studien herangezogen. Die Parameter werden regelmäßig validiert und durch Sensitivitätsrechnungen plausibilisiert. ROKOCO Predictive Analytics überprüft und validiert die benötigten ökonomischen Szenariensätze hinreichend. Zusätzlich führt die VPV eigene Kontrollen und Tests durch. Zur Überwachung des Modellrisikos aus dem Zinsmodell beobachtet die VPV Weiterentwicklungen des GDV sowie am Markt und nimmt regelmäßig an Sensitivitätsstudien teil. Insgesamt bestehen bei der Verwendung des VSIM keine wesentlichen Unsicherheiten und das VSIM wird als angemessen eingestuft.

Ein weiteres Modellrisiko besteht aufgrund der Verdichtung des Bestandes zur Ermittlung der vt. Rückstellungen. Hierfür werden die Originalverträge nach gewissen Verdichtungskriterien (z. B. Tarif, Versicherungsbeginn, Geschlecht) in Gruppen zusammengefasst. Hieraus werden gemittelte Verträge konstruiert und zum Gesamtbestand gewichtet. Bei dieser Verdichtung erfolgt die Auswahl der Modellpunkte mit dem Ziel einer möglichst genauen Abbildung der Cash Flows. Insgesamt wurden, gemessen an der handelsrechtlichen Deckungsrückstellung, über 97% des Bestands erfasst. Die nicht im Bestandsführungssystem erfassten Teilbestände werden anhand ähnlicher, erfasster Bestände mittels Skalierung an der handelsrechtlichen Deckungsrückstellung berücksichtigt. Insofern enthält die Bewertung Vereinfachungen, aus denen zwangsläufig Schätzunsicherheiten resultieren, deren Ausmaß jedoch als unwesentlich eingestuft wird.

Des Weiteren können Unsicherheiten bei der Bewertung der vt. Rückstellungen aufgrund des Prognoserisikos entstehen. Statistischen Fehleinschätzungen aufgrund unangemessener Rechnungsgrundlagen begegnet die VPV durch regelmäßige Analysen und etwaige Anpassungen. Infolge des langen Projektionszeitraums unterliegen die Annahmen natürlicherweise Irrtums- und Änderungsrisiken. Rückversicherungsunternehmen überprüfen anhand von Bestandsmonitorings regelmäßig die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen, um dem Irrtumsrisiko entgegenzuwirken. Das zukünftige Änderungsrisiko sowie das Schwankungsrisiko der Rechnungsgrundlagen sind im BE nicht zu berücksichtigen, da es sich hierbei um eine Bestimmung eines festen Wertes handelt, der insofern kein Spektrum an möglichen Rechnungsgrundlagen ausweisen kann. Diese Risiken sind stattdessen innerhalb der Solvenzkapitalanforderung in den vt. Risiken berücksichtigt. Innerhalb der vt. Rückstellungen finden die zukünftigen Solvenzkapitalanforderungen durch die Berechnung der Risikomarge Berücksichtigung.

Das Änderungsrisiko, resultierend aus künftigen Maßnahmen des Managements, ist aufgrund der kontinuierlichen Geschäfts- und Risikostrategie als gering einzuschätzen.

Die VMF koordiniert und überwacht die Berechnung der vt. Rückstellungen. Dabei analysiert und überprüft sie regelmäßig die Angemessenheit der zugrunde liegenden Modelle inkl. der Parametrisierungen sowie weitere Annahmen bei der Berechnung der vt. Rückstellungen.

Insgesamt sind gegenwärtig keine wesentlichen Unsicherheiten bekannt. Die vorhandenen Unsicherheiten sind identifiziert und werden regelmäßig analysiert und ggf. ergänzt.

Gegenüberstellung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz und HGB-Bilanz und Erklärung der Bewertungsunterschiede

Nachfolgend werden den vt. Rückstellungen nach Solvency II in der Variante mit VA und RT die jeweilige HGB Position (analog HGB Bilanz) gegenübergestellt. Dabei werden Effekte vor (Brutto) und nach (Netto) Rückversicherung betrachtet.

Vt. Rückstellungen - Solvency II und HGB [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2020	IST	IST	
Kranken nach Art der Leben	55.856	253.350	-197.495
Best Estimate Rückstellung	53.893	0	53.893
Risikomarge	1.963	0	1.963
Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene)	6.731.258	5.107.961	1.623.297
Best Estimate Rückstellung	6.690.690	0	6.690.690
Risikomarge	40.568	0	40.568
Fonds- und Indexgebundene	1.176.267	1.093.703	82.564
Best Estimate Rückstellung	1.173.816	0	1.173.816
Risikomarge	2.451	0	2.451
Vt. Rückstellungen - Brutto (vor RT)	7.963.380	6.455.014	1.508.367
zzgl. Ansammlungsguthaben HGB	0	715.309	-715.309
abzgl. freie RfB und SÜAF	0	-180.361	180.361
abzgl. Anteil Rückversicherung	-64.096	-84.917	20.821
Vergleichsbasis Solvenzbilanz und HGB-Bilanz	7.899.284	6.905.044	994.240
Rückstellungstransitional (RT)	-676.106	0	-676.106
Vt. Rückstellungen - Netto (nach RT)	7.223.178	6.905.044	318.134
Vt. Rückstellungen - Brutto (nach RT)	7.287.274	6.989.961	297.313

Die vt. Rückstellungen unter HGB ergeben sich aus den vt. Bruttorückstellungen abzgl. der freien RfB und des Schlussüberschussanteilsfonds (SÜAF) zzgl. Ansammlungsguthaben. Freie RfB und SÜAF werden unter Solvency II in Form des Überschussfonds bewertet und können aufgrund der möglichen Entnahmen gemäß § 140 VAG innerhalb der Eigenmittel angerechnet werden. Diese gehen somit nicht in die vt. Rückstellungen ein. Die Differenz aus freier RfB und SÜAF gemäß HGB und Überschussfonds gemäß Solvency II besteht im Wesentlichen aus der Diskontierung. Das Ansammlungsguthaben wird unter Solvency II innerhalb des Klassikbestandes im BE mit einem Rechnungszins von 0 % berücksichtigt.

Neben den unterschiedlichen Zuordnungen wird nachfolgend auf die wesentlichen Unterschiede der Bewertungsmethoden und die daraus resultierenden quantitativen Abweichungen eingegangen.

In der Lebensversicherung erfolgt für den HGB-Jahresabschluss die Bewertung überwiegend mittels der prospektiven Methode unter Verwendung eines Rechnungszinses (abhängig vom Vertragsbeginn), biometrischer Rechnungsgrundlagen erster Ordnung (basierend auf von der DAV veröffentlichten Tafeln) und Kostensätzen. Des Weiteren gilt unter HGB das Vorsichtsprinzip.

Für die Solvenzbilanz unter Solvency II wird hingegen der Marktwert der vt. Rückstellungen ermittelt. Diese fundamental andere Sicht kann sich grundsätzlich in beide Richtungen des Bewertungsunterschieds auswirken. Zum 31.12.2020 ergibt sich für die vt. Rückstellungen (vor RT) unter Solvency II gegenüber den vt. Rückstellungen unter HGB ein höherer Wert; die Netto-Abweichung beträgt 994.240 TEUR.

Der Marktwert unter Solvency II wird bei der VPV zweistufig berechnet. Zunächst wird der BE der vt. Rückstellungen kalkuliert. Im zweiten Schritt wird durch Aufschlag einer Risikomarge für die entstehenden Kapitalkosten der Marktwert ermittelt. Grundsätzlich werden zur Ermittlung des BE Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung verwendet. Insbesondere werden im Gegensatz zur HGB-Bilanzierung vorzeitige Abgänge durch Storno und Kapitalwahlrechte berücksichtigt.

Die Barwertbildung erfolgt für alle Rechnungszinsgenerationen anhand der von EIOPA veröffentlichten risikolosen Zinsstrukturkurve inkl. VA. Aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus ist der Effekt einer geringeren Diskontierung an dieser Stelle entscheidend, so dass bereits der Erwar-

twert der garantierten Leistung die vt. Rückstellungen im Bereich Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene) übersteigt. Bei der Bestimmung der ZÜB werden die Einflüsse des erwarteten Kapitalmarktpfads entsprechend berücksichtigt. Insgesamt resultiert daraus eine weitere Abweichung der vt. Rückstellungen unter HGB und Solvency II.

Während unter HGB eine rein deterministische statische Sicht eingenommen wird, soll der Marktwert unter Solvency II dem besten Schätzwert entsprechen und somit nicht lediglich dem Zeitwert unter deterministischer Verwendung sämtlicher Erwartungsgrößen zum Kapitalmarkt und dem entsprechenden Versicherungsverhalten.

Analyse der Auswirkungen der Long-Term Guarantee- und Übergangsmaßnahmen

Als Übergangsmaßnahme wurde das RT von 676.106 TEUR angesetzt. Durch die Anwendung der Long-Term Guarantee (LTG)-Maßnahme in Form des VA erfolgt ein Aufschlag auf die Zinsstrukturkurve von sieben Basispunkten. Daraus ergibt sich in Summe über die Geschäftsbereiche eine Verringerung der vt. Rückstellungen von 4.446 TEUR durch die Anwendung der VA. Dabei überwiegt eine Reduktion des Erwartungswertes der garantierten Leistung den Anstieg der zukünftigen Überschussbeteiligung leicht. Die zu berücksichtigenden LTG- und Übergangsmaßnahmen betragen somit insgesamt 680.552 TEUR.

Zum Stichtag 31.12.2020 weist die VPV unter Berücksichtigung dieser LTG- und Übergangsmaßnahmen anrechnungsfähige Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) von 837.860 TEUR auf. Diese reduzieren sich nach Abzug des RT auf 357.144 TEUR. Insgesamt wird das RT als Übergangsmaßnahme linear über 16 Jahre abgebaut. Die Eigenmittel ohne LTG- und Übergangsmaßnahmen betragen 365.460 TEUR. Damit sind sie höher im Vergleich zu den Eigenmitteln unter Anwendung der VA. Dies resultiert aus der begrenzten Anrechnungsfähigkeit von Eigenmitteln.

Das zu bedeckende SCR beträgt zum 31.12.2020 unter Berücksichtigung dieser LTG- und Übergangsmaßnahmen 157.969 TEUR. Nur unter Anwendung der VA, aber ohne Anwendung des RT ergeben sich für das SCR 159.940 TEUR. Das SCR ohne LTG- und Übergangsmaßnahmen beträgt 196.574 TEUR.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Es gibt keine weiteren als die auf der Aktivseite ausgewiesenen einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen. Zur Bewertung wird auf die Ausführungen im Kapitel D.1 Vermögenswerte verwiesen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Struktur der Verbindlichkeiten

Passiva [TEUR] 31.12.2020	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Vt. Rückstellungen	7.287.274	6.455.014	832.261
Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	9.932	9.860	72
Rentenzahlungsverpflichtungen	124.221	96.390	27.831
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	84.844	84.844	0
Latente Steuerschulden	193.695	0	193.695
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	10.794	736.714	-725.920
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	0	1.552	-1.552
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	6.978	6.751	227
Nachrangige Verbindlichkeiten	69.403	65.000	4.403
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	4.113	5.098	-985
Verbindlichkeiten	7.791.254	7.461.222	330.032

Beschreibung der Bewertungsgrundlagen, Methoden und Hauptannahmen

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Position Andere Rückstellungen umfasst die handelsrechtliche Bilanzposition sonstige Rückstellungen. Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für variable Vergütungsbestandteile, vertragliche Verpflichtungen, Rechtsrisiken, ausstehende Rechnungen, Zeitguthaben- und Zeitwertkonten, Jahresabschlusskosten, Aufbewahrungskosten der Geschäftsunterlagen sowie um Jubiläumsleistungen.

Die Bewertung der nichtversicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre grundsätzlich abgezinst.

Des Weiteren sind unter den Anderen Rückstellungen auch Übergangsgelder der Vorstände ausgewiesen. Die Bewertung gemäß HGB wurde nach der Projected Unit Credit Methode (PUC) unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 1,60 % und einer Anpassungsrate von 2,5 % p. a. vorgenommen.

In der Solvenzbilanz erfolgt die Bewertung des Übergangsgeldes gemäß IAS 19 und basiert ebenfalls auf der PUC-Methode. Als Diskontierungszins wurde bei einer Duration von vier Jahren 0,10 % angesetzt. Der Diskontierungszins wurde aus der veröffentlichten Mercer Yield Curve abgeleitet. Hierbei handelt es sich um einen Stichtagszins, bei dem erzielbare Renditen für hochwertige festverzinsliche Unternehmensanleihen am Markt mit einem AA-Rating zugrunde gelegt werden. Im Vergleich zur Handelsbilanz, in der ein Durchschnittszins über die letzten sieben Jahre angesetzt wird, ist dieser Zins damit wesentlich volatil und abhängiger von der aktuellen Kapitalmarktentwicklung.

Der Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz resultiert daher im Wesentlichen aus dem bei den Übergangsgeldern unterschiedlich angesetzten Diskontierungszins.

Rentenzahlungsverpflichtungen [Pensionsrückstellungen]

In dieser Position werden ausschließlich Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen ausgewiesen.

In der Solvenzbilanz erfolgt die Bewertung der Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen gemäß IAS 19. Hierbei werden auf Basis der PUC-Methode, einem Anwartschaftsbarwertverfahren, die zum Bilanzstichtag erdienten Versorgungsansprüche bewertet und mit einem Diskontierungszins abgezinst. Als Diskontierungszins wurde entsprechend der veröffentlichten Mercer Yield Curve bei einer Duration von 20 Jahren 1,17 % angesetzt. Hierbei handelt es sich um einen Stichtagszins, bei dem erzielbare Renditen für hochwertige festverzinsliche Unternehmensanleihen am Markt mit einem AA-Rating zugrunde gelegt werden. Im Vergleich zur Handelsbilanz, in der ein Durchschnittszins über die letzten zehn Jahre angesetzt wird, ist dieser Zins damit wesentlich volatil und abhängiger von der aktuellen Kapitalmarktentwicklung. Die Duration wurde aus dem Bestand des VPV-Konzerns, der die Verpflichtungen aller Gesellschaften umfasst, abgeleitet.

Handelsrechtlich werden die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB im Geschäftsjahr auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst. Die Berechnung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt ebenfalls nach der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 2,30 %. Bei der Ableitung des Diskontierungszinssatzes wurde eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt.

Bei den arbeitgeberfinanzierten Pensionszusagen auf Rentenbasis wurde ein Gehaltstrend von 2,5 % p. a. und ein Rententrend von 2,0 % p. a. für die Zeit ab Rentenbeginn bzw. von 2,5 % p. a. für Vorstandsmitglieder oder im Falle einer wertgesicherten Rente zugrunde gelegt. Für Neueintritte ab 2004 ist ein Rententrend von 1,0 % p. a. angesetzt. Bei den Zusagen nach der Versorgungsordnung 2010 entfällt der Rententrend, da es sich um eine Kapitalzusage handelt. Da sich Tarifierhöhungen nicht auf die Leistungen nach der Versorgungsordnung 2010 auswirken, wurde in diesen Fällen auch kein Gehaltstrend berücksichtigt. Die Fluktuation wurde entsprechend den 2010 veröffentlichten, alters- und dienstzeitabhängigen Standard-Fluktuationswahrscheinlichkeiten von Prof. Dr. Klaus Heubeck berücksichtigt (für Vorstandsmitglieder abweichend 2,5 % p. a.).

Bei den Pensionszusagen aus Entgeltumwandlung ohne Rückdeckungsversicherungsanspruch wurde ein Rententrend von 1,0 % p. a. beachtet.

Die Pensionszusagen aus Entgeltumwandlung, denen Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen gegenüberstehen, wurden mit dem Aktivwert der entsprechenden Rückdeckungsversicherung bewertet.

Der Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz ergibt sich im Wesentlichen aus dem zugrundeliegenden Diskontierungszins.

Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)

Hierbei handelt es sich um Beträge, die von der Gesellschaft für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft als Sicherheiten einbehalten worden sind. Es erfolgt eine jährliche Abrechnung.

Die Bewertung der Depotverbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Dieser Wert wird in der Solvenz- und Handelsbilanz angesetzt. Daher bestehen keine Bewertungsunterschiede.

Latente Steuerschulden [Passive latente Steuern]

In der Solvenzbilanz werden Steuerbelastungen, die sich bei den Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten aufgrund von Differenzen zur Steuerbilanz ergeben, als latente Steuerschulden angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und dabei zu einer künftigen Steuerbelastung führen.

In der Solvenzbilanz errechnen sich die latenten Steuern aus den temporären Differenzen zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Solvenz- und Steuerbilanz. Bei Auslegungsfragen wird auf den internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 12 zurückgegriffen. Die Differenzen

werden mit dem kombinierten Steuersatz von 30,6 % bewertet. Latente Steuerschulden werden mit latenten Steueransprüchen saldiert, jedoch nicht diskontiert. In der Solvenzbilanz liegt bei den latenten Steuern insgesamt ein Passivüberhang vor.

Der Passivüberhang an latenten Steuern resultiert in der Solvenzbilanz im Wesentlichen aus der Bilanzposition Kapitalanlagen und des RT bei den vt. Rückstellungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern [Verbindlichkeiten aus dem s. a. G.]

Unter dieser Position werden die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern aus verzinslich angesammelten Überschussanteilen werden in der Solvenzbilanz, abweichend zur Handelsbilanz, nicht als Verbindlichkeit, sondern bei den vt. Rückstellungen ausgewiesen. Daher resultiert diese Abweichung zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz nicht aus einem Bewertungsunterschied, sondern aus einem unterschiedlichen Postenausweis.

Die verbleibenden Posten, die insbesondere nicht abgehobene Überschussanteile der Versicherungsnehmer und Verbindlichkeiten gegenüber Vermittlern umfassen, werden in der Handelsbilanz aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. In der Solvenzbilanz werden dagegen nur überfällige Verbindlichkeiten (im Wesentlichen nicht abgehobene Überschussanteile) ausgewiesen, die mit dem Versicherungsgeschäft verbunden und im Gegensatz zu anderen Zahlungsströmen nicht Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungs-, sondern lediglich ein Ausweisunterschied aufgrund der Zuordnung fälliger Beträge zu unterschiedlichen Bilanzpositionen.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

In diesem Posten werden die Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

In der Solvenzbilanz werden die Verbindlichkeiten nur mit den überfälligen Beträgen ausgewiesen, bei denen es sich nicht um aus Rückversicherungsverträgen einforderbare Beträge handelt.

In der Handelsbilanz sind die Verbindlichkeiten aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungs-, sondern lediglich ein Ausweisunterschied aufgrund der Zuordnung fälliger Beträge zu unterschiedlichen Bilanzpositionen.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) [Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung]

In dieser Position werden im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Steuerbehörden sowie verschiedene Betriebskosten und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

In der Handelsbilanz werden kurzfristige Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Verbindlichkeiten mit einem Zahlungsziel von über einem Jahr bestehen nur in einem sehr geringen Umfang. Aus Wesentlichkeitsgründen ist der Wertansatz in der Solvenzbilanz zum Erfüllungsbetrag aus der Handelsbilanz übernommen worden.

In der Solvenzbilanz werden seit dem 01.01.2019 gemäß IFRS 16 zusätzlich auch alle bis zum Vertragsende bestehenden Leasingverpflichtungen bilanziert. Diese dürfen in der Handelsbilanz nur in

Höhe der bis zum Jahresende bestehenden Verpflichtungen angesetzt werden. Die darüber hinaus noch bis zum Vertragsende bestehenden Verpflichtungen sind als sonstige finanziellen Verpflichtungen im Anhang des Geschäftsberichts zu erläutern.

Daher unterscheiden sich die Solvenz- und Handelsbilanz im Ausweis der Leasingverpflichtungen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

In der Solvenzbilanz werden Nachrangige Verbindlichkeiten marktkonsistent bewertet, d. h. die erwarteten Cash Flows aus Zinszahlung und Rückzahlung werden bei Vertragsende mit der risikolosen Zinskurve zzgl. dem Spreadaufschlag am Ausgabetag diskontiert. Der so ermittelte Barwert ergibt den anzusetzenden Wert der Nachrangigen Verbindlichkeiten.

In der Handelsbilanz werden Nachrangige Verbindlichkeiten mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Der Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz ist auf die Bewertungsmethode zurückzuführen.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

In dieser Sammelposition werden alle bisher nicht ausgewiesenen Bilanzpositionen zusammengefasst. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Verbindlichkeiten aus Verrechnungskonten zu Versicherungsleistungen.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Dieser entspricht dem beizulegenden Zeitwert.

Die Solvenz- und Handelsbilanz unterscheiden sich lediglich in Höhe der zum Bilanzstichtag 31.12.2020 abgegrenzten Zinsen des Hybridkapitals. Diese sind in der Solvenzbilanz bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten im Zeitwert bereits berücksichtigt, während in der Handelsbilanz ein Ausweis unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten vorzunehmen ist.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die beizulegenden Zeitwerte unter Solvency II werden auf Basis einer dreistufigen Bewertungshierarchie ermittelt. Die Zuordnung gibt Auskunft darüber, welche der ausgewiesenen Zeitwerte über Transaktionen am Markt zustande gekommen sind und in welchem Umfang die Bewertung wegen fehlender Markttransaktionen auf alternativen Bewertungsmethoden beruht, welche auf Basis beobachtbarer marktabgeleiteter Inputfaktoren oder mittels Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren erfolgen. Die Zuordnung zu einer der drei Stufen hängt von den im Rahmen der Bewertung verwendeten Inputfaktoren ab:

- Stufe 1: Notierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
- Stufe 2: Ist es nicht möglich, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Marktpreise gemäß Stufe 1 zu verwenden, so erfolgt eine Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind. Preisrelevante Unterschiede zwischen dem Bewertungs- und Vergleichsobjekt sind dabei in Form von Korrekturen zu berücksichtigen.
- Stufe 3: Alternative Bewertungsmethoden mit Verwendung von an aktiven Märkten beobachtbaren oder nicht beobachtbaren Inputfaktoren; dabei kann es sich sowohl um Informationen handeln, die den Marktteilnehmern zugänglich sind (Analystenschätzungen, Branchenstudien etc.), als auch um unternehmensinterne Informationen.

Bei Anwendung von Stufe 3 handelt es sich um eine alternative Bewertungstechnik, bei der die Bewertung so weit wie möglich aus Vergleichswerten abgeleitet, extrapoliert oder auf andere Weise unter größtmöglicher Verwendung von Marktdaten errechnet wird. Sofern eine Bewertung zu Modellpreisen erforderlich ist, basiert die Bewertung in größtmöglichem Umfang auf beobachtbaren Eingangsparametern und Marktdaten. Die Verwendung von unternehmensspezifischen Daten und von nicht beobachtbaren Eingangsparametern wird so gering wie möglich gehalten. Für die Ermittlung kommen gemäß Solvency II-Rechnungsgrundlagen die drei Bewertungsverfahren marktbasierter Ansatz, einkommensbasierter Ansatz sowie kostenbasierter oder dem auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierenden Ansatz in Betracht.

Gemäß den Rechtsgrundlagen von Solvency II sind hiervon die folgenden Bilanzpositionen der VPV explizit ausgenommen, da gesonderte Bewertungsvorgaben vorliegen:

- Immaterielle Vermögenswerte
- Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, sofern nach der angepassten Equity-Methode bewertet
- Vt. Rückstellungen einschl. der einforderebaren Beiträge aus Rückversicherungsverträgen
- Latente Steuern
- Abgegrenzte Abschlusskosten

Die nachfolgende Tabelle stellt diejenigen Bilanzpositionen der VPV im Überblick dar, die mit alternativen Bewertungsmethoden bewertet werden:

Alternative Bewertungsmethoden	Bewertungslevel 3
Aktiva	
Immobilien und Sachanlagen für Eigenbedarf	x
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	x
Anleihen (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Schuldscheindarlehen)	x
Organismen für gemeinsame Anlagen	x
Darlehen und Hypotheken	x
Sonstige Vermögenswerte	x
Passiva	
Rentenzahlungsverpflichtungen	x
Nachrangige Verbindlichkeiten	x
Sonstige Verbindlichkeiten	x

Durch eine ständige Marktbeobachtung, regelmäßige Weiterbildung und Austausch mit Experten wird sichergestellt, dass die Bewertungsmodelle und Annahmen der Positionen der Stufe 3 den regulatorischen Anforderungen gemäß § 74 VAG genügen und der gängigen Praxis entsprechen. Neben den internen Validierungsmaßnahmen erfolgt seit dem Stichtag des 31.12.2016 eine regelmäßige Prüfung der Solvabilitätsübersicht und deren zugrunde liegenden Bewertungsansätze durch den Abschlussprüfer.

Im Folgenden werden die alternativen Bewertungsmethoden erläutert, die im Berichtszeitraum für die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der VPV zur Anwendung kamen:

Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf

Die Bewertung der Grundstücke und Gebäude erfolgt nach § 194 Baugesetzbuch gemäß §§ 17 – 20 Immobilienwertermittlungsverordnung. Die Gutachten werden in der Regel von einem internen Gutachter erstellt und jährlich aktualisiert. Nur bei außergewöhnlichen Marktgegebenheiten werden bei der Bewertung externe Gutachter hinzugezogen.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, sofern nicht nach der angepassten Equity-Methode bewertet

Als Zeitwert für die Bewertung der Beitragsumlage Protektor (gesetzlicher Sicherungsfonds der Lebensversicherer) wird der von Protektor ermittelte Wert angesetzt.

Die in dieser Position enthaltenen Fonds nach Luxemburger Recht, an denen die VPV mehr als 20 % hält, werden mit dem Net Asset Value (NAV) zum Stichtag bzw. dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den Kapitalverwaltungsgesellschaften (KVG) übermittelten Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Anleihen

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen sowie Schuldscheindarlehen werden nicht an der Börse gehandelt. Die Preisbestimmung erfolgt daher grundsätzlich modellgestützt, in der Regel mithilfe der Discounted Cash Flow (DCF)-Methode durch externe Dienstleister. Die Kurse werden anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads berechnet, welche, falls vorhanden, aus börsengehandelten Papieren abgeleitet werden. Die Modelle werden von den externen Dienstleistern fortlaufend auf Geeignetheit überprüft und im Tagesgeschäft überwacht z. B. bzgl. etwaiger Anpassungen der Marktinputparameter.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Kurse durchlaufen bei den externen Dienstleistern alle Vermögenswerte einen definierten Prüfungsprozess. Dieser Prüfungsprozess sieht u. a. den Vergleich der Kurse mit anderen Quellen vor und berücksichtigt tägliche Schwankungen und das Alter des Kurses.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Fonds werden mit dem NAV zum Stichtag bzw. dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den KVG übermittelten Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Darlehen und Hypotheken

Hypothekendarlehen

Die Bewertung der privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierung erfolgt mittels Barwertmethode über Zins- bzw. Swapkurve und Spread. Dabei wird der Spread aus vergleichbaren Instrumenten am Primär- oder Sekundärmarkt abgeleitet. Als Laufzeit wird auf die Zinsbindung abgestellt.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Die VPV hält Ausleihungen an einem verbundenen Unternehmen. Da diese Ausleihungen nicht an der Börse gehandelt werden, erfolgt die Preisbestimmung über Modellberechnungen durch einen externen Dienstleister. Die Modelle werden vom externen Dienstleister bezüglich etwaiger Anpassungen der Marktinputparameter fortlaufend überwacht. Die Berechnung der Kurse erfolgt anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads, die aus parametrischen Spreadkurven abgeleitet werden.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Kurse durchlaufen beim externen Dienstleister alle Vermögensgegenstände einen definierten Prüfungsprozess, der u. a. den Vergleich mit anderen Quellen vorsieht oder die tägliche Schwankung und das Alter des Kurses berücksichtigt.

Policendarlehen

Eine mögliche Vorgehensweise zur Marktwertberechnung stellt auch hier die Barwertmethode über Zinskurve und Spread dar.

Da Policendarlehen jedoch jederzeit zurückgegeben werden können und die Möglichkeit einer Veräußerung auf Grund der Bindung an einen Versicherungsvertrag nicht gegeben ist, wird der Marktwert mit dem HGB-Buchwert gleichgesetzt.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Für die zugrunde gelegten Methoden, Grundlagen und Hauptannahmen der Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen mithilfe alternative Bewertungsmethoden wird auf die Ausführungen im Kapitel D.3 verwiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unter Solvency II werden Nachrangige Verbindlichkeiten marktkonsistent bewertet. Hier werden die erwarteten Cash Flows aus Zinszahlung und Rückzahlung bei Vertragsende mit der risikolosen Zinskurve zzgl. dem Spreadaufschlag am Ausgabetag diskontiert. Der so ermittelte Barwert ergibt den Solvency II-Wert der Nachrangigen Verbindlichkeit.

Sonstige Vermögenswerte/Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den „Sonstigen Vermögenswerten/Sonstigen Verbindlichkeiten“ sind verschiedene Bilanzpositionen zusammengefasst, wie Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten, die verschiedenen aktiven Forderungspositionen, Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Geschäft, andere Rückstellungen sowie die weiteren passiven Verbindlichkeitspositionen. Die zusammengefassten Bilanzpositionen werden in der Solvabilitätsübersicht grundsätzlich nach HGB bewertet und angesetzt. Als Grundlage hierfür dient die Auslegungsentscheidung der BaFin für die „Bewertung von Vermögenswerte und Verbindlichkeiten außer versicherungstechnischen Rückstellungen – HGB vs. Solvency II“, die für die entsprechenden Bilanzpositionen eine Übernahme der handelsrechtlichen Werte in die Solvabilitätsübersicht als angemessen ansieht. Dies gilt insbesondere für Positionen, die wie bei der VPV einen kurzfristigen Charakter ohne festgelegten Zinssatz aufweisen und für die demzufolge keine Diskontierung vorgenommen werden muss. Abweichungen zum HGB-Wert begründen sich lediglich in ausweistechnischen Unterschieden.

D.5 Sonstige Angaben

Kapitel D.1 bis D.4 enthalten alle wesentlichen Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Ergänzende Angaben sind nicht erforderlich.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Ziele, Politiken und Verfahren des Kapitalmanagements

Die VPV-Gruppe versteht sich als Konzern, dessen Einzelgesellschaften gesamthaft den Ertrag, die Liquidität sowie die Solvabilität beziehungsweise die Risikotragfähigkeit des Konzerns gewährleisten. Dabei sind Nachhaltigkeit des Geschäfts sowie Stabilität des Konzerns oberste Ziele. In der Unternehmenspolitik steht die Konzernsicht im Vordergrund, jedoch wird durch die Steuerung gewährleistet, dass die Einzelgesellschaften die Solvenz aus eigener Kraft erfüllen. Die Steuerung der Einzelgesellschaften erfolgt auf Basis der Variante mit VA ohne RT. Hiermit verfolgt die VPV die Zielsetzung, eine Solvenzbedeckung ohne Übergangsmaßnahme jederzeit sicherzustellen. Das übergeordnete strategische Ziel der VPV lautet: „Wir sind ein florierendes und unangreifbares Unternehmen.“ Das Kapitalmanagement der VPV ist somit Bestandteil des konzernweiten Risikomanagements mit dem zentralen Ziel, das Bestehen und die Unabhängigkeit des Unternehmens im Sinne der Geschäftsstrategie dauerhaft zu sichern.

Die Geschäftsplanung erstreckt sich über fünf Jahre. Innerhalb des Berichtszeitraums gab es keine wesentlichen Änderungen des Kapitalmanagements. Im Zeitraum der Geschäftsjahresplanung laufen keine aktuell vorhandenen Eigenmittelbestandteile aus.

Klassifizierung der Eigenmittel nach Tiers und Anrechnungsfähigkeit zur Bedeckung der Kapitalanforderungen

Eigenmittel [TEUR]	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Summe
31.12.2020	IST	IST	IST	IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	56.228	0	0	56.228
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	6.000	0	0	6.000
Überschussfonds	180.361	0	0	180.361
Ausgleichsrücklage	516.996	0	0	516.996
Latente Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	69.403	0	69.403
Ergänzende Eigenmittel				
Nicht eingezahltes und einfordersbares Grundkapital	0	8.872	0	8.872
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	759.585	78.275	0	837.860
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	759.585	78.275	0	837.860
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	759.585	69.403	0	828.988
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	759.585	14.217	0	773.802

Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung

Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) stehen 837.860 TEUR an Eigenmitteln zur Verfügung. Die Tier 1-Eigenmittel sind vollständig anrechenbar. Die Summe der anrechnungsfähigen Beträge der Tier 2- und Tier 3-Eigenmittelbestandteile ist auf 50 % des SCR beschränkt. Darüber hinaus gehende Tier 2- und Tier 3-Eigenmittel werden gekappt. Im Berichtsjahr sind die Tier 2-Eigenmittel von 78.275 TEUR voll anrechnungsfähig. Insgesamt sind alle zur Verfügung stehenden Eigenmittel anrechnungsfähig.

Eigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung

Zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung (MCR) stehen 828.988 TEUR an Eigenmitteln zur Verfügung. Die Tier 1-Eigenmittel sind vollständig anrechenbar. Die Tier 2-Eigenmittel werden auf 20 % der MCR-Anforderung von 71.086 TEUR beschränkt. Somit sind 14.217 TEUR von insgesamt 69.403 TEUR auch beim MCR als Tier 2-Eigenmittel anrechenbar.

Gegenüberstellung der Eigenmittel nach Solvency II und HGB

Eigenmittel [TEUR] 31.12.2020	Solvency II IST	HGB IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen		
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	56.228	56.228
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	6.000	7.040
Gewinnrücklagen		26.600
Bilanzgewinn		54
EK HGB		89.922
Überschussfonds	180.361	
Ausgleichsrücklage	516.996	
Nachrangige Verbindlichkeiten	69.403	
Ergänzende Eigenmittel		
Nicht eingezahltes und einfordersbares Grundkapital	8.872	
Eigenmittel Solvency II	837.860	
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	837.860	
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	773.802	

In der vorliegenden Gegenüberstellung resultiert der Unterschied zwischen Eigenkapital gemäß HGB und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß Solvency II im Wesentlichen aus der Umbewertung von Buchwert zu Marktwert der Kapitalanlagen. Des Weiteren werden die freie RfB und der SÜAF für den Ausweis als Überschussfonds diskontiert und können unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt werden. Die ausstehenden Einlagen werden im Vergleich zu HGB unter Solvency II als ergänzende Eigenmittel anerkannt. Die Umbewertung der vt. Rückstellungen ist durch die Anwendung des RT ausgeglichen. Der abzugsfähige Anteil des RT aus dem Implementierungsjahr wird jährlich um 1/16 erstmalig ab dem Stichtag 01.01.2017 gekürzt. Für die Jahresmeldung zum 31.12.2020 werden somit 12/16 des ursprünglichen Betrages angesetzt.

Grundkapital [ohne Abzug eigener Anteile]

Das Grundkapital entspricht dem eingezahlten gezeichneten Kapital und ist eingeteilt in 56.228.000 Namensaktien zum Nennbetrag von 1,00 EUR. Alleinige Gesellschafterin ist seit dem 01.01.2011 die VPV-Holding. Im Geschäftsjahr wurden ausstehende Einlagen von 3.000 TEUR eingefordert.

Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio [Kapitalrücklagen]

Die Kapitalrücklage setzt sich zusammen aus einem Agio von 6.000 TEUR gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB und anderen Zuzahlungen von 1.040 TEUR gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB.

Die Position Agio des Grundkapitals ist nach Solvency II innerhalb der Basiseigenmittel zu führen. Die anderen Zuzahlungen werden hingegen in die Ausgleichsrücklage überführt.

Gewinnrücklagen

In der Handelsbilanz ist die gesetzliche Rücklage von 510 TEUR in voller Höhe dotiert. Die Gewinnrücklagen betragen 26.090 TEUR zum 31.12.2020.

Beide Positionen finden bei den Eigenmitteln in der Solvenzübersicht keinen separaten Ansatz, sondern sind in der Ausgleichsrücklage enthalten.

Überschussfonds

Der eigenmittelfähige Überschussfonds (surplus funds) besteht aus der freien RfB sowie dem SÜAF unter HGB. Dieser Teil der handelsrechtlichen RfB entspricht dem zum Ausgleich von Verlusten verfügbaren Teil der RfB und umfasst insbesondere noch nicht festgelegte Überschussanteile. Für die Bewertung unter Solvency II wird dieser Betrag diskontiert und entspricht somit dem erwarteten Barwert der zukünftigen Zahlungsströme aus der freien RfB und dem SÜAF. Der Überschussfonds erfüllt demnach die Tier 1-Qualität gemäß § 93 VAG.

Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage entspricht dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich der bereits erfassten anderen Basiseigenmittelbestandteile Grundkapital, Kapitalrücklagen sowie Überschussfonds.

Die Ausgleichsrücklage von 516.996 TEUR ergibt sich im Wesentlichen aus dem Bewertungsunterschied der Kapitalanlagen von insgesamt 1.088.295 TEUR abzgl. dem passiven Überhang latenter Steuern von 193.695 TEUR. Die Bewertungsreserven resultieren überwiegend aus der aktuellen Niedrigzinsphase. Aus den vt. Rückstellungen ergibt sich eine Wertabweichung von 318.134 TEUR. Maßgeblich hierfür ist die Berücksichtigung des RT. Des Weiteren werden immaterielle Vermögensgegenstände von 24.564 TEUR in der Solvency II-Bilanz nicht angesetzt und somit von der Ausgleichsrücklage abgezogen. Die detaillierten Bewertungsunterschiede sind im Kapitel D aufgeführt.

Die Ausgleichsrücklage unterliegt als ökonomische Stichtagsgröße Schwankungen, die sich sowohl kurzfristig als auch langfristig einstellen können. Die Auswirkungen können sich von unwesentlichen Veränderungen bis hin zu signifikanten Belastungen etwa im Zuge eines 200-Jahresereignisses erstrecken. Die ursächlichen Risiken sowie deren Kontrolle und Steuerung der VPV sind umfangreich im Kapitel C zum Risikoprofil aufgeführt. Die wesentlichen Instrumente innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts sind dabei Studien zum ALM, die SAA, das Limitsystem und der ORSA-Prozess.

Latente Netto-Steueransprüche

Nach Saldierung der latenten Steuern besteht im Berichtsjahr kein Aktivüberhang.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Während die Nachrangigen Verbindlichkeiten in der Handelsbilanz zum Nominalwert angesetzt werden, erfolgt unter Solvency II eine marktkonsistente Bewertung. Die Vertragsdaten sowie alle weiteren rechtlichen Bedingungen sind im Kapitel D.3 aufgeführt.

Aufgrund der beschränkten Laufzeit steht das Hybridkapital nur befristet zur Risikoabdeckung zur Verfügung und wird als Tier 2 eingruppiert.

Nicht eingezahltes und einforderbares Grundkapital

Das nicht eingeforderte gezeichnete Kapital entspricht 8.872.000 Namensaktien zum Nennbetrag von 1,00 EUR.

Übergangsregelungen der Eigenmittelpositionen

Die VPV hat zum Stichtag ausstehende Einlagen von 8.872 TEUR gegenüber der Muttergesellschaft VPV-Holding. Die Anrechnung der ausstehenden Einlagen als ergänzende Eigenmittel wurde bei der BaFin im Jahr 2015 beantragt und genehmigt. Die ausstehenden Einlagen werden als Tier 2-Eigenmittel ausgewiesen.

Wesentliche Bestandteile der ergänzenden Eigenmittel

Als ergänzende Eigenmittel sind unter Tier 2-Eigenmittel nur zuvor erwähnte ausstehende Einlagen ausgewiesen.

Veränderung der Eigenmittel im Berichtszeitraum

Eigenmittel [TEUR]	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Summe
31.12.2019	IST	IST	IST	IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	53.228	0	0	53.228
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	6.000	0	0	6.000
Überschussfonds	188.312	0	0	188.312
Ausgleichsrücklage	589.698	0	0	589.698
Latente Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	69.326	0	69.326
Ergänzende Eigenmittel				
Nicht eingezahltes und einfordersbares Grundkapital	0	11.872	0	11.872
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	837.238	81.198	0	918.436
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	837.238	46.665	0	883.903
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	837.238	69.326	0	906.564
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	837.238	8.400	0	845.638

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Aufteilung der Eigenmittel auf die Tiers unverändert. Die VPV verfügt weiterhin ausschließlich über Tier 1- und Tier 2-Eigenmittel. Innerhalb des Tier 1 bestehen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr im Grundkapital, im Überschussfonds sowie in der Ausgleichsrücklage. Innerhalb des Tier 2 handelt es sich um die nachrangigen Verbindlichkeiten und das nicht eingezahlte und einfordersbare Grundkapital. Während im Vorjahr aufgrund des geringeren SCR die Tier 2- Eigenmittel auf 50% des SCR beschränkt waren, sind diese im aktuellen Berichtsjahr voll anrechnungsfähig. Die anrechnungsfähigen Eigenmittel verringern sich insgesamt um 46.043 TEUR und somit um 5,2% der Eigenmittel.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Aufschlüsselung Solvenzkapitalanforderung nach Risikomodulen

SCR [TEUR]	31.12.2020 IST	31.12.2019 IST
Marktrisiko	626.263	610.779
Gegenparteausfallrisiko	11.302	9.122
Lebensversicherungstechnisches Risiko	123.829	174.871
Krankenversicherungstechnisches Risiko	142.465	112.351
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	0	0
Diversifikation	-179.143	-187.421
Risiko immaterieller Vermögenswerte	0	0
BSCR Brutto	724.715	719.702
Verlustrückstellung vt. Rückstellungen	-526.031	-614.785
BSCR Netto	198.684	104.916
Operationelles Risiko	28.937	29.566
Verlustrückstellung der latenten Steuern	-69.652	-41.152
SCR	157.969	93.331

In der klassischen deutschen Lebensversicherung ist das Marktrisiko das dominierende Risiko. Es spiegelt zum einen die abgegebene Garantieverzinsung wider als auch die in der Kapitalanlage eingegangenen Risiken.

Aufgrund des deutschen Geschäftsmodells führt ein Eintritt der Risiken nicht zu einem 100 % Verlust an Eigenmitteln, da der Versicherungsnehmer im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften über die ZÜB an den Risiken partizipiert. Diese Beteiligung wird innerhalb der Verlustrückstellung vt. Rückstellungen sichtbar.

Das lebensversicherungstechnische Risiko ist durch Stornorisiken, Kostenrisiken, die Langlebigkeit bei der Rentenversicherung sowie die Sterblichkeit bei der Todesfallversicherung geprägt. Innerhalb der krankenversicherungstechnischen Risiken dominiert das Invaliditätsrisiko.

Die Standardformel basiert auf dem 99,5 %-Quantil. Dieses bedeutet, dass die Ruinwahrscheinlichkeit für das Folgejahr maximal 0,5 % beträgt, oder anders ausgedrückt, dass eine technische Sicherheit von 99,5 % dafür garantiert wird, dass alle im Folgejahr anfallenden Zahlungsverpflichtungen inklusive der Folgeverpflichtungen bedient werden können.

Die Berechnung des SCR erfolgte gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2016/467. Der endgültige Betrag des SCR unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

Angaben zu vereinfachten Berechnungen je Risikomodul und Untermodul

Es werden für die Risikomodule und -submodule keine vereinfachten Berechnungen angewandt.

Informationen zur Verlustrückstellung latenter Steuern

Die Solvenzkapitalanforderung wurde um die Verlustrückstellung der latenten Steuern um 69.652 TEUR angepasst. Die Anpassung besteht vollständig aus dem Überhang der passiven latenten Steuern in der Solvenzbilanz.

Verwendete Inputs zur Berechnung der Mindestkapitalanforderung

MCR [TEUR]	31.12.2020 IST	31.12.2019 IST
	71.086	41.999
Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen		
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	5.625.921	5.721.639
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	263.165	333.875
Verpflichtungen aus fonds- und indexgebundenen Versicherungen	1.173.816	1.070.129

Das MCR bewegt sich nach Vorgaben von EIOPA in einem Korridor von 25 % SCR bis 45 % SCR. Bei der Berechnung geht neben der BE-Rückstellung auch das Riskierte Kapital ein. Das MCR zum Stichtag 31.12.2020 beträgt 71.086 TEUR und somit 45 % des SCR.

Wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Das BSCR Brutto ist im Vergleich zum Vorjahr, bis auf einen geringen Anstieg, nahezu unverändert. Die Verlustausgleichsfähigkeit der vt. Rückstellungen geht im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück, dies liegt im Wesentlichen am Rückgang des Zinsniveaus.

In Summe steigt daher das SCR im Vergleich zum Vorjahr um 64.638 TEUR an. Das MCR beträgt weiterhin 45 % des SCR und nimmt somit im Vorjahresvergleich proportional zum SCR ebenfalls zu.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Bei der Berechnung der Solvenzanforderung für das Untermodul Aktienrisiko wird kein durationsbasierter Ansatz gewählt.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Berechnungen erfolgen nach der Standardformel. Es wird kein internes Modell verwendet.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die aufsichtsrechtliche Bedeckung in Form der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und der Mindestkapitalanforderung (MCR) wird zum Berichtszeitpunkt und während des Berichtszeitraumes stets eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Alle wesentlichen Informationen zum Kapitalmanagement sind in den Kapiteln E.1 bis E.5 enthalten.

Anhang

		Solvabilität-II- Wert
		C0010
Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	
Latente Steueransprüche	R0040	0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	34.543
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	7.361.395
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	54.802
Aktien	R0100	
Aktien – notiert	R0110	
Aktien – nicht notiert	R0120	
Anleihen	R0130	5.527.821
Staatsanleihen	R0140	2.541.001
Unternehmensanleihen	R0150	2.986.820
Strukturierte Schuldtitel	R0160	
Besicherte Wertpapiere	R0170	
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	1.738.785
Derivate	R0190	
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	39.987
Sonstige Anlagen	R0210	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	788.835
Darlehen und Hypotheken	R0230	190.130
Policendarlehen	R0240	10.601
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	74.566
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	104.964
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	64.096
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	64.096
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	-5.586
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	69.682
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	0
Depotforderungen	R0350	9.311
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	394
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	7.959
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	89.410
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	4.765
Vermögenswerte insgesamt	R0500	8.550.839

	Solvabilität-II- Wert
	C0010
Verbindlichkeiten	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530
Bester Schätzwert	R0540
Risikomarge	R0550
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570
Bester Schätzwert	R0580
Risikomarge	R0590
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620
Bester Schätzwert	R0630
Risikomarge	R0640
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660
Bester Schätzwert	R0670
Risikomarge	R0680
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700
Bester Schätzwert	R0710
Risikomarge	R0720
Eventualverbindlichkeiten	R0740
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760
Depotverbindlichkeiten	R0770
Latente Steuerschulden	R0780
Derivate	R0790
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)								
		Krankheits- kosten- versicherung	Einkommens- ersatz- versicherung	Arbeitsunfall- versicherung	Kraftfahr- zeughaftpflicht- versicherung	Sonstige Kraftfahrt- versicherung	See-, Luftfahrt- und Transport- versicherung	Feuer- und andere Sach- versicherungen	Allgemeine Haftpflicht- versicherung	Kredit- und Kautions- versicherung
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090
Gebuchte Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130									
Anteil der Rückversicherer	R0140									
Netto	R0200									
Verdiente Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230									
Anteil der Rückversicherer	R0240									
Netto	R0300									
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330									
Anteil der Rückversicherer	R0340									
Netto	R0400									
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430									
Anteil der Rückversicherer	R0440									
Netto	R0500									
Angefallene Aufwendungen	R0550									
Sonstige Aufwendungen	R1200									
Gesamtaufwendungen	R1300									

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)			Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt
		Rechtsschutz- versicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach	
		C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130								
Anteil der Rückversicherer	R0140								
Netto	R0200								
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230								
Anteil der Rückversicherer	R0240								
Netto	R0300								
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340								
Netto	R0400								
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430								
Anteil der Rückversicherer	R0440								
Netto	R0500								
Angefallene Aufwendungen	R0550								
Sonstige Aufwendungen	R1200								
Gesamtaufwendungen	R1300								

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen (III)

	Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen						Lebensrückver- sicherungsverpflichtungen		Gesamt
	Kranken- versicherung	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Index- und fondsge- bundene - versicherung	Sonstige Lebens- versicherung	Renten aus Nichtlebens- versicherungs- verträgen und im Zusammen- hang mit Kranken- versicherungs- verpflichtungen	Renten aus Nichtlebens- versicherungs- verträgen und im Zusammen- hang mit anderen Versicherungs- verpflichtungen (mit Ausnahme von Kranken- versicherungs- verpflichtungen)	Krankenrück- versicherung	Lebensrück- versicherung	
	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien									
Brutto	R1410	32.859	211.919	125.420	4		0	480	370.682
Anteil der Rückversicherer	R1420	2.327	4.351	0	0		0	0	6.678
Netto	R1500	30.532	207.569	125.420	4		0	480	364.004
Verdiente Prämien									
Brutto	R1510	32.863	212.209	125.420	5		0	480	370.976
Anteil der Rückversicherer	R1520	2.338	4.351	0	0		0	0	6.688
Netto	R1600	30.525	207.859	125.420	5		0	480	364.288
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto	R1610	21.303	521.766	48.673	3		0	265	592.010
Anteil der Rückversicherer	R1620	976	12.671	0	0		0	0	13.647
Netto	R1700	20.328	509.095	48.673	3		0	265	578.364
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto - Direktes Geschäft und übernommene Rückversicherung	R1710	-5.900	144.674	-63.170	8		0	-551	75.060
Anteil der Rückversicherer	R1720	628	6.951	0	0		0	0	7.579
Netto	R1800	-6.528	137.723	-63.170	8		0	-551	67.481
Angefallene Aufwendungen	R1900	9.386	41.219	20.049	19		0	24	70.697
Sonstige Aufwendungen	R2500								-124
Gesamtaufwendungen	R2600								70.573

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern (I)

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Nichtlebensversicherungsverpflichtungen					Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland	
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050		C0060
R0010								
		C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140
Gebuchte Prämien								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130							
Anteil der Rückversicherer	R0140							
Netto	R0200							
Verdiente Prämien								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230							
Anteil der Rückversicherer	R0240							
Netto	R0300							
Aufwendungen für Versicherungsfälle								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330							
Anteil der Rückversicherer	R0340							
Netto	R0400							
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430							
Anteil der Rückversicherer	R0440							
Netto	R0500							
Angefallene Aufwendungen	R0550							
Sonstige Aufwendungen	R1200							
Gesamtaufwendungen	R1300							

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern (II)

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Lebensversicherungsverpflichtungen					Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland	
		C0150	C0160	C0170	C0180	C0190		C0200
	R1400	ICELAND	ICELAND					
		C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280
Gebuchte Prämien								
Brutto	R1410	370.252	430					370.682
Anteil der Rückversicherer	R1420	6.678	0					6.678
Netto	R1500	363.574	430					364.004
Verdiente Prämien								
Brutto	R1510	370.546	430					370.976
Anteil der Rückversicherer	R1520	6.688	0					6.688
Netto	R1600	363.858	430					364.288
Aufwendungen für Versicherungsfälle								
Brutto	R1610	592.010	0					592.010
Anteil der Rückversicherer	R1620	13.647	0					13.647
Netto	R1700	578.364	0					578.364
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen								
Brutto	R1710	75.359	-299					75.060
Anteil der Rückversicherer	R1720	7.579	0					7.579
Netto	R1800	67.780	-299					67.481
Angefallene Aufwendungen	R1900	70.689	7					70.697
Sonstige Aufwendungen	R2500							-124
Gesamtaufwendungen	R2600							70.573

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (I)

	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebens- versicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsver- pflichtungen (mit Ausnahme von Krankenver- sicherungsver- pflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensver- sicherung außer Krankenver- sicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien C0040	Verträge mit Optionen oder Garantien C0050	C0060				Verträge ohne Optionen und Garantien C0070
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	0	0			0			0	0
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020	0	0			0			0	0
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Bester Schätzwert										
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	6.676.093		0	1.173.816		0	0	14.598	7.864.506
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	69.682		0	0		0	0	0	69.682
Bester Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	6.606.410		0	1.173.816		0	0	14.598	7.794.824
Risikomarge	R0100	40.495	2.451			0			73	43.019
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen										
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110									
Bester Schätzwert	R0120	-790.703		0	0		0	-23	-698	-791.424
Risikomarge	R0130	-40.495	57.873			0			-73	17.305
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	5.885.389	1.234.140			-23			13.900	7.133.406

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (III)

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)	
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	0		0	0	0
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020	0		0	0	0
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge						
Bester Schätzwert						
Bester Schätzwert (brutto)	R0030		53.893			53.893
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080		-5.586			-5.586
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090		59.479			59.479
Risikomarge	R0100	1.963				1.963
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen						
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110					
Bester Schätzwert	R0120		0	0		0
Risikomarge	R0130	98.013				98.013
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	153.868		0	0	153.868

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungs- technischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	7.287.274	676.106	0	4.446	0
Basiseigenmittel	R0020	828.988	-469.218	0	-3.183	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	837.860	-480.716	0	8.316	0
SCR	R0090	157.969	1.971	0	36.634	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	773.802	-482.234	0	-1.289	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	71.086	887	0	16.485	0

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010	56.228	56.228			
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030	6.000	6.000			
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040					
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050					
Überschussfonds	R0070	180.361	180.361			
Vorzugsaktien	R0090					
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110					
Ausgleichsrücklage	R0130	516.996	516.996			
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140	69.403		69.403		
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160	0				0
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180					

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge						
Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230					
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290	828.988	759.585	69.403		0

Ergänzende Eigenmittel						
Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300	8.872		8.872		
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310					
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320					
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330					
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340					
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350					
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360					
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370					
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390					
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400	8.872		8.872		

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel						
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	837.860	759.585	78.275		0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	828.988	759.585	69.403		
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	837.860	759.585	0	78.275	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	773.802	759.585	0	14.217	
SCR	R0580	157.969				
MCR	R0600	71.086				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	530,4%				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	1088,5%				

		C0060				
Ausgleichsrücklage						
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	759.585				
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710					
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720					
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	242.589				
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740					
Ausgleichsrücklage	R0760	516.996				
Erwartete Gewinne						
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	1.213				
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780	0				
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	1.213				

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	Vereinfachungen	USP
	C0110	C0120	C0090
Marktrisiko	R0010 626.263		
Gegenparteausfallrisiko	R0020 11.302		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030 123.829		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040 142.465		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050		
Diversifikation	R0060 -179.143		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070 0		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100 724.715		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

	C0100
Operationelles Risiko	R0130 28.937
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140 -526.031
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0150 -69.652
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200 157.969
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210
Solvenzkapitalanforderung	R0220 157.969
Weitere Angaben zur SCR	
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440

Annäherung an den Steuersatz

	Ja/Nein
	C0109
Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes	R0590 Approach based on average tax rate

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

	VAF LS
	C0130
VAF LS	R0640 -69.652
VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern	R0650 -69.652
VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn	R0660
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr	R0670
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre	R0680
Maximum VAF LS	R0690 -69.652

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit (I)

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0010		
MCR _{NL} -Ergebnis	R0010	0		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
			C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030			
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050			
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060			
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070			
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080			
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090			
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110			
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120			
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130			
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150			
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160			
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170			

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit (II)

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040
MCR _L -Ergebnis	R0200 212.796

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210 5.625.921	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220 263.165	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230 1.173.816	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240 0	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250 	14.434.900

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070
Lineare MCR	R0300 212.796
SCR	R0310 157.969
MCR-Obergrenze	R0320 71.086
MCR-Untergrenze	R0330 39.492
Kombinierte MCR	R0340 71.086
Absolute Untergrenze der MCR	R0350 3.700
	C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400 71.086

